

Peter Malina, Elke Renner

Blickwechsel oder: Eine andere Erste Republik?

schulheft 129/2008

StudienVerlag

IMPRESSUM

schulheft, 33. Jahrgang 2008

© 2008 by StudienVerlag Innsbruck-Wien-Bozen

ISBN 978-3-7065-4554-9

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OEG, Wien

Umschlaggestaltung: Josef Seiter

Printed in Austria

Herausgeber: Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6,
A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Barbara Falkinger, Anton Hajek, Norbert Kutalek, Peter Malina, Heidrun Pirchner, Editha Reiterer, Elke Renner, Erich Ribolits, Michael Rittberger, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter, Reinhard Zeilinger

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien; Tel.: 0043/ 1/4858756, Fax: 0043/1/4086707-77; E-Mail: seiter.anzengruber@uta-net.at; Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Peter Malina, Elke Renner

Verlag: Studienverlag, Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.: 0043/512/395045, Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at; Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 27,-/47,50 sfr

Einzelheft: € 10,60/19,90 sfr

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseaussendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung: laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Elke Renner, Barbara Falkinger, Michael Rittberger, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Michael Sertl.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

INHALT

Vorwort.....	5
Peter Malina	
Die Erste Republik Österreich: Nicht nur eine Überlegung wert	8
Peter Malina, Elke Renner	
Die Erste Republik. Ein Annäherungsversuch in 12 Stationen	21
Peter Gstettner	
Ein deutscher Sieg und seine Folgen	40
<i>Deutungen, Umdeutungen und Zwiespältigkeiten beim Erzählen der Kärntner Geschichte</i>	
Peter Gstettner	
„Aber lieber Josef Feldner ...“	56
<i>Eine neue Koalition balanciert am rechten Rand Kärntens. Eine Buch- besprechung nebst kritischen Anmerkungen zu einem fragwürdigen Dialog</i>	
Christoph Butterwegge	
Reformen gestern – Reformen heute	77
<i>Sozialpolitik in der Weimarer und in der Bundesrepublik</i>	
Renée Winter	
Fernseh-Gedenken. März 1938 im ORF der 1960er Jahre.....	87
Christian Oggolder	
Zeitungslandschaften: Zur Presse in der Ersten Republik	98
Michaela und Robert Pfundner	
Bild- und Tondokumente der Ersten Republik	110
Christian H. Stifter	
„Die Sanierung der Hirne“	118
<i>Volksbildung in Wien in der Ersten Republik</i>	
Ferdinand Holub	
Die Sonderschulen in der Ersten Republik mit besonderer Berücksichtigung des „Hilfsschulwesens“ in Wien.....	134
Buchempfehlung	
Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus.....	142
AutorInnen	147



Vorwort

Das Thema, um das es in diesem schulleft geht, ist in den letzten Jahren kaum mehr beachtet worden. In der Öffentlichkeit ist die Erste Republik bestenfalls noch bei Gedenk- und Erinnerungsfeiern im Gedächtnis. Erst im Zuge der Vorbereitung des Jubiläumsjahres 2008 ist das Interesse der Öffentlichkeit wieder wach geworden. So richtig es ist, dass historische Erinnerung konkreter Anlässe bedarf, so problematisch ist es, wenn sich dieses Erinnern ausschließlich auf durch Jahreszahlen vorgegebene Anlässe reduziert und zwischen jubiläumsträchtigen Jahren pure Gedankenlosigkeit um sich greift.

Immerhin geben Gedenkjahre der professionellen Geschichtswissenschaft die Möglichkeit, Geschichtsprojekte zu entwickeln (und zu realisieren), die in der jubiläumsfreien Zwischenzeit eher wenig öffentliche Unterstützung bekommen. Trotz der kontinuierlichen Zunahme von Publikationen zur österreichischen Zeitgeschichte in den letzten Jahrzehnten ist die Publikationslandschaft zur Geschichte der Ersten Republik nach wie vor durch Lücken und Leerstellen gekennzeichnet. Als Ergebnis der Entwicklung der Geschichtswissenschaft zu einer historischen Sozialwissenschaft ist die Geschichte der Ersten Republik nicht mehr nur als politische Geschichte zu beschreiben. Allerdings: Nur mit neuen Fragestellungen können auch neue/andere Antworten provoziert werden. In einer Geschichte der österreichischen Zwischenkriegszeit ist diese Gesellschaft immer noch ein mehr oder minder „unbekanntes Wesen“; auch eine umfassende Kulturgeschichte der Ersten Republik, die sich nicht nur auf die Hoch-Kultur konzentriert, sondern umfassend auch die Alltagskultur mit einbezieht, ist nach wie vor ein Desiderat. Eine Religionsgeschichte, die nicht nur eine Amts-Kirchengeschichte ist, liegt derzeit ebenso wenig vor wie eine umfassende Geschichte der politischen Kultur der Ersten Republik.

Richtet sich der Blick weg von einer personenorientierten politi-

schen Ereignisgeschichte zu einer strukturinteressierten Gesellschaftsgeschichte, so erhält die Geschichte der Österreichischen Republik ein neues/anderes Gesicht. Dann werden nicht mehr (nur) die Erfolgreichen und Mächtigen, sondern auch die Ohnmächtigen und Erfolglosen zu Subjekten der Geschichte. Die Kleinen und die klein Gemachten werden dort sichtbar, wo sich der Blick nicht mehr nur auf die Großen und groß Gemachten richtet. Werden Ohnmächtige ins Blickfeld gerückt, dann ist auch über Machtverhältnisse und Abhängigkeiten zu sprechen. Armut wird dann nicht mehr (nur) als natürliche Gegebenheit, sondern als Folge von Verteilungskämpfen begriffen. Auf diese Weise rücken auch bisher kaum wahrgenommene Gesellschaftsbereiche in den Mittelpunkt des Interesses.

Die österreichische Gegenwart ist voll von den verschiedensten Vergangenheits-Bildern und von durchaus widersprüchlichen Gedächtniskulturen geprägt, die zumindest im parteipolitischen Umfeld immer noch zu Kontroversen und Auseinandersetzungen führen. Das Erinnerungsprojekt „Erste Republik“ wird dann gelingen und gesellschaftlich-politisch relevant sein, wenn es zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und zu (selbst-)kritischen Anfragen an die Gegenwart führt. In der Unterschiedlichkeit der Verhältnisse, der politischen Rahmenbedingungen und der konkreten politischen Lösungen können sich dann auch Perspektiven für die Gegenwart öffnen.

Das vorliegende Schulheft setzt folgende Schwerpunkte: Einige bekannte wissenschaftliche Publikationen werden in ihren Tendenzen charakterisiert, in geraffter Form wirft eine Auswahl (12 Stationen) von Fragen und Einschätzungen zur Ersten Republik wichtige Probleme auf. Über Bild- und Tondokumente können neue Zugangsmöglichkeiten eröffnet werden, die Zeitungslandschaft der Ersten Republik wird beleuchtet und das Jubiläums-Bedenken im Fernsehen der 1960er Jahre einer Kritik unterzogen. Slowenenfeindlichkeit in Kärntens Geschichte hat ihre Kontinuität, das zeigen auch scheinbare Bemühungen um den „Dialog“ mit der Minderheit. Themen der Schul- und Bildungspolitik sind das „Hilfsschulwesen“ und die Volksbildung

in Wien. Der Vergleich der Sozialpolitik in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik soll dazu verleiten, ähnliche Fragen auch an die Erste und Zweite Republik in Österreich zu stellen. Die abschließende Buchbesprechung empfiehlt, den Entwicklungen des Neoliberalismus kritisch nachzugehen, um Maßnahmen gegen Entdemokratisierung und Sozialabbau zu entwerfen.

Anlass für dieses *schulheft* war ein Seminar im Rahmen des Hochschullehrgangs Politische Bildung im Sommer 2007 in Tainach/Tinje. Ein Teil der dort gehaltenen Referate wird hier erweitert beziehungsweise überarbeitet wiedergegeben. Als Seminarunterlagen dienten unter anderem das *schulheft* „Otto Glöckel – Mythos und Wirklichkeit“ zu Fragen der Schulpolitik der Ersten Republik und deren Bedeutung für heute sowie der Katalog des Museums für Zeitgeschichte in Ebensee, der über den Zeitraum vom Ersten Weltkrieg bis 1955 in einmaliger Weise österreichische Zeitgeschichte mit Regionalgeschichte, politische und Alltagsgeschichte verbindet und damit Spurensuche und erlebbare Vergangenheit ermöglicht. Die Geschichte der Ersten Republik Österreich zu erinnern heißt, sich auch bewusst zu werden, dass dieses Erinnern Wandlungen und Veränderungen unterworfen ist. Entsprechend der Zielsetzung des Seminars geht es in diesem *schulheft* daher nicht um ein nostalgisches ent- oder beschuldigendes Zurückerinnern, sondern darum, in der Vergangenheit der Ersten Republik Entwicklungstendenzen und Strukturen zu entdecken, die in die Gegenwart führen. Gegensätze und Widersprüche sollen dabei nicht ausgespart bleiben. So gesehen macht es auch Sinn, sich an die Zeit zu erinnern, die wir nicht erlebt haben.

Elke Renner, Peter Malina

Peter Malina

Die Erste Republik Österreich: Nicht nur eine Überlegung wert

Erinnerungen an eine Erste Republik Harmonie im Nichtwissen?

In den letzten Jahren ist die Geschichte der Ersten Republik Österreich zusehends dem kollektiven Geschichtsbewusstsein entschwunden und kaum mehr Gegenstand öffentlichen Interesses gewesen. Das mag zu einem gewissen Teil sicherlich auch darauf zurückzuführen sein, dass diese Periode der Geschichte von immer weniger Menschen als Teil der eigenen Lebensgeschichte erinnert werden kann und auch innerhalb der Familien die Erinnerung verblasst. In einer Umfrage des IMAS-Instituts vom Februar 2008 gaben 61% der Befragten an, dass in ihren Familien „so gut wie nie“ über den Anschluss gesprochen werde. Im Vergleich dazu war 1988 noch in etwas mehr als der Hälfte der Familien der Anschluss ein Familien-Thema gewesen [Fleischhacker 2008: 1]. Dass die Erste Republik kaum mehr einen Platz im kollektiven Gedächtnis hat, ergibt sich auch aus einer Befragung des Fessel/GFK-Institut für Marktforschung aus dem Jahre 2005: Damals gaben 92% der Befragten an, dass sie „nicht gerne“ in der Ersten Republik (1918-1934) gelebt hätten [Ullrich 2004: 9]. Es kann in diesem Zusammenhang wirklich nicht beruhigen, dass auch die jüngste Geschichte, die gerade eben noch Gegenwart gewesen ist, sehr rasch im Vergessen versinkt. Auf eine Frage nach bekannten Politikern aus dem Jahre 2004 waren damals Josef Klaus, Adolf Schärf, Franz Jonas, Theodor Körner, Julius Raab, Alfons Gorbach, Leopold Figl, Karl Renner nur mehr 58 bis 74 % bekannt. Einem Teil von ihnen (Raab, Gorbach, Figl) wurde auch die Position des Bundespräsidenten zugesprochen [Österreich-Journal 2004: 6]. Verstärkt wird dieses Nicht-Wissen sicherlich auch durch ein Jubiläums-Gedenken, das nur punktuell Erinnerungs-Markierungen setzt.

In der Öffentlichkeit ist die Erste Republik bestenfalls noch bei Gedenk- und Erinnerungsfeiern und in „Jubiläums“-Jahren gegenwärtig. Die Fixierung auf Jubiläumstage führt auch dazu, dass die Geschichte der Ersten Republik einer ständigen Musealisierung nicht mehr entgehen kann. Bei „festlichen“ Anlässen wird das eine oder andere Museumsstück aus dem Depot geholt. Dem Ritual von Jubiläen entsprechend werden in steter Wiederholung dieselben Geschichtsbilder präsentiert. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (falls eine solche überhaupt noch stattfindet) reduziert sich auf die Produktion sehr ähnlicher Klischees und Stereotypen.

Wer sich der Geschichte der Ersten Republik Österreich nähert, tut das das nicht voraussetzungslos. Ob wahrgenommen oder nicht: Historisches Erinnern ist durch eine Menge von Vor-Wissen geprägt, das nicht unbedingt immer mit schulischem, überprüfbarem Wissen gleichgesetzt werden kann. Auch aus dem „Familiengedächtnis“ wird bei Bedarf eine Menge von Geschichtsinformation zugeliefert, die nicht unerheblich das Bild der Vergangenheit mitprägt und dementsprechend Schwerpunkte setzt. Dieses Erinnern ist immer selektiv: Abhängig von dem jeweiligen Standort und den je verschiedenen gesellschaftlich-politischen Zielen entwickeln sich durchaus verschiedene Bilder der Erinnerung, die zur Disposition bereitstehen.

Die Geschichte der Ersten Republik Österreich ist durch Gegensätze, Auseinandersetzungen und Kontroversen geprägt gewesen. Als es nach 1945 darum ging, sich wieder im „Eigenheim Österreich“ einzurichten, haben die Zeitgenossen sehr rasch begonnen, sich diese/ihre Vergangenheit schön zu reden, im Nachhinein zu harmonisieren, zu entschärfen und dadurch erträglich zu machen. In einer „Koalition“ dieser Geschichtsverweigerer entwickelte sich über Parteigrenzen hinweg und unter Beteiligung auch der österreichischen Geschichtswissenschaft eine „Koalitionsgeschichtsschreibung“, die Schuld und Verantwortung für die Geschichte der Ersten Republik gleichmäßig auf alle verteilte. Die jeweils verschiedenen Erinnerungen wurden zu einem österreichischen Erinnerungskomplex harmonisiert, der für alle akzeptabel sein sollte. Das Endpro-

dukt war eine fraglose Geschichtskonzeption, die jedes weitere Nachfragen überflüssig machte.

Fixiert auf das Phantom einer für alle Zeiten gültigen „objektiven“ Darstellung der Vergangenheit, sollte die Geschichte der Ersten Republik auf diese Weise außer Streit gestellt werden. „Subjektivität“ war prinzipiell dem Verdacht der „Einseitigkeit“ ausgesetzt und sollte durch einen undifferenzierten Begriff von „Objektivität“ neutralisiert werden. Ein im Grunde inhaltsleerer Österreichbegriff machte es zusätzlich möglich, über wesentliche Fragen der politischen und gesellschaftlichen Struktur der Ersten Republik hinwegzugehen. Im Effekt freilich war dieses Konzept von österreichischer Geschichte sehr wohl „politisch“: Indem es wesentliche Fragen von Politik und Gesellschaft der Nachkriegsgesellschaft aussparte und irrationale Erklärungsangebote vorlegte, ließ es an den Wendepunkten der Republikgeschichte das Schicksal walten und reduzierte grundsätzliche gesellschafts-politische Auseinandersetzungen auf individualisierte Streit-Fragen.

Die Rekonstruktion der Vergangenheit ist freilich ein kommunikativer Prozess, der, was nicht immer offen eingestanden wird, durch individuelle, lebensgeschichtliche Erfahrungen wie durch generationenspezifische Erfahrungen, aber auch durch die Diskussionen um eine andere Geschichtswissenschaft geprägt ist. Die Geschichte der Ersten Republik ist in den letzten Jahrzehnten mehrmals und auf sehr verschiedene Weise in großen Zusammenhängen nacherzählt worden. Dabei zeigt sich: Wenn Geschichte erzählt wird, ist immer auch der „Erzähler“ mit seinen Vorgeschichten und Voraussetzungen präsent.

An einigen ausgewählten Beispielen soll jetzt diesen großen Erzählungen der österreichischen Zeitgeschichte nachgegangen werden, wobei hier nur zwei Aspekte herausgegriffen werden: Die Begründung/Konzeption des eigenen (wissenschaftlichen) Schreibens und das der Darstellung zugrunde gelegte Erkenntnisinteresse, das diesen Geschichten der Ersten Republik deren jeweilige Gestalt gab.

Biographische Voraussetzungen einer Republik-Geschichte

Schlangenmenschen, Staatsarchivardasein, Kirchenkrallen, Tatsachen-Landschaften

Auch die Geschichten der Ersten Republik haben Geschichte. Es ist ein bemerkenswertes Faktum, dass die erste große Geschichte der Ersten Republik schon wenige Jahre nach ihrem Ende nicht in Österreich erschienen und auch nicht von einem Österreicher geschrieben worden ist. 1950 wurde im Verlag Danubia/Braumüller und Sohn in Wien das in der deutschen Ausgabe fünfbandige „Kolossalwerk“ (wie es im Vorwort nicht zu Unrecht heißt) „Österreich von Habsburg zu Hitler“ vorgelegt. In der Vorbemerkung zur deutschen Ausgabe gibt es dazu eine „allgemeine Feststellung“, in der es heißt: „Es ist nicht das Buch eines Österreichers, und nicht das Buch eines österreichischen Sozialisten, sondern das Buch eines Gelehrten, das Buch eines in den besten Traditionen der angelsächsischen Fairneß geschulten Demokraten“ [Gulick 1/1950: 5-6].

Charles Adams Gulick (1896-1984), Wirtschaftsprofessor am „Department of Economics“ an der Universität Berkeley, war in den 1930er Jahren anlässlich eines Forschungsaufenthalts in Österreich gewesen und hatte hier sein Lebensthema gefunden. Die Nähe zu seinem Forschungs-„Objekt“ und die sich daraus ergebenden Probleme waren Gulick bewusst, und er hat sie auch offen in der Einleitung zum ersten Band angesprochen. In seinem Verständnis als „Sozialwissenschaftler“ sieht er es nicht nur als Recht, sondern geradezu als seine Pflicht, nach Möglichkeit „auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials Schlüsse zu ziehen und Werturteile zu fällen“. Ein Horror ist ihm der intellektuelle „Schlangenmensch“, der glaubt, „unwissenschaftlich“ zu sein, wenn er nicht bei jeder umstrittenen Frage „mit je einem Fuß auf jeder der beiden möglichen Seiten steht“. Wesentlich ist ihm das leidenschaftliche Interesse an der Geschichte, das kontroversielle Fragen nicht ausspart: „Viele sind noch umstritten und einige werden es bleiben, solange sich Menschen finden, die sich für die Geschichte Österreichs interessieren“ [Gulick 1/1950: 30].

Gulicks große Geschichte der Ersten Republik ist zur Zeit ihres Erscheinens – wohl auch wegen ihrer deklarierten Position –

von der österreichischen historischen Wissenschaft mit Distanz aufgenommen und bestenfalls im Literaturverzeichnis der Vollständigkeit halber doch noch untergebracht worden. Ihm selbst war bewusst, dass das so sein wird: „Manchen Lesern mögen die Schlussfolgerungen und Urteile manchmal wie eine Anklageschrift vorkommen. In der Tat ergeben sie letzten Endes eine Anklageschrift. Außerdem bedarf es keiner Entschuldigung, Faschisten anzuklagen“ [Gulick 1/1950: 30].

Heinrich Benedikt, der Herausgeber der wenige Jahre (1954) nach Gulick erschienenen „Geschichte der Republik Österreich“, stellt sich und seinen Lesern/Leserinnen zu Beginn seines Vorworts die Frage, ob es möglich sei, „eine unbefangene, wissenschaftliche Kritik der Geschichte einer Zeit zu schreiben, welche die Bearbeiter selbst miterlebt haben?“. Dann folgte eine Liste von möglichen Hindernissen, die bezeichnender Weise einen der wesentlichsten Gründe – die politisch-ideologische Position – nicht nennt beziehungsweise andeutungsweise umschreibt. „Werden nicht Jugendeindrücke, eingepflichtete Vorurteile, persönliche Erlebnisse, erlittene Unbilden den Blick trüben und dem Gebot der Unparteilichkeit, der Ausschaltung jeder Tendenz im Wege stehen?“ Die Frage und Besorgnis Benedikts war nicht unbegründet: Immerhin war Adam Wandruszka, einer der Beiträger des Sammelbandes, mit seiner NS-Vergangenheit höchst befangen gewesen. Geschichte ist für Benedikt „Kenntnis der Vergangenheit“ und „Wissen, wie das, was ist, geworden ist“. Der Garant für eine „objektive“ Darstellung ist für Benedikt das Streben nach „Wahrheit“ und die Ausrichtung auf das Ideal des „Rechtsstaates“ [Benedikt 1954: 7].

Zur Begründung, warum es notwendig sei, jetzt eine Geschichte der Republik zu schreiben, führt Benedikt an: „Die Geschichte der österreichischen Republik ist zum Tummelplatz in- und ausländischer Darstellungen geworden, zum fruchtbaren Feld für allerhand Legendenbildungen, die auf die Gestaltung der Politik einen nicht unerheblichen Einfluss ausüben. Österreicher und Ausländer wollen und sollen wissen, wie es sich wirklich begab“ [Benedikt 1954: 7]. Festzuhalten ist hier, dass Gulicks Republikgeschichte im Literaturnachweis nur nebenbei von Walter Goldinger im Zusammenhang mit der Schilderung der Ereignisse

vom 12. Februar 1934 nur erwähnt wird, um festzuhalten, dass das von ihm verarbeitete Material im Einzelnen nicht angeführt werde. Im nächsten Satz ist dann – offensichtlich kontrapunktisch gemeint – zu lesen: „Mit ruhigem Urteil Hans Huebner, Österreich 1933-1938. Der Abwehrkampf eines Volkers, 1949“ [Benedikt 1954: 614]. Für Gulick, der als Zeitzeuge die Ereignisse im Österreich der 1930er Jahre mitverfolgte, gilt offensichtlich nicht, was Benedikt prinzipiell von Zeitzeugen und ihrer Funktion für die Geschichtswissenschaft hält: „Die Geschichtsschreibung durch Zeitgenossen, welche die Vorgänge, von denen sie berichten, miterlebt haben und die Möglichkeit ausnützten, andere und, wenn sie Glück hatten, die besten Zeugen zu befragen, bietet einen nicht zu unterschätzenden Vorteil gegenüber späteren Darstellungen, welche nur auf das überlieferte Quellenmaterial und die Literatur angewiesen sind, ohne stets die Vertrauenswürdigkeit ihrer Gewährsmänner überprüfen zu können“ [Benedikt 1954: 7]. In Goldingers Beitrag sollen – so der Herausgeber Benedikt – die „Tatsachen“ für sich selbst sprechen [Benedikt 1954: 8].

1962 wurde Goldingers Text separat als eigenständige Monographie und um zwei Kapitel erweitert publiziert. Auf eine Neuauflage des „Benedikt“ in seiner ursprünglichen Fassung wurde verzichtet, da sich der Kreis der Verfasser inzwischen zerstreut hatte und eine neuerliche Publikation dem Verlag nicht mehr erforderlich schien, da die Erkenntnisse des Werkes im In- und Ausland anerkannt und zur Grundlage weiterer Untersuchungen gemacht worden waren [Goldinger 1962: 5]. „Dringend benötigt“ werde jedoch ein „wissenschaftlich fundierter Grundriss der neuesten Geschichte Österreichs, der als Unterlage für den Unterricht in Zeitgeschichte und als historische Einführung in die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage Österreichs dienen kann“ [Goldinger 1962: 5]. Im Anhang hat Goldinger eine knappe Übersicht zur (damaligen) Quellenlage zusammengestellt. Aus der Sicht des kundigen Archivars ist für ihn die Suche nach Unbekanntem und bisher nicht Zugänglichem ein wesentliches Anliegen historischer Projekte. „Jubiläumsschriften“ gegenüber ist er skeptisch: „Veröffentlichungen, die bewusst historischer Darstellung dienen wollen, sind oft zweckgebunden (Ju-

bilien), entgehen kaum der Gefahr, den Nachweis erbringen zu wollen, dass die eigene Partei immer Recht gehabt und alles vorausgesehen hat, und werden nicht selten panegyrisch, wenn sie an die Biographie eines ihrer ‚Helden‘ herantreten“ [Goldinger 1962: 298].

1992 ist Goldingers Geschichte der Republik Österreich von Dieter A. Binder in einer überarbeiteten Fassung publiziert worden. Für die Neuausgabe wurde, um den „Grundcharakter“ der Darstellung Goldingers zu wahren, der zeitliche Rahmen auf die Jahre 1918 bis 1938 beschränkt. In seiner Bearbeitung versuchte Binder, „charakteristische Eigenarten“ der Zwischenkriegszeit stärker zu konturieren, dem Darstellungsfluss Goldingers Zusatzinformationen beizugeben und Auffassungsunterschiede und unterschiedliche Interpretationen einfließen zu lassen. Zielvorstellung blieb nach wie vor, eine „ereignisgeschichtlich orientierte Darstellung der Zwischenkriegszeit“ zu bieten (Binder 1992: 10). Sieht man es genauer, so zeigt schon das von Goldinger bis auf die Streichungen eins zu eins übernommene Inhaltsverzeichnis, dass dort, wo es vermeintlich „nur“ um Ereignisse geht, mit diesen Ereignissen zugleich auch Erklärungen mitgeliefert werden. Im Sinne eines engen Politikbegriffs sind es vor allem die staatlichen Institutionen und wenige politische Funktionsträger, auf die sich die Nacherzählung der Ereignisse konzentriert. Die Geschichte der Ersten Republik entwickelt sich in fünf Etappen, die sich an staatsrechtlichen, ökonomischen und außenpolitischen Problemfällen orientieren. So entsteht eine Geschichte der Ersten Republik, in der die Gesellschaft dieser Republik wenig Platz hat und alternative gesellschaftliche Modelle abseits vom Mainstream der Ereignisse nur selektiv wahrgenommen werden. Aus dieser Perspektive ist auch das für die Geschichte der Ersten Republik entscheidende und von Binder so übernommene vierte Kapitel strukturiert, in dem die „Die Krise der parlamentarischen Demokratie“ beschrieben wird [Binder 1992: 134-239].

Etwas mehr als dreißig Jahre nach Goldinger versuchte Ernst Hanisch in seiner Geschichte Österreichs gegen Ende des Jahrtausends „nüchtern“ Bilanz zu ziehen. Aus der Sicht des Historikers Hanisch sind es (selbstbewusst gefragt: wer denn sonst?)

die Historiker, die dies sachgerecht zu leisten imstande sind. Alte Fragen müssten gestellt und neue Antworten gegeben werden. Aber: „Ausgangspunkt jeder lebendigen Historie muss die Gegenwart sein. Ihre brennenden Fragen sind das Triebwerk, das historische Reflexion in Gang setzt und hält“ [Hanisch 1994: 9]. Allerdings dürfe das nicht dazu führen, die Vergangenheit in Richtung Gegenwart einzuebnen oder sich zum moralischen Richter über die Vergangenheit aufzuspielen: „Jede Vergangenheit hat ihre eigene Gegenwart, ihr eigenes Recht, fordert Gerechtigkeit ein, Gerechtigkeit, nicht Exkulpation“ [Hanisch 1994: 9]. Das heißt aber auch, sich der Widersprüchlichkeit und Ambivalenz der Realität bewusst zu sein (und zu bleiben). Wer Geschichte betreibt, der solle nicht so tun, als wäre er ein „politisch-weltanschauliches Neutrum“, sondern soll Farbe bekennen. Hanisch selbst bekennt: „Ich komme aus dem katholischen Milieu, ein sechsjähriges Ministrantendasein hat mich tief geprägt. Mütterchen Kirche hat Krallen, die einen nicht loslassen“. Was seine politische Position betrifft, so versteht sich Hanisch als „Liberaler, der in der Tradition der Aufklärung wurzelt“ [Hanisch 1994: 16].

Peter Berger (geb. 1953) hat 2007 eine mehr als 400 Seiten umfassende „Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert“ vorgelegt, in der die Erste Republik in vier Kapiteln (Zusammenbruch und Neubeginn, Aufbauarbeit auf schwankendem Grund, Wirtschaftskrise und Agonie der Demokratie, Ständestaat) dargestellt wird. In seinem „Resümee“ zu Ende des Buches hält er zunächst fest, dass es eine schöne und zugleich schwierige Aufgabe sei, die Geschichte eines Landes in komprimierter Form darzustellen: „Die Schwierigkeit besteht in der Wahl des angemessenen Standortes, von dem aus der Blick auf die Vergangenheit gerichtet werden kann – ohne Gefahr, dass die Fülle der Eindrücke verhindert, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden“. In der „Landschaft der Tatsachen“ entscheide die Position des Betrachters, ob und in welcher Weise er die historischen Ereignisse wahrzunehmen imstande sei [Berger 2007: 416]. Auch wenn Berger im weiteren nicht konkret ausführt, welche „Tatsachen“ es sind, die seine Geschichtslandschaft individuell geprägt haben, so sind auf Grund seines Ge-

schichtskonzepts die Selektionskriterien nicht unschwer nachzuvollziehen: „Ein unausgesprochenes Anliegen des Buches war es, zu zeigen, wie Österreich im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts auf die doppelte Herausforderung von Demokratie und Marktkapitalismus reagierte – und wie die internationalen Beziehungen beschaffen waren, die den Rahmen dafür absteckten“ [Berger 2007: 417].

Republikgeschichten als Aufarbeitung der Gegenwart

Von der Geschichte der Arbeiterbewegung über den Schatten des Staates zur Rehabilitierung des kapitalistischen Liberalismus

Charles Gulick hat in den 1930er Jahren unter dem Eindruck des Aufstiegs des internationalen Faschismus begonnen, sich für eine vergleichende Geschichte der Arbeiterbewegung zu interessieren. In der Einleitung zu seinem Gang durch die österreichische Geschichte von Habsburg zu Hitler heißt es dazu: „In einem in der Weltgeschichte einzigartig dastehendem Ausmaß war die Geschichte Österreichs zwischen den beiden Weltkriegen, besonders von 1918 bis 1934, die des Kampfes für und gegen die Bestrebungen und Leistungen der Arbeiterbewegung“. Für Gulick sind es die österreichischen Arbeiter, die sehr früh die Gefahr des Faschismus erkannten: „Als Bundeskanzler Dollfuß den Versuchungen der autoritären Ideologie erlag und die österreichische Form des Kleriko-Faschismus einzuführen begann, setzten sie den Kampf in den Straßen, den Höfen und in den Stiegenhäusern der öffentlichen Gebäude Wiens sowie an anderen Orten mit Maschinengewehren, Flinten und Küchenmessern gegen eine Überzahl von durch Tanks und Feldartillerie unterstützten Maschinengewehren und Flinten fort. Die österreichischen Arbeiter erkannten von den untersten Reihen bis hinauf zu ihren Führern die Gefahren der internationalen faschistischen Gegenrevolution mindestens fünfzehn Jahre, bevor die Staatsmänner der westlichen Demokratien irgendeinen greifbaren Beweis erbracht hatten, dass auch sie sie erkannt hatten“ [Gulick 1/1950: 17].

Im Gegensatz zur schon damals konzipierten österreichischen Lebenslüge von der Unschuld am Nationalsozialismus hält

Gulick fest, nicht Hitler habe den Faschismus nach Österreich gebracht, sondern: „Die Wegbereiter Hitlers waren einheimische Faschisten, die gemeinsam mit einigen politischen Führern der katholischen Kirche ihre einstmaligen demokratischen Prinzipien entweder verraten oder niemals demokratische Prinzipien gehabt hatten“ [Gulick 1/1950: 21].

In Peter Bergers Geschichtskonzept ist die Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert (nicht nur die der Ersten Republik) durch einen deutlichen Antiliberalismus geprägt, der die Entwicklung eines liberalen, kapitalistisch orientierten Marktes er- und beschwerte. Ausgehend von seinem im Vergleich etwa zu Gulick sehr zurückhaltend ausgesprochenen Geschichts- und Politikverständnis und seinen individuellen Erfahrungen mit der österreichischen Gegenwartsgeschichte konstatiert er für die Zweite Republik trotz der unzweideutigen Westorientierung eine wachsende mentale Distanz der Österreicher und Österreicherinnen zum (wohl exakter zu seinem eigenen) „liberalen Demokratie- und Kapitalismusverständnis [Berger 2007: 424]. Auch die Geschichte der Ersten Republik ist für Berger durch diesen Gegensatz gekennzeichnet, und ihr Scheitern ist dementsprechend auch darauf zurückzuführen. Das bedeutet: „In mancherlei Hinsicht ist die heutige Situation Österreichs jener der frühen zwanziger Jahre nicht unähnlich. So wie nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Übergang vom Großmachtstatus zur kleinstaatlichen Existenz des Landes dazu zwang, seinen Blick über die Grenzen hinaus zu richten, und Politik unter Berücksichtigung internationaler Kräfteverhältnisse zu machen, so zwingt heute die Globalisierung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen zur Aufgabe einer vornehmlich nach innen gerichteten politischen Perspektive“ [Berger 2007: 425].

In der Rückprojektion gegenwärtiger, wohl auch außerwissenschaftlich geprägter Erfahrungen entwickelt Berger seinen Zugang zur Geschichte der Ersten Republik. Die Frage der Etablierung einer „liberalen“, marktwirtschaftlich-kapitalistische orientierten Gesellschaftsordnung ist für ihn die entscheidende für die Vergangenheit, aber auch für die Gegenwart: „Gleichfalls an die frühen 1920er Jahre erinnert der Nachdruck, mit dem sich

Demokratie nach westlichem Muster und freie Marktwirtschaft als universale Leitideen für die Zukunft empfehlen. Im Lauf der Zwischenkriegszeit wandten sich die Österreicher mehrheitlich von diesen Leitideen ab, weil sie meinten, im Lager der Feinde der pluralistischen Gesellschaft mehr Gehör für ihre wirtschaftlichen und politischen Anliegen (besonders für den Anschluss an Deutschland) zu finden. Dass sich die Dinge seither verändert haben, ist evident. Wie nachhaltig, wird die Zukunft weisen“ [Berger 2007: 425].

Ernst Hanisch hat seiner Österreichischen „Gesellschafts“-Geschichte im 20. Jahrhundert eine These zugrunde gelegt, die konsequenter Weise dann auch die Konzeption seines Buches bestimmt hat. Er geht davon aus, „dass sich in Österreich eine besonders starke staatlich bürokratische Tradition entfaltet hat, dass Modernisierungen häufig von oben ausgehen, dass sich die ‚bürgerliche Gesellschaft‘ nie so recht vom Staat freispielen kann. Es ist eine These, keine Polemik“ [Hanisch 1994: 15]. Um dies darzustellen, verknüpft Hanisch Längsschnittanalysen, die über die politischen Brüche hinwegführen, mit Querschnittanalysen, die sich auf jeweils ein Segment des politischen Systems bzw. der politischen Kultur konzentrieren. Um einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten zu überblicken und nicht in den Einzelheiten der Daten und Fakten zu versinken, nimmt Hanisch als „Leitperspektive“ die von Ralf Dahrendorf entwickelte Konzeption der „Lebenschancen“ zu Hilfe. Sie dient ihm als „Scharnier“ zwischen sozialwissenschaftlicher Theorie und geschichtswissenschaftlicher Analyse, da sie sowohl strukturelle, wie auch theoretisch und historisch fundierte Überlegungen verbindet. Mit diesem Ansatz bringt Hanisch eine neue Qualität in die Geschichte der Ersten Republik ein [Hanisch 1994: 13].

Am Ende seines Durchgangs durch die Geschichte Österreichs stellt sich Ernst Hanisch die Frage nach der „Bilanz“ für die Gegenwart. Sein Befund ist zwiespältig: Die gelebte Demokratie der Gegenwart ist als Ergebnis der historischen Vorbedingungen immer noch staatlich-bürokratisch orientiert. Die österreichische Gesellschaft hat in der zweiten Jahrhunderthälfte zwar diese „Pol Demokratie“ gegen den „Pol Autoritarismus“ weiter entfaltet, aber „ist diese Demokratie nun stark genug, die

sich überstürzenden Probleme des dritten Jahrtausends zu bewältigen? Sind wir bereit zur Herausbildung einer europäischen Identität, die Vielfalt, Pluralismus meint und die Welt der Orthodoxie und des Islams mit einbezieht? Oder verengen wir wieder den Blick zum 'Mir-san-mir' wie 1914 und 1938, treiben unsere Ängste neue autoritäre Totalitarismen hervor? Ist die Erinnerung an die Erfahrungen mit den autoritären Experimenten, vom Ersten Weltkrieg bis zum Nationalsozialismus, stark genug uns ins nächste Jahrhundert zu tragen?" [Hanisch 1994: 488-489]. Seine Antwort lässt auch für ihn noch manche Fragen offen: „Wir wissen es nicht, können es nicht wissen“. Dieser selbstkritische Befund bedeutet freilich nicht, in Resignation abzusinken, sondern sich auf die wesentliche Aufgabe der Erinnerungs-Wissenschaft Geschichte zu konzentrieren.

Nach 489 Seiten Text beendet Hanisch seinen Text daher mit einem Zitat aus Legoffs „Geschichte und Gedächtnis“, das auch für den Weg in die Vergangenheit der Ersten Republik frei machen kann: „Es ist die vornehmste Aufgabe der Historie, die kritische Erinnerung einer Gesellschaft wach zu halten“ [Hanisch 1994: 489].

Gerade in Jubiläumjahren ist das Wachhalten dieser kritischen Erinnerung notwendiger denn je.

Literatur

Die folgenden Literaturhinweise sind knapp gehalten, da sich der Text ganz bewusst auf die Präsentation ausgewählter Republik-Geschichten konzentrierte. Zitiert wurde aus folgenden Republikgeschichten:

Heinrich Benedikt (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien, 1954; Heinrich Benedikt (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien, 1974 [Nachdruck]; Peter Berger; Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Wien, 2007; Walter Goldinger: Geschichte der Republik Österreich. Wien, 1962; Walter Goldinger – Dieter A. Binder: Geschichte der Republik Österreich. 1918 – 1938. Wien, München, 19992; Charles Adams Gulick: Von Habsburg zu Hitler. Bd 1-5. Wien, 1950; Charles Adams Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler [gekürzte, einbändige Ausgabe]. Wien, 1976; Ernst Hanisch: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien, 1994.

Zum Weiter- und Nachlesen:

Gerhard Botz: Zwölf Thesen zur Zeitgeschichte in Österreich. In: Österreichischer Zeitgeschichtetag. 24. bis 27. Mai 1993 in Innsbruck. Innsbruck, Wien, 1995, 19-33; Gerhard Botz: Die Ausschaltung des Nationalrates und die Anfänge der Diktatur Dollfuß' im Urteil der Geschichtsschreibung von 1933 bis 1973. In: 40 Jahre danach. Der 4. März 1933 im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, Wien, 1973 (Veröffentlichung des Dr.-Karl-Renner-Instituts), 31-59; Ernst Hanisch: Der forschende Blick. Österreich im 20. Jahrhundert. Interpretationen und Kontroversen, in: Carinthia I, 189(1999), 567-583; Heidemarie Uhl: Konkurrierende Vergangenheiten. Offizielle Narrationen, „Gegenerzählungen“ und Leerstellen des „österreichischen Gedächtnisses“, in: Moritz Csaky, Klaus Zeyringer (Hrsg.), Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses. Eigenbilder, Fremdbilder. Innsbruck, Wien, 2002 (Paradigma; Zentraleuropa. 4), 220-235.

Die eingangs erwähnten Umfrageergebnisse sind unter folgenden Internet-Adressen zu finden:

Auch politischer Glanz vergilbt rasch. Eine IMAS-Umfrage über die Einschätzung österreichischer Bundespräsidenten und Kanzler, in: Österreich-Journal, 2004, 20 (01.03.2004), 6.

http://www.oe-journal.at/Aktuelles/Magazin/020_010304_A4.pdf

Martin Fleischhacker: Vom Opfer- zum Tätermythos. Geschichtspolitik. nach wie vor steht beim „Anschluss“-Gedenken Engelbert Dollfuß im Mittelpunkt. Weil er der Schlüssel zum „Tätermythos“ ist, in: Die Presse, 08./09.03.2008, S. 1.

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/368335/index.do>

Svila Tributsch, Peter A. Ulram: 1918. 1938, 2008: Geschichte im Spiegel der Forschungsergebnisse von GfK Austria. 29.02.2008.

<http://www.google.de/search?hl=de&q=tributsch+ulram+spiegel&btnG=Google-Suche&meta=>

Peter A. Ulram: Geschichtsbewusstsein. Textkommentar. Fessl-GfK. Studie: 2004/245.151. http://mediaresearch.orf.at/c_studien/geschichtsbewusstsein.pdf

Peter Malina, Elke Renner

Die Erste Republik

Ein Annäherungsversuch in 12 Stationen

Im Umgang mit der Geschichte der Ersten Republik Österreich sind viele Möglichkeiten gegeben. Ausgehend von Fakten, Daten, Personen, Gesellschaftsverhältnissen und Wirtschaftsindikatoren entwickeln sich sehr verschiedene Geschichten, die mit ihren Schwerpunktsetzungen gleichzeitig auch sehr spezifische Erklärungen der Vergangenheit liefern.

Die Vorstellung, Geschichte ein- für allemal und umfassend und unwiderruflich festhalten zu können, ist freilich eine Illusion. Notwendig ist nach wie vor die Anregung zur kritischen Auseinandersetzung mit Fragestellungen wissenschaftlicher Ergebnisse, die quer zum öffentlichen Geschichtsbewusstsein stehen.

Wenn im Folgenden zwölf Zugänge zur Geschichte der Ersten Republik präsentiert werden, so geschieht dies im Bewusstsein, dass ein solcher Versuch notgedrungen unvollständig und notwendiger Weise auch fragwürdig sein wird. Es geht hier im Gegensatz zu einem antiquarischen Geschichtsverständnis, das die Gegenwart von der Vergangenheit trennt, um einen Zugang zur Geschichte der Ersten Republik, der den Blick auf mögliche Alternativen – damals wie heute – frei macht und Kontinuitäten und Widersprüche erkennen lässt.

Weltkrieg und Kriegs-„Ordnung“

Das Entstehen der Republik Österreich 1918 hatte als Voraussetzung den Zerfall der Monarchie Österreich-Ungarn, deren Eliten sich 1914-1918 auf einen mörderischen Krieg eingelassen hatten. Im öffentlichen Geschichtsbewusstsein ist diese Beteiligung immer noch einem eher verklärten, unrealistischen Bild von „Krieg“ verbunden. Im öffentlichen Bewusstsein wird immer noch zu wenig wahrgenommen, dass der Erste Weltkrieg

ein moderner, mörderischer, imperialistischer Krieg im Kampf um Marktanteile und Ressourcen gewesen ist.

Dieser Krieg musste ein Weltkrieg werden, denn die von der Dynamik nachzuholende Industrialisierung und außenwirtschaftlich intensiver Globalisierung getriebenen Kräfte trachteten nach Veränderungen im internationalen Machtgefüge, die sie nur mit einem militärischen Sieg erzielen konnten: Das Deutsche Reich strebte ein von ihm beherrschtes Mitteleuropa als Zollunion und kolonialen Einfluss vor allem in Zentralafrika als Rohstofflieferanten an. Die Habsburger-Monarchie setzte auf Machterhalt und -erweiterung, der Krieg ermöglichte dafür ein Korsett aus diktatorischen Maßnahmen, um gewaltsam die wirtschaftlichen und politischen Spannungen zu zügeln. Wirtschaftsmächtige, Militär, Kirche und Adel schweißten den Halt der Monarchie zusammen. Als militärische Diktatur konnte die Monarchie die Arbeiterbewegung und Ansprüche auf Menschenrechte ausschalten, Aufstände der Bevölkerung (Militär- und Hungerrevolten, Streiks) brutal niederschlagen. Schulen, Vereine, Kirche und verschiedenste Formen der Printmedien standen unter „vaterländischem“ Großeinsatz. Der psychologischen Kriegsführung dienten ein kriegs-verherrlichender Kaiser- und Heldenkitsch und eine maßlose Feindbildhetze. Der Krieg polarisierte die Gegensätze zwischen Arm und Reich, die Masse derer, die Elend, Hunger und Not erlitten, stand einer kleinen, auch später reichen Schicht an Kriegsgewinnern gegenüber.

Wenn im nostalgischen Rückblick vielfach der Zerfall der „alten Ordnung“ beklagt oder benannt wird, so muss klar sein, dass es sich um eine menschenverachtende, autoritäre, brutale Ordnung handelte. Unsere Aufgabe muss es sein, alle zu Verfügung stehenden Quellen zu nutzen, um die Realität des Krieges, die Erfahrungen von Massenmord und -elend, die Rechtfertigung, die Ursachen, die Vorbereitungen und verheerenden Folgen des Krieges aufzuzeigen. Die Friedensbewegung(en) strebten ein neues Geschichtsbewusstsein an, das die Kriegsbefürworter und -verharmloser und die so genannten Sachzwänge, die die Rüstung und den Krieg als notwendig erscheinen lassen, entlarvt. Nach wie vor und gegenwärtig verstärkt wird auf „Friedenssi-

cherung“ durch Rüstung und Heer gesetzt, werden „humanitäre“ Einsätze und „Sachzwänge“ für Kriege vorgeschoben.

Kriegsschuld und Kriegsverantwortung

Die Frage nach den Verantwortlichen stellte sich nach 1918 sowohl im staatlichen wie im individuellen/persönlichen Bereich. Für den neuen Staat (Deutsch-)Österreich ging es nach dem Untergang und dem Zerfall der Monarchie um die Frage, die außen- wie innenpolitisch entscheidende Frage, wer die Kriegsschuld – und damit auch die Kriegsverantwortung auf sich nehmen sollte. Die Republik argumentierte damit, sie sei – wie die anderen Staaten auch – ein Nachfolgestaat und daher auch so wie diese als „Opfer“ der ehemaligen Donaumonarchie zu behandeln. Diese Argumentation wurde von den Alliierten nicht akzeptiert, und Österreich hatte den „Friedensvertrag“ von Saint-Germain abzuschließen, in dem ihm beträchtliche Lasten auferlegt wurden. Allerdings: Die angedrohten Reparationen hat Österreich nie bezahlt. Im Gegenteil: Es waren (was oft vergessen wird) die Kredite der ehemaligen Gegner, die den Rest-Staat Österreich das Überleben ermöglichten. Allerdings waren damit Abhängigkeiten und Bedingungen verbunden, die um den Preis der Konsolidierung des „Staates“ und der „Wirtschaft“ einschneidende Verschlechterungen der Lebensverhältnisse und die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung in Kauf nahmen.

Eine 1918 eingesetzte „Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen im Kriege“ (vor der sich als ein Prominenter auch der spätere Nobelpreisträger Julius Wagner-Jauregg zu verantworten hatte) konzentrierte sich auf Übergriffe einzelner Kommandanten und führte letzten Endes zu keinem befriedigenden Ergebnis. Immerhin war damit die Brutalität des in der historischen Sicht so selten wahrgenommenen österreichisch-ungarischen Militarismus zumindest öffentlich gemacht worden. Die für den Krieg verantwortlichen Generäle und politischen Funktionsträger wurden nicht zur Verantwortung gezogen und konnten, wie etwa der frühere Chef des Generalstabs, Conrad von Hötzendorf, in der Pension ungeschoren ihre Memoiren

schreiben und dort ihre persönlichen Fehden mit ihren Konkurrenten austragen.

Statt Einsicht und Umkehr bestimmte Ablehnung und Abwehr die Nachkriegsdiskussion. Nicht wahrhaben wollte man, dass das alte Österreich, mit dem man sich offiziell gerne identifizierte, einen Krieg mit verursacht hatte, in dem Gewalt und Terror zur „Normalität“ verdreht wurden.

Eine „Österreichische Revolution“

Nach vier Jahren eines Krieges, den die maßgeblichen politischen und militärischen Verantwortlichen der Donaumonarchie bewusst riskiert hatten, zerfiel das alte Österreich. Mangel an politischer Phantasie ließ vielen den Zerfall der Monarchie nur als Katastrophe erscheinen. Die Veränderungen, die sich mit der Gründung der neuen Republik Deutsch-Österreich abzeichneten, konnten sie nur als Zerstörung der ihnen vertrauten Ordnung und als Werk einer zerstörerischen „Revolution“ interpretieren. In dieser Situation war die Sozialdemokratie als einzige politische Kraft im nun klein gewordenen Österreich bereit (und auch imstande), politische Perspektiven zu entwickeln und gestützt auf ihre Parteiorganisation auch die Voraussetzungen für eine Stabilisierung und Neu-Ordnung zu schaffen.

Schon in der letzten Kriegsphase hatte die Sozialdemokratische Parteiführung noch in der Monarchie ihre stabilisierende Funktion unter Beweis gestellt. Als Folge der rapiden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und motiviert durch die revolutionären Ereignisse in Russland im Februar und Oktober 1917 entwickelte sich im Jänner 1918, ausgehend von Wr. Neustadt, in weiteren Industriegebieten der Monarchie eine breite Streikbewegung. Der überraschten Führung der Partei gelang es allerdings, die Kontrolle über die sich bildenden „Arbeiterräte“ zu behalten und den Streik zu beenden. Auch in den ersten Monaten des neuen Österreich wurden die revolutionären Kräfte in den Arbeiter- und Soldatenräten in die Parteistruktur eingebunden und damit auch die Konkurrenz der Kommunistische Partei in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt und politisch ungefährlich gemacht.

Die durch den Zusammenbruch verunsicherten und ihrer Machtpositionen beraubten alten Eliten der Donaumonarchie versuchten zunächst, sich nach Möglichkeit mit der neuen Zeit zu arrangieren und in Kooperation mit den Sozialdemokraten unter veränderten Bedingungen ihre politischen Positionen nach Möglichkeit zu bewahren. Das Scheitern der Räte-Bewegung in Ungarn und Bayern 1919 war das Signal für eine Konsolidierung der Machtverhältnisse. Zwar gelang es noch, wesentliche Sozialgesetze durchzusetzen. Die „politische“ Revolution (das heißt: die Etablierung Österreichs als demokratische Republik) konnte allerdings nicht durch eine entsprechend umfassende „soziale“ Revolution weitergeführt werden. Mit der Sozialgesetzgebung der ersten Phase der Republik waren zwar entscheidende Veränderungen möglich geworden, die nachfolgend vorgesehene „Sozialisierung“ (Verstaatlichung) kam über erste Ansätze nicht hinaus.

Im Gegensatz dazu gelang es dem bürgerlichen Lager, seine politischen Positionen durchzusetzen und angesichts einer im Grunde reformistischen Sozialdemokratie den „revolutionären Schutt“ der Jahre 1918-1920 zu beseitigen. Als Beweis für die drohende „Diktatur“ des Proletariats dienten Formulierungen aus dem „Linzer Programm“ der Sozialdemokratie (1926), die zur Verstärkung der Revolutionsangst propagandistisch ausgenutzt wurden. Im Gegensatz dazu stand das konkrete politische Handeln der österreichischen Sozialdemokratie, die sich in ihrer Selbstdarstellung „revolutionär“ präsentierte, in der politischen Praxis aber zunehmend defensiv agierte.

Sozialgesetzgebung und Sozialisierung

1918/19 wurden zur Erhaltung des Kapitalismus soziale Zugeständnisse notwendig, wollte die Bourgeoisie nicht das revolutionäre Potential stärken und dem Einfluss der Russischen Revolution Raum geben. Die angepasste sozialdemokratische Parteiführung setzte auf Reformpolitik in der Zeit, in der die Arbeiterschaft eigentlich ein großes revolutionäres Potential darstellte, aber ihre Ziele nicht erreichen konnte, weil die Sozialdemokratie als Massenpartei sie dabei nicht unterstützte. Unter dem revo-

lutionären Druck entstanden die Sozialgesetze, die die zentrale Errungenschaft der Lohnabhängigen bedeuteten. Sie wurden in zwei Wellen durchgesetzt: Unmittelbar nach Kriegsende unter dem Eindruck der Aktivitäten der „Roten Garden“, der Arbeiterräte, der radikalen Linken und der Gründung der Kommunistischen Partei beschloss das Parlament unter anderem die Arbeitslosenunterstützung, den 8-Stundentag sechsmal die Woche, Kinderarbeits- und Heimarbeitsgesetz. Mit der Ausrufung der ungarischen Räterepublik korrespondiert die zweite Welle sozialdemokratisch initiiertes Sozialgesetz 1919: Betriebsrätegesetz, Arbeitsurlaubsgesetz, Enteignung von Schlössern zur Errichtung von Volkspflegestellen.

Der Entwurf des Sozialisierungsprogramms von Otto Bauer setzte bei den Großunternehmen der Schwerindustrie als Schlüsselbereiche der Volkswirtschaft an. Großgrundbesitz, Forstbetriebe und Miethäuser sollten in dieses Konzept stufenweise einbezogen werden. Banken ließ Bauer noch aus dem Spiel, das Finanzkapital blieb auch von ihm ungebrochen: Die Preis- und Marktmechanismen als Grundfeste der kapitalistischen Wirtschaftsordnung blieben im Wesentlichen unangetastet. Ein Frontalangriff auf die Machtpositionen der Großbourgeoisie und Finanzoligarchie stand nie zur Debatte. In Wirklichkeit wurden aber nur einige wenige im Besitz des Staates befindliche Industrierwerke (hauptsächlich Rüstungsbetriebe) „sozialisiert“. Seipel als Repräsentant bürgerlicher Macht wartete die revolutionäre Phase ab, es blieb kaum etwas vom Sozialisierungsprogramm erhalten, die Arbeiter erhielten dafür lediglich das Betriebsrätegesetz.

Die Sozialgesetze linderten die Not der ArbeiterInnen und stellten in vielen Belangen eine Errungenschaft im Vergleich zur früheren Rechtlosigkeit dar. Den rechten bürgerlichen Parteien waren sie dennoch ein Dorn im Auge und bald Ziel blindwütiger Angriffe. Sozialgesetze im Kapitalismus sind eine labile Angelegenheit und wenn linker Druck von den Parteien und Gewerkschaften fehlt, sind sie dem Wohlwollen konjunktureller und unternehmerischer Milde ausgeliefert. Den neoliberalen Rollback-Strategien der letzten Jahrzehnte hätte man mit Erkenntnissen über die Zeit der Ersten Republik sicher besser entgegenwirken können.

Arbeiterkultur im Roten Wien

Seit 1919 konnte die Sozialdemokratie in Wien als Bundesland die absolute Mehrheit unter demokratischen Verhältnissen halten, überschätzte aber angesichts ihrer Situation als Opposition im Zentralstaat ihre Gesamtwirkung gehörig. Das soll die Erregenschaften im „Roten Wien“ nicht schmälern, aber relativieren. In den Bereichen Wohnbau, Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur gelangen die fortschrittlichen Projekte, die den Weltruf der sozialdemokratischen Gemeinde ausmachten. Das war nur durch eine entsprechende Finanz- und Steuerpolitik in Wien möglich, die so genannten Breitnersteuern, Abgaben für privaten Luxus und Lustbarkeiten und Wohnbausteuern zur Finanzierung der Gemeindebauten. Die modernen Kommunaleinrichtungen waren Beispiele sozialer Kommunalpolitik: Wohnbauanlagen, Bäder, Freibäder, Kindergärten, Horte, Mutterberatungsstellen, Kultur- und Sporteinrichtungen usw.

Das Rote Wien war im Selbstverständnis der Sozialdemokratie als ein Gegenmodell zur „bürgerlichen“ Gesellschaft gedacht. Seine Gegenmacht im gesamten wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang in Österreich sollte allerdings nicht überschätzt werden. Auch in Wien gab es genug Gegenkräfte, und die Gemeindeverwaltung trug auch einiges zur Verbürgerlichung der Arbeiterschaft bei. Die sozialdemokratische „Bastion“ Wien konnte 1933/34 den reaktionären und faschistischen Angriffen nicht standhalten. Teile der Gemeindeinstitutionen zeigten sich nicht völlig immun gegen faschistische Ideologie und Methoden. Leider blieben die Leistungen des Roten Wien auch nach 1945 gehässigen Beurteilungen ausgesetzt und ebenfalls bedauerlich ist es, dass der fortschrittliche und soziale Elan der Gemeinde Wien nicht weitergeführt wurde.

Wirtschaft und Kapital

Die Sozialdemokratie hat Krieg und Monarchie bis zuletzt mitgetragen. Fixiert auf ein Denken in großen politischen und ökonomischen Räumen hatte sie kein Konzept für die Republik

entwickelt. Die These von der angeblichen Lebensunfähigkeit Österreichs wurde zur Lebenslüge der Anschlussbewegung.

In allen kriegführenden Ländern trug das Proletariat die Hauptlast der Entbehrungen, die Belastungen in Österreich waren extrem. Die Monarchie betrieb einen maßlosen Raubbau an Volkswirtschaft und -gesundheit. Die Staatsschuld vergrößerte sich gigantisch und damit die Abhängigkeit vom ausländischen, vor allem dem deutschen Kapital. Indem die Burgfriedenspolitik als staatspolitisches Krisenmanagement auf Kosten der Arbeiterschaft weitergeführt wurde, trug die Sozialdemokratie entscheidend dazu bei, das bestehende Gesellschaftssystem zu retten.

Karl Renner gilt als der geistige Vater der Wirtschafts- bzw. Sozialpartnerschaft in Österreich. 1919/21 arbeiteten in diesem Sinne die so genannten Industriekonferenzen. Da die privatkapitalistischen Grundlagen im Wesentlichen unangetastet blieben, kam es nicht zur Realisierung des Sozialismus, sondern zu im Grunde systemkonformen Sozialreformen.

Die Wirtschaft hatte durch großen Importbedarf und geringe Exportfähigkeit ein chronisches Handelsbilanzdefizit. Ausländische Kapitalinteressen übernahmen in den wichtigsten Industriezweigen und Großbetrieben die Führung, ausländisches Monopolkapital steckte im Bank- und Kreditwesen und in der Schlüsselindustrie. Diese Abhängigkeiten bestimmten auch wesentlich die politischen Entwicklungen der Ersten Republik. Der Entente-Imperialismus und die deutsche Konkurrenz behandelten Österreich im Grunde wie eine Kolonie. Eine Scheinkonjunktur als Folge von Inflation und Spekulation konnte nur eine kurzfristige Besserung bringen. Der Verlust von Absatzgebieten verstärkte die Krisenfolgen. Die österreichische Bourgeoisie versuchte den maroden Staatshaushalt mit Völkerbundanleihen zu stabilisieren. Die westeuropäischen Kreditspritzen erzielten kurzfristige Erholphasen auf Kosten einer langdauernden Krise und Abhängigkeit. Die „Genfer Sanierung“ (1922) führte durch die damit verbundene Forderung nach Abbau der Staatsschulden de facto zu einem Sozial- und Personalabbau.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 traf das verschuldete Österreich besonders heftig. Das Bruttosozialprodukt und die Real-löhne sanken rapid, die Arbeitslosigkeit erreichte einen Höchst-

stand. Der Bankensektor war besonders anfällig. Dazu kamen zahlreiche Korruptions- und Betrugsfälle. 1929 wurde die in enger Verbindung zur Christlichsozialen Partei und zur Heimwehr stehende Bodenkreditanstalt zahlungsunfähig und ging in der Creditanstalt, der größten österreichischen Privatbank, auf. 1931 stand auch die Creditanstalt vor dem Ruin und verursachte eine internationale Kettenreaktion. Die Sanierung der Creditanstalt erfolgte mit Steuergeldern, die dafür erlassenen Gesetze hatten Geldeinbußen der Beschäftigten, Abbau von Bundesbediensteten, Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung sowie Erhöhung von Abgaben, Zöllen und Gebühren zur Folge. Die Völkerbundanleihe 1932 kam nur zu einem Drittel produktiven Maßnahmen zu gute, ein übergroßer Anteil floss in die Banken-Sanierung. Die bürgerliche Regierung setzte auf Deflation, Sparprogramme und steuerliche Entlastung der Unternehmen. Die Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften leisteten keinen nennenswerten Widerstand, erst nach ihrer völligen Entmachtung schwenkten sie auf einen verspäteten Keynesianismus über. Die „Finanzdiktatur“ des Austrofascismus führte zur Senkung der Löhne und zur Entlastung der Industrie von staatlichen Steuern und Abgaben.

Rückblickend ist festzustellen, dass in der Ersten Republik Wurzeln für sowohl autoritäre als auch neo-liberale (bzw. ordoliberalen) Wirtschaftsentwicklung gelegen sind, deren Ziele und Methoden gegenwärtig im Zusammenhang zwischen zügelloser Kapitalinteressen und Sozial- und Demokratieabbau eine Weiterführung und Renaissance erleben.

Militarisierung der Gesellschaft

Seit dem November 1918 setzte die sozialdemokratische Politik alles daran, einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Julius Deutsch stellte die Volkswehr auf, die sich die Sicherung lebensnotwendiger Einrichtungen in den Wirren der Nachkriegszeit zur Aufgabe gestellt hatte. Die Ausgangssituation war damit für die Sozialdemokraten in der Wehrpolitik ziemlich günstig, allerdings wurde das Bundesheer später gemäß der Friedensverträge „entpolitisiert“. Noch im Linzer Programm glaubten die Sozialdemokraten daran, dass auf die Arbeiter in der Republik

nicht geschossen würde. Bis zum Februar 1934 praktizierte die Sozialdemokratie die Politik des ständigen Zurückweichens und folgte sukzessive dem Rechtsruck der Regierung. Während der sozialdemokratische Schutzbund sich den Schutz der Demokratie und der Einrichtungen der Arbeiterschaft zum Ziel setzte, destabilisierten die rechten Wehrverbände konsequent den inneren Frieden und verpflichteten sich dem faschistischen Terror, um sich letztendlich an der Beseitigung der Demokratie zu beteiligen. Der 15. Juli 1927 hatte den Höhenflug des Heimwehrfaschismus eingeleitet, es war ersichtlich geworden, dass die Sozialdemokraten die letzten Auseinandersetzungen scheuten. Der Führerkult der Heimwehren, ihr Bekenntnis zum Faschismus, ihre Gewalt gegen Linke, gegen Gewerkschaften und parlamentarische Demokratie ebneten den Weg in autoritäre Verhältnisse austrofaschistischer Prägung. Am 12. Februar 1934 wurde der letzte Versuch des Schutzbundes, die Demokratie zu retten, von den führenden Sozialdemokraten nicht genutzt und von Heimwehren im Verbund mit der autoritären Staatsmacht niedergeschlagen. Die Heimwehren nährten ihre Macht aus den Zuwendungen der Großbetriebe, des faschistischen Auslands und der rechten österreichischen politischen Hand. Ihre Gewaltakte und Putschversuche wurden von der Justiz kaum bis nicht geahndet, was sie in ihrer Gewaltbereitschaft wieder bestärkte.

Nach 1945 wurde im Zuge der konsensualen Geschichtsdarstellung der geteilten Schuld eine Gleichsetzung der Wehrverbände propagiert (Schulbücher, Medien), angeblich um „Gräben nicht mehr aufzureißen“. Bei aller prinzipiellen Beurteilung von Waffengewalt ist es doch unerlässlich, die Unterschiede in Bezug auf Ursachen, Dimension und Zielsetzung genau zu untersuchen, um die realen Angriffe auf die Demokratie zu erkennen.

Feindbilder und Vorurteile

Das Aggressionspotential der Ersten Republik war sowohl durch die konkreten politischen und ökonomischen Verhältnisse, aber auch durch sehr konkrete machtpolitische Interessen geprägt.

Die mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie ausgelöste Verarmung der in der Monarchie dominierenden Mittel-

schicht und die als Folge der Sozialgesetzgebungen gleichzeitig erfolgte Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft führte zu einer Konfliktsituation, in der zusätzliche Bedrohungs- und Feindbilder vehement produziert wurden. Die Erfahrung der Entwertung vieler bisher als Leitbilder dienenden „Werte“ wurde zerstörerischen Kräften zugesprochen, denen die entsprechenden Feindbilder zugeordnet und die für die auch im Österreich der Zwischenkriegszeit merkbaren Auswirkungen der Modernisierung verantwortlich gemacht wurden.

Die politische Kultur der Ersten Republik war durch tiefsitzende antidemokratische und antimarxistische Affekte geprägt. Dazu kamen die Feindbilder des Antisemitismus, der als altes Vorurteil in breite Bereiche der Gesellschaft reichte, aber auch Feindbilder, die regionale Konflikte (wie zum Beispiel die Slowenenbilder im deutschnationalen Kärnten) zum Hintergrund hatten. Interessensgegensätze wurden so der rationalen Analyse entzogen und erhielten in den (überzogenen) Feindbildern des „Hausherrn“, des „Kapitalisten“, des „Pfaffen“ eine politisch wirkende Schreckensgestalt. Es wäre allerdings verfehlt, die Produktion wie die Nutzung von Feind-Bildern allein auf den politischen Bereich zu beschränken. Auch die Bildungs-„Eliten“ waren an ihrer Verbreitung wie ihrer Produktion beteiligt: Mit ihren „Theorien“ verstärkten sie vorhandene Vorurteile und gaben einem in der Praxis dann mörderischen Sozialrassismus die akademische, wissenschaftliche Legitimation.

Die offizielle Politik der Ersten Republik war mit den beginnenden 30er Jahren zusehends dominiert von einer Generation von relativ jungen Männern, die den Ersten Weltkrieg mitgemacht hatten. In diesem Krieg hatten mehrere Generationen von Männern verlernt, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Ihre politische „Phantasie“ war besetzt von „Bildern des Bösen“, deren Abbilder bekämpft, ausgemerzt, niedergemacht werden sollten. Das führte dazu, dass Konkurrenten in der politischen Auseinandersetzung nur mehr als „Feinde“ wahrgenommen wurden. Für diese männerdominierte Auffassung von Politik, die vor allem im rechten Spektrum ihre Klientel fand, war Abwertung und Entwertung des/der anderen ein Mittel zur eigenen Aufwertung und zum Beweis der scheinbaren Stärke und Gewalt eine/die

einzigste Möglichkeit erfolgreichen politischen Handelns. In der Vorurteils-Welt des Sozialrassismus wurden Schwache, Kranke, nicht Arbeitsfähige zu „Feinden“, denen man keinen Platz in der Gesellschaft einräumen wollte.

Beseitigung des „Revolutionsschutts“

Die führende Rolle der Sozialdemokraten beim politischen Aufbau der Ersten Republik führte dazu, dass die parlamentarische Demokratie von ihren Gegnern mit den Sozialdemokraten identifiziert und auch aus diesem Grunde pauschal abgelehnt wurde. Seit Mitte der 1920er Jahre verstärkten sich jene politischen Kräfte, die eine Rückkehr zu vor-revolutionären Verhältnissen bzw. eine grundlegende politische Neuorientierung im Sinne einer faschistischen „Revolution“ zum Ziele hatten. Das Verhalten der Sozialdemokraten bei den Unruhen des 15. Juli 1927, die dem erwarteten Feindbild nicht entsprachen, machte deutlich, wie sehr sie selbst der Illusion ihrer vermeintlichen politischen Macht erlegen waren.

Ihre im Grunde defensive Haltung in diesem Konflikt führte dazu, dass die bürgerlich-christlichsoziale Regierung Seipel eine von den Sozialdemokraten angebotene Kooperation noch deutlicher zurückwies. Im rechten Spektrum der österreichischen Gesellschaft verstärkte sich parallel dazu die Bereitschaft, offensiver für eine politische Veränderung und die endgültige Beseitigung des „Revolutionsschutts“ vorzugehen. In dem von Ignaz Seipel vertretenen Konzept einer „wahren“ – das heißt realpolitisch gesehen: einer ganz anderen, den eigenen politischen Zielen entsprechenderen – Demokratie sollten auch parlamentarische Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt und politische Schwerpunktveränderungen möglich gemacht werden. Wie dies geschehen sollte, zeigte sich an den Verhandlungen um eine Reform der Verfassung 1929. Wohl gelang es den Sozialdemokraten noch, präsidential-autoritäre und majoritäre Tendenzen abzuschwächen. Tatsächlich bedeutete die dann mit ihrer Zustimmung erfolgte Verfassungsänderung aber ein deutliches Abrücken von dem konsequent parlamentarischen Verfassungssystem der „revolutionären“ Phase der Ersten Republik.

Wie sehr sich die politischen Macht- und Einflussverhältnisse in den 1920er Jahren kontinuierlich verschoben, zeigte sich am Österreichischen Bundesheer, das in Zeiten der Volkswehr noch sozialdemokratisch dominiert war. Nachdem die Sozialdemokraten keinen direkten Einfluss mehr auf das Heeresressort hatten, setzte unter dem christlichsozialen Heeresminister Carl Vaugoin unter dem Titel der Ent-Politisierung eine konsequente Um-Politisierung ein. Die administrativ-legistischen Voraussetzungen wurden 1933/34 unter Berufung auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 für die Ent-Parlamentarisierung und die politische Entmachtung der Opposition genutzt.

Zerstörung der Parlamentarischen Demokratie

Mit dem Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt 1932 verschärfte sich die wirtschaftliche Lage Österreichs ganz entscheidend. Zur Sanierung des Staatsbudgets und der Banken als Voraussetzung für eine notwendige Völkerbundanleihe waren die Christlichsozialen bereit, einen weiteren sozialpolitischen „Abbau“ und Steuerbelastungen in Kauf zu nehmen: Mit den Budgetsanierungsgesetzen vom Oktober 1932 waren umfangreiche Sparmaßnahmen und Steuerbelastungen vorgesehen, die vor allem die Basis der bürgerlichen Parteien betrafen. Voraussetzungen für die Durchführung dieses „Reform“-Programms war eine grundlegende Veränderung der politischen Handlungsbedingungen: Stärkung der „Autorität der Regierung durch Notverordnungsmaßnahmen und die „Ausschaltung“ kontrollierender demokratischer Einrichtungen. Eine durchaus reparierbare „Geschäftsordnungskrise“ des Parlaments am 4. März 1933 bot der Regierung Dollfuß die Möglichkeit, unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten auf dem Verordnungsweg die kontinuierliche Zerstörung der parlamentarischen Demokratie in Gang zu setzen. Gestützt auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz vom Jänner 1917 wurden das Parlament handlungsunfähig gemacht, die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit entscheidend eingeschränkt und der Verfassungsgerichtshof außer Funktion gesetzt.

Durch das Verbot des Republikanischen Schutzbundes, die Verhängung des Versammlungsverbots und die Einschränkung des Streikrechts geriet vor allem die Sozialdemokratie unter Druck. Mit der Revision der sozialdemokratisch inspirierten Reformpolitik der Anfangsjahre der Ersten Republik wurden soziale Schutzmaßnahmen aufgehoben oder eingeschränkt, Gehalts- und Pensionskürzungen verfügt und die Unterstützung für Arbeitslose empfindlich verschlechtert: Bis Ende 1933 wurden mehr als 40 „Notverordnungen“ erlassen, die eine Revision der Sozialgesetzgebung betrafen. Durch diese Maßnahmen wurde der politische Einflussbereich der Sozialdemokraten, die dem wenig entgegenzusetzen hatten, kontinuierlich eingeschränkt. Die „Vier Punkte“, die am außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratie im Oktober 1933 formuliert worden waren (Aufhebung der Rechte Wiens und Einsetzung eines Regierungskommissärs, Angriff auf die Gewerkschaften, Auflösung der Partei, Oktroy einer faschistischen Verfassung), waren Ausdruck einer zwar verantwortungsvollen, im Grunde aber hilflosen Defensivstrategie, die eine energische Gegenposition zu vermeiden versuchte und so die beabsichtigte Deeskalierung nicht erreichen konnte.

Dass der Konflikt auf diesem Wege nicht zu vermeiden war, zeigte sich Anfang des Jahres 1934, als eine Welle von Waffensuchen und Verhaftungen sozialdemokratischer Funktionäre einsetzte. Der von der Parteiführung nur nach Zögern mitgetragene „Aufstand der österreichischen Arbeiter“ endete mit einer Niederlage: Die Sozialdemokratische Partei wurde verboten, ihre Organisationen wurden aufgelöst. Ein Teil der Parteiführung ging ins Exil. Der 12. Februar 1934 war der Abschluss einer Entwicklung, die sich schon längere Zeit vorher angekündigt hatte. Mit der Beseitigung der Sozialdemokratie war die Revision der österreichischen „Revolution“ 1918/1919 erreicht und der Weg zu einer grundlegenden, antidemokratischen Entwicklung in Österreich gegeben.

Austrofaschismus und Diktatur

Mit der Beseitigung der parlamentarisch demokratischen Verhältnisse konnte Dollfuß 1933 seinen Angriff auf „soziale Las-

ten“ und Reformen durchziehen, er schlitterte nicht in den klerikalfaschistischen „Ständestaat“, sondern wählte diese Lösung ganz bewusst, dabei bediente er sich des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes. Polizei und Heer, standen seit langem von „unzuverlässigen“ linken Elementen gesäubert, hinter der Regierung.

Eine wesentliche Stoßrichtung der bürgerlich-rechten Politik war schon 1920 gegen die Sozialgesetze gerichtet. Ihre Wirkung war aber in den folgenden Jahren wegen der sozialdemokratischen Opposition und der Gefahr, dass Wahlen die parlamentarischen Verhältnisse ändern könnten, zunächst noch begrenzt. Erst mit der grundlegenden Veränderung des politischen Systems 1933 war es möglich, diese Ziele zu erreichen. Den Maßnahmen zur „Sanierung“ der Wirtschaft, die Dollfuß mit der Konkurrenzfähigkeit im Ausland begründete, fielen die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zum Opfer: Die Betriebsräte wurden aufgelöst, die Freien Gewerkschaften und Streiks, die Arbeiterparteien verboten, die Versicherungsleistungen vehement gekürzt, der 8-Studentag durch eine Reihe von Ausnahmebestimmungen umgangen. Dabei bediente man sich zweier Schienen, der Gesetzgebung und der Praxis, in der die ArbeiterInnen oft weit über die Gesetzeslage hinaus ihrer Rechte beraubt wurden. Ein freiwilliger Arbeitsdienst stellte ein untaugliches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, die Höchstmaße erreichte, dar. Die staatliche Steuerpolitik belastete mit Massensteuern und Gebühren die Geringverdienenden und Mittellosen, Arbeitslosenunterstützungen wurden gekürzt, Arbeitslose wurden „ausgesteuert“ und damit von weiteren staatlichen Sozialleistungen ausgeschlossen. Dem ehemals Roten Wien wurde die „Breitner-Steuer“ als Grundlage für soziale Projekte entzogen. Im Gegenzug wurden das Besitzbürgertum, Banken und Großgrundbesitzer steuerlich entlastet.

Zwischen den Machtzentren des Imperialismus und Faschismus entwickelte sich in Österreich ein subalterner Faschismus mit spezifisch österreichischen Ausprägungen: Zwangskorporatismus, eine Massenpartei „Vaterländische Front“ mit autoritärer Struktur, die über Betriebs- und Dienststellenorganisationen die Arbeitswelt bespitzelte und Seilschaften bildete. Die Einrichtung

von „Anhalte“-Lagern, die (wieder eingeführte) Todesstrafe und das Standrecht wurden zu Säulen eines staatlichen Terrors, der sich auch auf die Unterstützung der (katholischen) Kirche berufen konnte.

Die Selbstbezeichnung „christlicher Ständestaat“ entbehrt zwar der Realität, sagt aber viel über die ideologische Verfasstheit aus. Ein rückwärtsgewandter Ständebegriff verharmloste die autoritären, faschistischen Methoden und Ziele. Die ideologische Bandbreite reichte vom Antimarxismus, Kulturchauvinismus, einem biologistisch-religiösen Familienbild, autoritären Erziehungsideale, Führerkult, einem biologistisch-ständischen Gesellschaftsbild als gottgewollte Ordnung, militaristischen Ordnungsprinzipien bis zum religiös und rassistisch agierenden Antisemitismus. Austrofaschismus und Nationalsozialismus waren sich grundsätzlich ähnlich. Die organisatorische und politische „Schwäche“ des Austrofaschismus als das wesentliche Unterscheidungskriterium heranzuziehen, dient letzten Endes einer Anschauung, die den Faschismus als prinzipiell siegreich zu denken imstande ist.

Der österreichische Konkurrenzfaschismus litt vor allem daran, dass die ihn unterstützenden Gruppen des Finanz- und Monopolkapitals schwächer waren als die deutsche Kapitalmacht in Österreich. Im Gegensatz zur öffentlichen Diskussion um die NS-Zeit, bei der spätestens in den 1980er-Jahren eine so genannte „Vergangenheitsbewältigung“ einsetzte, ist die Zeit des Austrofaschismus immer noch ein Tabuthema in der österreichischen Politik und Öffentlichkeit.

„Anschluss“ und Annexion 1938

Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, der 1938 mit dem „Einmarsch“ deutscher Truppen vollzogen wurde, ist in der Regel reduziert auf die Ereignisse in den Märztagen 1938. Zieht man die Vorgeschichte mit in die Betrachtung ein, so zeigt sich, dass der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland die politische Wirklichkeit der Ersten Republik von verschiedenen politischen Akteuren geprägt hat und mit durchaus unterschiedlichen politischen Perspektiven vertreten wurde. Parallel zu den innen- wie

außenpolitischen Veränderungen entwickelten sich verschiedene Verständnisformen von „Anschluss“. 1918/1919: Deutsch-Österreich als sozialdemokratisches Konzept; 1920/1922: Anschlussbewegungen in den Bundesländern; 1922/1933: Anschlusspropaganda und Angleichungspolitik; 1933/1934: „Anschluss“ als [gescheiterter] NS-Putsch; 1934/1938: „Anschluss“ als „evolutionäres“ NS-Programm.

Durch die Unterdrückung der linken Opposition in Österreich und der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie 1933/1934 hat sich das „ständestaatliche“ Österreich ein wesentliches kritisches Potential zur Analyse und Eindämmung der NS-Bewegung in Österreich genommen. Mit der Berufung auf die „deutsche“ Sendung Österreichs sollte die Individualität des österreichischen Konkurrenzfaschismus und die staatliche Unabhängigkeit vom nationalsozialistischen Deutschland begründet werden. Spätestens seit dem Juliabkommen von 1936 zeigte sich, dass diese Option – auch aus außenpolitischen Gründen und der Veränderung der politischen Gesamtsituation in Europa so nicht zu realisieren war. Der „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und der Verlust seiner politischen/staatsrechtlichen Selbständigkeit ist in der kollektiven Erinnerung der österreichischen Gesellschaft jahrzehntelang aus der Perspektive der politischen Opportunität der österreichischen Nachkriegspolitik dargestellt worden.

Bei der historischen Analyse des März 1938 ist festzuhalten, dass mit den militärischen Operationen (dem „Einmarsch“) der deutschen Truppen wohl die Voraussetzung für die Veränderung der politischen Machtverhältnisse in Österreich geschaffen wurden. Der „Anschluss“ ist aber auch durch die „Machtübernahme“ durch österreichische Nationalsozialisten und ihrer Sympathisanten und durch die Nutzung der veränderten politischen Rahmenbedingungen durch Mitläufer und Opportunisten gekennzeichnet. Terror und Massenmobilisierung waren mit ein Grund für die breite Zustimmung, die dem Widerstand und der politische Opposition jede Unterstützung entzog. Nach 1945 ist dies – aus realpolitisch-pragmatischen Gründen – nicht wahrgenommen und in den Mythos vom Österreich als dem ersten „Opfer“ des Nationalsozialismus umgedeutet worden. Nicht zur Kenntnis genommen wurden vor allem auch die Arisierungsgel-

winnler des Jahres 1938 und der hohe Anteil der Österreicher am organisierten Vernichtungsterror der Gestapo und der SS und ihre Rolle als willige Besatzungsbürokraten in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern.

Literatur

Die folgenden höchst fragmentarischen Literaturhinweise können und wollen keine Bibliographie ersetzen. Entsprechend der Struktur der Texte sind sie als Anregung zum Nach- und Weiterlesen gedacht. Sie sollen vor allem auch auf vielleicht schon vergessene oder nicht beachtete (ältere) Veröffentlichungen aufmerksam machen.

„Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation. Wien, 1988.

Peter Berger: Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Wien, 2007.

Klaus Bergmann, Gerhard Schneider (Hrsg.): Gegen den Krieg. Dokumente und Materialien. 1: Gewöhnung an Krieg. 2: Nie wieder Krieg. Düsseldorf, 1982 (Geschichtsdidaktik. Studien. Materialien. 11).

Gerhard Botz: Gewalt in der Republik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. 1976. 1983.

Christoph Butterwege: Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen. Marburg, 1991 (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. 82).

Christoph Butterwege, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden, 2007.

Doris Byer: Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934. Frankfurt/M., 1988 (Campus-Forschung. 564).

Francis L. Carsten: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München, 1977.

Wolfgang Doppelbauer: Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik. Wien, 1988 (Militär-geschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten. 9).

Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hrsg.): Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Wien, 1984.

Rudolf Gerlich: Die gescheiterte Alternative. Sozialisierung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. Wien, 1980.

Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich. 1918-1924. Wien, 1987 (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung).

- Hans Hautmann, Rudolf Hautmann: Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919 – 1934 . Wien, 1980.
- Peter Huemer: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie. Wien, 1975.
- Everhard Holtmann: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933 – 1938. Wien (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte. 1).
- Die Kälte des Februar. Österreich 1933 – 938. Wien, 1984.
- Lajos Kerekes: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr. Wien, 1966 (Europäische Perspektiven).
- Kreissler, Felix: Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938. Wien, 1970.
- Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien, Frankfurt/M., Zürich, 1968.
- „Die Macht der Bilder – antisemitische Vorurteile und Mythen“. Eine Ausstellung des Jüdischen Museums der Stadt Wien in der Volkshalle des Wiener Rathauses vom 27. April bis 31. Juli 1995. Wien, 1995.
- Eduard März : Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913 – 1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe. Wien, 1981.
- Mit uns zieht die neue Zeit. Arbeiterkultur in Österreich 1918 – 1934. Wien, 1981.
- Bruce F. Pauley: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien, 1993.
- Bruce F. Pauley: Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich. Wien, 1988.
- Anson Rabinbach: Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg. Wien, 1989 (Sozialistische Bibliothek. Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 2).
- Leopold Spira: Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich. Wien, 1981.
- Emmerich Talos (Hrsg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938. 5. Aufl. Wien, 2005 (Politik und Zeitgeschichte. 1).
- Karl Vocelka: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. Graz, Wien, 2000.
- Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo. Wien, 1982.
- Hans Witek, Hans Safrian: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Wien, 1988.

Ein deutscher Sieg und seine Folgen

Deutungen, Umdeutungen und Zwiespältigkeiten beim Erzählen der Kärntner Geschichte

Deklariertes Ausgangspunkt und kryptischer Endpunkt aller offiziellen Erzählungen über die Kärntner Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts ist der zum „Kärntner Schicksalstag“ hochstilisierte 10. Oktober 1920. An diesem Tag lag das Ergebnis der Volksabstimmung in der sogenannten Abstimmungszone A vor. In dieser Zone, in der nach den Volkszählungsergebnissen von 1910 von einem slowenischen Anteil von 70 % an der dortigen Bevölkerung ausgegangen wurde, hatten insgesamt nur ca. 40 % **für** den Anschluss an das neu geschaffene Königreich der Südslawen gestimmt. Damit war klar: 60 % der abgegebenen Stimmen – von denen ein guter Teil von Kärntner Slowenen stammen musste – stellten ein eindeutiges Votum für den Verbleib Südkärntens bei Österreich dar.

Das Ergebnis war weniger ein Resultat des militärischen Abwehrkampfes der Kärntner freiwilligen Verbände, da die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nach Kärnten eingedrungene südslawische Truppen nicht nachhaltig aus dem Lande gedrängt werden konnten, das Ergebnis war Resultat von ökonomischen Überlegungen der ländlichen Bevölkerung Südkärntens, die an den Wirtschaftsraum um die Städte Völkermarkt, Klagenfurt und Villach gebunden war. Das Ergebnis war jedoch nicht zuletzt auch auf einen bis dahin noch nie dagewesenen Propaganda-Wahlkampf unter der psychologischen Federführung von deutschnationalen Kräften in Kärnten zurückzuführen. Sie hatten mit dem „Kärntner Heimatdienst“ eine überaus wirksame Agitationsplattform geschaffen, die von allen Landtagsparteien unterstützt wurde und die zum Sammelbecken für die führenden „heimattreuen“ Köpfe aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Militär wurde.

Alle Agitatoren des ideologischen Abwehrkampfes, aber auch die gerade erst heimgekehrten Weltkriegsteilnehmer, für die in

dieser Epoche der Bedrängnis die Parole „Nie wieder Krieg“ einem Landesverrat an Kärnten gleichgekommen wäre und die 1918 hoffen durften, wenigstens jetzt auf heimatlichem Boden einen militärischen Sieg erringen zu können, hielten damals an der Interpretation fest, dass ein Sieg bei Abwehrkampf und Volksabstimmung als ein Sieg des deutschen Volkstums in Kärnten gewertet werden müsse. Darüber hinaus war man der festen Überzeugung, dass dieser Sieg nicht nur die slawischen Völkerschaften jenseits der Karawanken, sondern auch die Kärntner Slowenen auf Dauer, also für ewige Zeiten, in Zaum halten müsse, dass es somit gelingen würde, ihre territorialen Ansprüche zurückzuweisen und ihr nationales Selbstbewusstsein zu brechen.

Die vorläufige Landesversammlung von Kärnten wird geahnt haben, dass ein möglicher „deutscher Sieg“ die slowenischen Landsleute so niederdrücken könnte, dass sie sich vielleicht doch noch im letzten Augenblick überlegen könnten, ihre Stimme für das jugoslawische Königreich abzugeben. Also gab die Kärntner Landesversammlung vor dem 10. Oktober 1920 das feierliche Versprechen ab, „daß sie den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und allezeit wahren will und daß sie deren geistigem und wirtschaftlichem Aufblühen dieselbe Fürsorge angedeihen lassen wird, wie den deutschen Bewohnern des Landes ...“¹

Wie weit dies ehrlich gemeint war oder nur ein wahltaktischer Schachzug, darüber gehen die Meinungen heute auseinander. Vielleicht waren die Versprechungen ja auch nur auf die slowenischen Landsleute gemünzt, die am 10. Oktober ihre Stimme für den Verbleib bei Österreich abgegeben würden?

Am 10. Oktober 1920 jedenfalls war der Jubel über den Abstimmungsausgang riesengroß. Ungetrübt war auch noch die Freude jener rund 10.000 Kärntner Slowenen, die in der Abstimmungszone A den „richtigen“ Stimmzettel, nämlich den grünen für Österreich, in die Wahlurne geworfen hatten. Sie wussten noch nicht, dass sie schon im Wahlkampf von den Deutschnatio-

1 Zit. nach Inzko, Valentin: Deutsch-slowenische Gemeinsamkeit. In: Das gemeinsame Leben. 70 Jahre nach der Volksabstimmung in Kärnten. Klagenfurt 1990, S. 27

nalen eine politische Punzierung erhalten hatten: Sie sollten als „Heimattreue“ und als „Deutschgesinnte“ angesprochen und zur propagandistischen Waffe gegen jene geschmiedet werden, die für die „slowenischen Eindringlinge“ Sympathien hatten und für eine Angliederung des Landes an Jugoslawien stimmen würden. Für diese „Verräter“ sollte – so ein Vorschlag des militärischen Agit-Prop-Abwehrkämpfers Hans Steinacher – der verächtliche Ausdruck „Tschuschen“ gebräuchlich werden.²

Natürlich wussten diese Slowenen, die für den Verbleib Südkärntens bei Österreich stimmen würden, auch noch nicht, dass einige Jahre nach der Volksabstimmung maßgebliche Kärntner Historiker, die bis heute in der Landesgeschichtsschreibung als Autoritäten gelten, daran gehen würden, diese Gruppe „deutschfreundlicher“ Slowenen mit einem eigenen Etikett zu versehen. Die Kärntner Slowenen, die mit ihrem pro-österreichischen Stimmverhalten den Abstimmungssieg herbeigeführt hatten, sollten als „Kärntner Windische“ bezeichnet werden. Diese Punze war grundsätzlich für alle Menschen vorgesehen, die nicht zu den Slowenen gehören wollten, die auch der slowenischen Sprache nicht mächtig wären und die, zumal sie von ihrer Abstammung her keine wirklichen „Deutschen“ waren, den Status einer eigenen Volksgruppe bekommen sollten.

Die „Kärntner Windischen“ waren eine folgenreiche Entdeckung, welche – im Sinne einer innovativen ethnopolitischen Erfindung – ganz auf der erprobten Generallinie der Teile-und-Herrsche-Strategie des Kärntner Mehrheitsvolkes lag. Als „schwebendes Volkstum“ wurden die „Kärntner Windischen“ von den „Nationalslowenen“ abgetrennt und in ein schicksalsverwandtes Naheverhältnis zum Deutschtum gerückt, ein Verhältnis, das später dann zu einer bluts- und wesensverwandten Nachbarschaft aufrückte, die in der Zeit des Nazi-Rassenwahns sogar die Chance bot, für die „Aufordnung“ in eine höhere Stufe des in Kärnten angewandten Rassenschemas in Frage zu kommen. Dass und weshalb die „Windischenphantasien“ bis in die

2 Steinacher, Hans: In Kärntens Freiheitskampf. Meine Erinnerungen an Kärntens Ringen um Freiheit und Einheit in den Abwehrkämpfen 1918/1919 und um die Volksabstimmung 1920. Klagenfurt 1970

Gegenwart hinein eine Rolle spielen, ist ein anderes Thema, das am Ende dieser Abhandlung implizit nochmals auftauchen wird.³

Im Überschwang der Freude des 10. Oktober und im ersten Aufatmen der Sieger wollte man auch den Verlierern, den „abtrünnigen Nationalslowenen“, die für Jugoslawien gestimmt hatten, ihre Niederlage etwas versüßen. Wie zwiespältig und kurzlebig jedoch das Versprechen, man wolle auch diesen Abtrünnigen „brüderlich“ begegnen, war, ist daran zu erkennen, dass bereits 10 Tage nach dem 10. Oktober 1920 das Agitations- und Kampfblatt des Kärntner Heimatdienstes die Strategieelemente dieser „brüderlichen Begegnung“ offenlegte: „Ehe wir aber das Werk der Liebe beginnen, laßt uns erst jenes der Vergeltung vollenden. Los und ledig wollen wir sein all derjenigen, die den heiligen Frieden unserer Heimat schänden ...“ (Kärntner Landsmannschaft Nr. 80, 20.10.1920).

Selbstverständlich wusste man in der Zentrale des Kärntner Heimatdienstes auch genau, wo die „Friedensstörer“ saßen und wer sie waren. So leiteten die Abwehrkämpfer Hans Steinacher und Vinzenz Schumy sofort konkrete Maßnahmen hinsichtlich der Auflösung „jugoslawisch gesinnter“ Gemeindevertretungen, Pfarreien, Schulräte, Volksschulen, Gastwirtschaften usw. ein.

Der Oktober 1920 wurde für die Kärntner Slowenen in der Tat zu einem „tragischen Herbst“. Der deutschnationalen Agitation war es gelungen, die Kärntner Slowenen nachhaltig zu spalten. Damit wurde einerseits der Anschluss der Kärntner Slowenen an das „Stammvolk“ in Jugoslawien verhindert, andererseits konnten beide Gruppen der Kärntner Slowenen, also sowohl die „Windischen“ als auch die „Nationalslowenen“, zu Verrätern gestempelt werden, je nach dem, von welcher nationalen Werte man aus ihr Wahlverhalten betrachtete.

Da die offizielle Sichtweise in Kärnten die des herrschenden Deutschnationalismus war und ist, soll hier einer Stimme Raum gegeben werden, die die damalige Situation aus der Sicht eines

3 Vgl. dazu die Analyse von Fischer, Gero: Windischenphantasien. In: Fischer, Gero/Gstettner, Peter (Hrsg.): „Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen“. An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders „Erneuerungspolitik“. Klagenfurt/Celovec 1990, S. 96 – 105

Slowenen aus Triest schildert: „Bekannterweise verlief die Wahlkampagne vor der Volksabstimmung unter propagandistisch und psychologisch schlimmen Verhältnissen innerhalb der Minderheit selbst und unter starkem Druck der deutschen Nationalisten, die bei dieser Gelegenheit ihre Abwehrorganisation („Kärntner Heimatdienst“; P.G.) errichteten. Schon diese Agitationen, viel mehr aber noch das Ergebnis, ging den Slowenen tief unter die Haut. Allein das Gefühl des eigenen Unvermögens, indem sie sich sozusagen eigenhändig um den Anschluß an den Staat des Stammvolkes gebracht haben, und der bittere Beigeschmack des Verrätertums von Deutschgesinnten und Windischen, die ein eigenes Volk sein wollten, haben in der unterlegenen Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen. Bedenken wir die sofort beginnende Hetzjagd auf nationalgesinnte Slowenen, solche also, die sich, wie man normalerweise annehmen mußte, mutig exponierten und praktisch ohne gesetzlich geschützte Rechte waren, bedingt durch den Friedensvertrag und die soziale Struktur der vorwiegend ärmeren Schichten, ist es beinahe ein Wunder, daß sich das slowenische Element in der Ersten Republik überhaupt erhalten hat.“ (Dolhar 1990, S. 9)⁴

Das „Abstimmungstrauma“ der Kärntner Slowenen wurde also noch dadurch verstärkt, dass die deutschnationalen Agitatoren des Abwehrkampfes eine über den Sieg hinaus reichende Strategie verfolgten, die in dem Slogan zum Ausdruck kam: „Der volksdeutsche Kampf geht weiter“. Für den militärischen Führer des Abwehrkampfes und den Vorkämpfer für das Großdeutsche Reich, Hans Steinacher, war dies immer schon klar. Er formulierte: „Ein endgültiger Friede konnte in diesem Land nur werden, wenn der Sieg in deutscher Nacht, den die Kärntner am 10. Oktober 1920 abschließend erkämpft hatten, vom ganzen deutschen Volk in Sicherung genommen würde.“ (Steinacher 1943, S. 412, zit. nach Gstettner 1990, S. 133)⁵

4 Dolhar, Rafko: Die Volksabstimmung. Ein tragischer Herbst für das slowenische Volk. In: Das gemeinsame Leben. 70 Jahre nach der Volksabstimmung in Kärnten. Klagenfurt 1990, S. 9 – 10

5 Gstettner, Peter: Zur politischen Selbstinszenierung des „Kärntner Wesens“ am 10. Oktober. In: Fischer, Gero/Gstettner, Peter (Hrsg.) 1990, a. a. O. S. 128 – 140

Der Abstimmungssieg von 1920, der zunächst noch holzschnittartig als „Sieg über die räuberischen Balkanhorden“ gefeiert wurde, legitimierte für Hans Steinacher kurz darauf auch die Agitation für Nazideutschland und für den „Anschluss“, der dann endgültig 1938 besiegelt wurde. Das obige Zitat beschließt Steinacher mit dem Satz: „Und so lebte auf dem alten Kampfboden Kärntens hinfort besonders mächtig der tätige Glaube an das Großdeutsche Reich“. (Steinacher 1943, S. 412, zit. nach Gstettner a.a.O.) Dieser „tätige Glaube“ wurde 1938 zur Realität. Österreich wurde von der Landkarte gelöscht.

Die Kärntner Slowenen, die sich selbst **nicht** den „Balkanhorden“, sondern den „Ureinwohnern“ Kärntens zuordneten, haben zunächst wahrscheinlich das geglaubt, was ihnen 1920 die Kärntner Landesversammlung an gleichen Rechten, an Identitätsbewahrung, an Spracherhalt und Sprachförderung versprochen hatte. Heute wissen wir: Sie haben es „kontrafaktisch“ geglaubt. In der Realität verhielt sich nach der Volksabstimmung alles ganz anders. „56 Lehrer und Lehrerinnen wurden aus dem Schuldienst entlassen, 28 Priester wurden durch das bischöfliche Ordinariat in Klagenfurt entlassen, 30 Priester versetzt, 4 Personen ausgewiesen, 11 Personen gerichtlich verfolgt und viele durch Gewalttätigkeiten betroffen, wobei die Behörden sich weigerten, einzugreifen.“ (Bogataj 1989, S. 68)⁶

Diese nach dem Abstimmungssieg einsetzende Verfolgung von national gesinnten Kärntner Slowenen würden wir heute als ethnisch motiviertes Mobbing oder schlicht als Versuch der ethnischen Säuberung bezeichnen. Die deutschnationale Geschichtsschreibung in Kärnten bediente sich naturgemäß eines anderen Vokabulars. Da hieß es zu diesen Vorgängen z. B. lapidar: „... viele in verantwortlichen Funktionen gestandene Personen verließen die Zone und emigrierten nach Jugoslawien.“ (Einspieler 1991, S. 164)⁷

6 Bogataj, Mirko: Die Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec 1989

7 Einspieler, Valentin: Die Verhandlungen über die der slowenischen Minderheit angebotene Kulturautonomie (1925 – 1930). In: Das gemeinsame Kärnten / Skupna Koroska. Dokumentation des deutsch-slowenischen Koordinationsausschusses der Diözese Gurk, Band 11. Klagenfurt/Celovec 1991, S. 162 – 175

Durch die offensichtliche und faktische Eindeutschung der slowenischen Bevölkerung konnte es nicht ausbleiben, dass den Kärntner Slowenen bald die Augen aufgingen und ihnen der Glaube an das deutschkärntner Wohlwollen und an die Einlösung der Wahlversprechen abhanden kamen. Unzufriedenheit und Kritik machten sich breit. Im Zentrum der slowenischen Kritik stand die repressive Sprachenpolitik der Kärntner Landesbehörde. Slowenische Bücher und Texte wurden zensuriert, slowenische Kulturvereine der pro-jugoslawischen Wühlarbeit verdächtigt, die ultraquistische Schulverordnung so restriktiv ausgelegt, dass von einer zweisprachigen Schule eigentlich nicht mehr gesprochen werden konnte, da die slowenische Sprache nur als Hilfssprache zur raschen Erlernung des Deutschen diene.

In der Realität startete also die Strategie der planmäßigen Eindeutschung der slowenisch sprachigen Bevölkerung nach 1920 erst richtig durch. Jetzt hatten ja „die Deutschen“ ihre Mehrheit, die sie als unanfechtbare Machtposition voll auszuschöpfen gedachten, getreu nach dem Motto des damaligen Landesverweisers Arthur Lemisch, der für die „Umerziehung“ derjenigen plädierte, die bei der Volksabstimmung 1920 zum falschen Wahlverhalten „verführt“ worden waren: „Nur ein Menschenleben haben wir Zeit, diese Verführten zum Kärntnertum zurückzuführen; in der Lebensdauer einer Generation muß das Erziehungswerk vollendet sein.“⁸ Es sei Aufgabe der deutschen Kultur, mit „Kärntner Gemütlichkeit“ dieses Ziel, dieses „Heilungswerk“, das Lemisch als „Reinigung des öffentlichen Geistes von widerkärntnerischem Denken“ bezeichnete, im Laufe eines Menschenalters zu erreichen. Tatsächlich sollte dieses Ziel, Kärnten einsprachig und rein deutsch zu machen, die Kärntner Politik bis herauf in die Gegenwart beschäftigen. Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts, also fast 90 Jahre nach den historischen Ereignissen, fantasierte und polemisierte der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, ihm falle die Aufgabe zu, Kärnten für eine einsprachige Zukunft zu sichern. Verständlich, dass bei dieser Zielsetzung zweisprachige Ortstafeln keinen Platz haben dürfen.

8 Lemisch Zitate nach Bogataj, Mirko 1989, a.a.O., S. 68

Warum sollten also die Deutschkärntner nach 1920, im demokratisch legitimierten Vollbesitz von Mehrheit und Macht, der Minderheit etwas davon abgeben? Warum sollten sie das einlösen, was sie vor 1920 mit Blick auf die Gewinnung von slowenischer Wählergunst versprochen hatten?

Vielleicht blieb dennoch ein Rest schlechten Gewissens zurück, denn 1925 schien es so, als könnte die Kärntner Landesregierung in ihrem antislowenischen Kurs eine Wende einschlagen. Die Kärntner Sozialdemokraten, die sich aus der Plattform des Kärntner Heimatdienstes ausgeklinkt hatten, versuchten in der Minderheitenschulfrage 1925 einen Vorstoß, von dem sie hofften, er könnte die Wünsche der slowenischen Minderheit befriedigen – und den Landeshauptmannsessel bei der 2 Jahre später stattfindenden Wahl für die Sozialdemokratie wieder zurückgewinnen. Diese Initiative wurde durch einen Verhandlungsprozess aufgefangen, bei dem alle Kärntner Parteien und zwei Vertreter der slowenischen Volksgruppe eingebunden waren. Diese Verhandlungen, die als Verhandlungen über die slowenische Kulturautonomie in die Geschichte eingegangen sind, wurden im Wesentlichen in einer eigens dafür einberufenen „Schulkommission“ geführt, deren Vorsitzender der damalige Landeshauptmann Vinzenz Schumy war.

Gemäß der deutschnationalen Landesgeschichtsschreibung, die noch ein halbes Jahrhundert später von einem „einzigartigen Angebot einer Kulturautonomie“ (Wilhelm Neumann) sprach, wurde dort um eine slowenenfreundliche Lösung „gerungen“, wobei die deutsche Seite mit äußerster „Großzügigkeit“ den slowenischen Wünschen begegnet sei und immer wieder „Konzessionen“ gemacht hätte. Die Vertreter der deutschen Parteien hätten zum Beispiel lediglich die Auflage gemacht, dass die „Kulturautonomie“ nur von jenen Menschen beansprucht werden könne, die sich „freiwillig“ in einen nationalen Kataster bzw. in ein slowenisches „Volksbuch“ eintragen würden.

Die Slowenen, die durch diesen Nationalkataster eine neuerliche Festschreibung der Aufsplitterung in „heimattreue Windische“ und „nationalbewusste Slowenen“ befürchteten, forderten dagegen, dass das utraquistische Schulwesen zur Gänze in ihre Verwaltungsoberheit käme. Wenn sie das zugestanden bekämen,

würden sie auch den Nationalkataster akzeptieren. Dies war für die deutschen Parteien, die beanspruchten, auch die Interessen der „Windischen“ in der utraquistischen Schule zu vertreten, unannehmbar, denn die „Windischen“ würden ja gar nicht die slowenische Sprache lernen und nicht in eine slowenische Schule gehen wollen.

So sind die Autonomieverhandlungen, laut Kärntner Landesgeschichtsschreibung von den Deutschen „aufrichtig und ehrlich“ geführt, im Juli 1927 an den „maßlosen Forderungen“ der Slowenenvertreter, die angeblich kein Kompromissangebot der deutschen Verhandler zufrieden stellen konnte, gescheitert. Fazit der Deutschnationalen: Die Slowenen wollten im Grunde gar keine „Autonomie“ sondern nur über die „Windischen“ herrschen. „Abschließend kann festgestellt werden“, schreibt einer der radikalsten Assimilanten, der aus der slowenischen Volksgruppe den Wege zu den deutschnationalen „Windischen“ gefunden hatte, Valentin Einspieler⁹, „daß sämtliche deutsche Parteien des Kärntner Landtages aufrichtig bemüht waren, die feierlichen Versprechungen vor der Volksabstimmung zu erfüllen, sie aber an der Forderung der Slowenen scheiterten, die die Auslieferung der Windischen zur Erziehung durch slowenische Lehrer in slowenischen Schulen forderten. Das aber hätte schweren Undank an jener Gruppe im gemischtsprachigen Gebiet bedeutet, die durch ihre Entscheidung für Österreich bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 das Land Kärnten ungeteilt erhalten hat.“ (Einspieler 1991, S. 175)¹⁰. Fast gleichlautend, aber mit einem etwas anderen Zungenschlag, der Kärntner Landeshistoriker Wilhelm Neumann: „Dem Verlangen der Auslieferung aller

9 Einspieler, Valentin 1991, a.a.O.

Valentin Einspieler war bis zu seinem Tod im November 1986 Funktionär des Kärntner Heimatdienstes und Obmann der Heimatdienst-Teilorganisation „Bund der Kärntner Windischen“. Der „Bund der Kärntner Windischen“ hatte zuletzt weniger als 10 Mitglieder und sein Obmann, Valentin Einspieler, musste schon 10 Jahre vor der Vereinsauflösung anlässlich der Sitzung einer Expertenkommission zur Ortstafelfrage konstatieren, dass es in Kärnten weder ein „windisches Volk“ noch eine „windische Sprache“ gäbe (vgl. Bogataj, Mirko 1989, a.a.O.).

10 Einspieler, Valentin 1991, a.a.O.

utraquistischen Schulen an die geplante slowenische Kultur-selbstverwaltung konnte der Staat als Wahrer der Rechte der Mehrheitsbevölkerung und eines Teils der slowenischsprachigen Bevölkerung, die sich im politischen Gegensatz zur Minderheitenführung befand und die sich nun unterscheidend selbst als Windische einstuft, nicht entsprechen.“¹¹

Die „Auslieferung“ von deutschen Kindern an slowenische Lehrer sollte zu einem Thema werden, das in Form eines Dauerbrenners auch noch Mitte 1980 in der Agitation des Kärntner Heimatdienstes Verwendung fand. Jetzt waren es die „deutschen Kinder“, die nicht in die Hände von slowenischen Lehrern fallen durften, weil es ja keine „windischen Kinder“ mehr gab. Dass die „Windischen“ von der Bildfläche und aus der Argumentation der Deutschnationalen verschwunden waren, ist nach deren Interpretation die Schuld der Slowenen, waren es doch die „nationalen Slowenen“, die die „zweisprachigen Kärntner“ (!), also die „treuen Windischen“, in „weiten Randbereichen des windischen Volkstums zerstört“ haben.¹² Wenn die Schuld am Verschwinden des „schwebenden Volkstums“ die national gesinnten Kärntner Slowenen tragen, die den „Windischen“ ihr „Bekennnisrecht“ verweigerten, sie ausgegrenzt und zur „Abwanderung“ in die deutsche Volksgruppe gezwungen haben, dann ist es „logisch“, wenn Josef Feldner, Obmann des Kärntner Heimatdienstes, erst kürzlich (2006!) wieder einmal forderte: „Auch die Slowenen sollten heute das Verschwinden der Windischen bedauern, die in Südkärnten noch vor 100 Jahren mit ihrem slowenisch-deutschen Mischdialekt das sprachliche Bild geprägt haben.“¹³

11 Neumann, Wilhelm: Bausteine zur Geschichte Kärntens. Das Kärntner Landesarchiv, Band 12. Klagenfurt 1985, S. 226

12 Pust, Ingomar: „Slowener, doch nicht Slowenen“. In: Das gemeinsame Leben. 70 Jahre nach der Volksabstimmung in Kärnten. Klagenfurt 1990, S. 80 – 81

13 Josef Feldner in: Feldner, Josef/Sturm, Marjan: Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog. Klagenfurt/Celovec 2006, S 203. – Ob man mit solchen „alten Hüten“ Kärnten „neu denken“ kann, mag dahingestellt sein. Man sieht jedenfalls die ungebrochene Argumentationslinie der „Heimattreuen“; einziger Fortschritt innerhalb von 15 Jahren: Ingomar Pust forderte noch ein Denkmal für die „Windi-

In der Zwischenkriegszeit war diese Propaganda jedoch noch viel augenscheinlicher in Übereinstimmung mit der politischen Strategie, die Kärntner Slowenen durch die Abspaltung der „Windischen“ zu schwächen und zu minimieren bzw. klein zu zählen. In dieser Situation war es einzig die Sozialdemokratische Partei, die 1924 durch ihren Austritt aus dem Kärntner Heimdienst ein anderes Signal setzte und sogar eine Zeitlang versuchte, den deutschnationalen Charakter der 10. Oktober Feiern anzuprangern und ihren Mitglieder von der Teilnahme an solchen Feiern abzuraten – ein historisch einmaliges Unterfangen, das nicht einmal in der 2. Republik ein Pendant hat!

Diese exponierte Position der „slowenenfreundlichen“ Sozialdemokraten war mit dem Scheitern der Autonomieverhandlungen auch schon zu Ende. Der „Schwarze Peter“ für das Scheitern wurde den unbescheidenen, raffgierigen und nationalpolitisch nach Jugoslawien schielenden Slowenen zugeschoben. Jugoslawien wurde sogar unterstellt, gegen die Autonomieverhandlungen agitiert zu haben, weil Jugoslawien befürchtet hätte, die deutsche Minderheit im eigenen Land würde dann ähnliche Forderungen stellen, gleiche Rechte und Vergünstigungen verlangen, wie sie die Kärntner Slowenen in einem Autonomiestatut eventuell bekommen hätten.

Die Kärntner Slowenen interpretierten das Scheitern der Autonomieverhandlungen genau konträr zur deutschkärntner Version: Das slowenische Forderungspakt sei ausgesprochen „bescheiden“ gewesen. Die deutschkärntner Vorstellungen von „Kulturautonomie“ wären dagegen dazu angetan gewesen, einer weiteren Schwächung und Spaltung der Volksgruppe Vorschub zu leisten. „Wie wenig ernsthaft die Kärntner Landesregierung um eine Förderung der Slowenen bemüht war, beweist die 1930 erfolgte Abschaffung der slowenischen Sprache als Pflichtgegenstand am Klagenfurter Gymnasium. Die Feiern zum 10. Jahrestag der Volksabstimmung brachten wieder alle deutschen Parteien in eine geschlossene Frontstellung gegen die Slo-

schen“, denn nur ihnen verdanke die Nachwelt, „daß Südkärnten die Tito-Ära erspart geblieben ist“ (Pust, Ingomar 1990, a.a.O., S. 81). Josef Feldner verlangt dagegen nur, dass die Partisanendenkmäler aus Kärnten zu schwinden hätten.

wenen. Erneut wurden die alten Leidenschaften entfacht und die nationalbewußten Slowenen in eine Außenseiterrolle gedrängt.“ (Geschichte ... 1988, S. 96)¹⁴

Die Erwartungen der Kärntner Slowenen wurden auch im autoritären Ständestaat, der von der Mehrzahl der Slowenen unkritisch akzeptiert und sogar mit Hoffnungen auf die Verwirklichung von gemeinsamen christlichen Idealen versehen wurde, nicht erfüllt. Der Wunsch der Kärntner Slowenen, im Rahmen der ständestaatlichen Verfassung Autonomierechte zu bekommen, wurde dadurch kompensiert, dass die Kärntner Slowenen im Landtag drei ständische Vertreter zugestanden bekamen. Die slowenischen Bauern konnten zwei Vertreter, der slowenische Klerus konnte einen Vertreter entsenden. Die kulturellen Aktivitäten der Kärntner Slowenen wurden im Slowenischen Kulturverband gebündelt und verstärkt. Änderungen im utraquistischen Schulwesen wurden von den Slowenen zwar verlangt, von der deutschfreundlichen Regierung in Wien jedoch nicht durchgeführt. Daran änderte weder das politische Wohlverhalten der Kärntner Slowenen noch der Besuch von Bundeskanzler Schuschnig 1936 in Kärnten etwas. Aus Schuschniggs anerkennendem Ausspruch „gut katholisch, gut slowenisch und gut vaterländisch“ konnten die Kärntner Slowenen für die Durchsetzung ihrer nationalen Interessen keinen Vorteil ziehen. Deshalb ist es für Arnold Suppan wichtig festzuhalten, „daß auch die national-bewußten Kärntner Slowenen in ihrer überwiegend christlich-konservativen Prägung gerade in den politischen Krisenjahren 1933/34 – und besonders während des Juliputsches 1934 – ‚zumindest loyal zu Österreich gestanden sind‘, was gerade in Kärnten für einen beträchtlichen Teil der Deutschnationalen nicht gesagt werden kann“.¹⁵

Der Anteil der Slowenen an der Gesamtbevölkerung war 1934 durch die Methoden der Volks- bzw. Sprachbekenntniszählung

14 Geschichte der Kärntner Slowenen von 1918 bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung der gesamtslowenischen Geschichte. Klagenfurt/Celovec 1988

15 Suppan, Arnold: Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert. Wien 1983, S. 166/167

im statistischen Wege von 10,1 % (1923) auf 6,6 % reduziert worden. Die sogenannte Windischentheorie, 1927 vom Deutschkärntner Historiker Martin Wutte „wissenschaftlich“ untermauert, war nach wie vor aktuell und wurde auch für die Schuleinschreibung dahingehend funktionalisiert, dass das Erlernen der slowenischen Sprache praktisch einem Bekenntnisprinzip unterlag. Die Kärntner Schulverwaltung war sich bewusst, dass sich die „Windischen“ auch in der Schul- und Sprachenwahl „heimattreu“ verhalten würden, was in Kärnten immer hieß, seine Ausbildung einsprachig-deutsch zu organisieren, in seinem beruflichen Alltag einsprachig-deutsch zu sein und amtlicherseits so geführt zu werden.

Auch auf der menschlichen und sozialen Ebene hatte das Schlachtfeld des historischen Abwehrkampfes viele Wunden hinterlassen, die die mentalen Befindlichkeiten der Menschen nachhaltig prägten. Darüber gibt ein Zeitzeuge Auskunft, der sich noch Jahre später daran erinnerte, wie seine antislowenische Einstellung durch die deutschnationale Abwehrkampfpropaganda geprägt wurde: „Unser Bubenhaß sprühte gegen die große Faust, die über die Karawanken her unsere Heimat, unserem Jugendparadies drohte. Wir fühlten, daß wir die Feinde unseres Landes hassen mußten, weil sie uns etwas Teures und Schönes nehmen wollten.“ (Germ 1936, S. 72; zit. nach Fischer/Gstettner 1990, S. 139-140)¹⁶

Als die deutschen Truppen im März 1938 in Österreich einmarschierten und der Ständestaat sein Ende fand, war für die Nazis in Kärnten keine neue Strategie notwendig. Die endgültige Lösung der Minderheitenfrage war schon von langer Hand vorbereitet und lag nun offen auf dem Tisch: Beseitigung der utraqvistischen Schule, Zwangsversetzung von slowenischen Lehrern, Einrichtung von rein deutschen Kindergärten, Germanisierung Südkärntens durch eine strategische Siedlungspolitik, Liquidierung der slowenischen Kulturorganisationen, Verbot der slowenischen Sprache, Vertreibung und Deportation von slowenischen Geistlichen und Kulturschaffenden.

Die ethnische Säuberung Südkärntens durch die Nazis – da-

16 Fischer, Gero/Gstettner, Peter (Hrsg.) 1990, a.a.O.

mals hieß das „Bereinigung der volkspolitischen Lage“ – begann am 14. April 1942. Alles Weitere ist Geschichte. Doch auch über diese Geschichte hat sich der Kärntner Heimatdienst, der erst nach dem Abzug der alliierten Besatzungsmacht 1957 wieder zugelassen wurde, seine spezifische deutschkärntner Version bis heute bewahrt. Erstens: Die Deportierung der Kärntner Slowenen in deutsche Lager geschah zu ihrem eigenen Schutz, da sie im „Grenzland“ gefährdet waren bzw. im „deutschen Bollwerk“ gegen den Balkan einen Störfaktor darstellten. Zweitens: Es kamen nach Kriegsende aus den deutschen Lagern mehr Kärntner Slowenen zurück als dorthin deportiert wurden. Drittens: Die Kärntner Slowenen wurden für die erzwungene „Aussiedlung“ reichlich entschädigt, wogegen die Deutschkärntner NS-Exponenten von den Siegermächten brutal verfolgt, angeklagt und verurteilt wurden.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Redner zum 10. Oktober auch nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages 1955 wieder die Kärntner Urangst vor der „slowenischen Landnahme“ beschwören durften. Bei dem Signalwort „Befreiung von Fremdherrschaft“ war jedoch nie die Nazi-Herrschaft in Kärnten von 1938 bis 1945 gemeint, sondern immer das „Vermächtnis von 1920“, das da hieß, Kärnten von den slawischen Elementen zu befreien. Diese Wachsamkeit sei für das deutsche Kärnten überlebenswichtig, denn „ewig brandet gegen die Grenze des Landes Welle um Welle fremder Art und nagt am angestammten Volkstum, pausenlos, ohne Erbarmen und unerbittlich.“ So klang es aus dem FPÖ-Organ „Kärntner Nachrichten“ am 11. Oktober 1957. Zu dieser Zeit musste nicht ausdrücklich gesagt werden, wer oder was am „angestammten Volkstum“ nage und wovon sich Kärnten befreien müsse. Es war der obligatorische Slowenischunterricht in der Volksschule gemeint.

Tatsächlich gelang ein Jahr später den deutschnationalen Kräften der Befreiungsschlag. Die „Heimattreuen“ hatten die minderheitenfreundliche Schulregelung von 1945 zu Fall gebracht. Für die „Kärntner Nachrichten“ war dies Grund genug, folgende Jubelmeldung über den Heimatdienst-Sieg herauszubringen: „Slowenisch-Unterricht ist gefallen. Unserem Kampf um die Deutscherhaltung unserer Heimat ist ein bedeutender

Erfolg beschieden gewesen ...“ („Kärntner Nachrichten“, 26. September 1957) Fünfzehn Jahre später, als im Herbst 1972 alle zweisprachigen Ortstafeln von den „Heimattreuen“ demontiert wurden, wurde dies abermals als „Demonstration der Heimatliebe in Kärnten“ (so Ingomar Pust in der „Volkszeitung“ am 15. Oktober 1972) gefeiert und als Beitrag zur Befreiung von der aufgezwungenen slowenischen Sprache interpretiert.¹⁷

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, gibt es kaum mehr Kärntner Slowenen, die sich von den politischen Parteien der Zweiten Republik irgend etwas erhoffen würden. Selbst die Umsetzung von minderheitenfreundlichen Entscheidungen des Höchstgerichts gehört nicht mehr in den Erwartungshorizont der Minderheit. Dabei waren die Kärntner Slowenen auch in der Gegenwart zu vielfältigen Konzessionen und Zugeständnissen bereit, die über das hinausgingen, was der Kärntner Deutschnationalismus den Slowenen in der Ersten Republik abringen konnte. Ein Beispiel dafür ist die gemeinsame 10. Oktober Feier der Jahre 1995 und 2000, als zur 75. bzw. 80. Wiederkehr der Volksabstimmung auch ein Vertreter der Minderheit das Wort ergriff, um zur „Versöhnung“ der beiden Volksgruppen einen Beitrag zu leisten. Damit wurde implizit auch „das Gemeinsame“ in der damaligen Kampfzeit augenscheinlich gemacht: Deutsche Kärntner und slowenische „Windische“ als Retter bzw. Fürsprecher des gemeinsamen Kärntens.

Beim großen Festumzug des Landes Kärnten, bei dem die „echten“ Kärntner Slowenen fehlten, gingen dann Deutsche und „Windische“ – wie es die Tradition erfordert – ohne sichtbare Unterscheidung in einem „heimattreuen“ Marschblock.

Die zählbaren Minderheitenangehörigen und ihre politischen Vertreter sind im Spiel der Mächtigen inzwischen so aufgerieben worden, dass sich neuerdings sogar der Kärntner Heimatdienst bei der Ortstafelfrage für eine konsensuale Minimallösung stark macht – mit dem Argument, den wenigen Kärntner Slowenen, die noch bei ihrem ethnischen Bekenntnis geblieben sind und die

17 Gstettner, Peter: „... wo alle Macht vom Volk ausgeht“. Eine nachhaltige Verhinderung. Zur Mikropolitik rund um den „Ortstafelsturm“ in Kärnten. In: Österr. Zeitschrift für Politikwissenschaft 2004, Heft 1, S. 81 – 94

ohnehin nur in kleinen unbedeutenden Streusiedlungen wohnen, könne die Republik Österreich doch ein paar zweisprachige Ortstafeln zugestehen. Im Herbst 2005 spricht sich der Kärntner Heimatdienst gar für eine „Großzügigkeit gegenüber der Minderheit“ aus: Weitere 29 Ortstafeln würden keine „Slowenisierung“ bedeuten und seien von daher auch keine Bedrohung des Deutschtums in Kärnten.

Diese „minderheitenfreundliche Wende“ des Kärntner Heimatdienstes ist keine ideologische Bekehrung, wie man vielleicht meinen könnte, sondern eine rein pragmatisch gewählte und im Vorstand getroffene Entscheidung: Wenn es bei fortgesetzter Wegzählung von Kärntner Slowenen bald keine „bekennenden“ Minderheitenangehörigen mehr gibt, oder wenn solche nur mehr in geschützten Reservaten des Landes Kärnten als museal ausgestellte Träger von slowenischer Folklore existieren, hätte der Kärntner Heimatdienst seine traditionelle Agitationsbasis verloren und könnte nur mehr als Erinnerungsverein an die gute alte Zeit von 1920 zur Geltung kommen. Außerdem erfordere das unaufhaltsame Zusammenwachsen Europas eine neue, revidierte Abwehrposition: Die Erhaltung der Kärntner Einheit ist jetzt – mit Hilfe der Kärntner Slowenen – gegen den Zustrom außer-europäischer Fremdvölker zu verteidigen. Begleitet wird diese Intention von der Hoffnung, dass die neuen Freunde, die Kärntner Slowenen, auch ihre kleine Stimme im Konzert der Deutschen erheben werden, wenn es darum geht, die Republik Slowenien daran zu gemahnen, dass die Deutschstämmigen im ehemaligen Jugoslawien immer noch rechtlos sind.

Das alte deutschnationale Heimspiel über die Karawanken hinweg um die Gewährung von reziproken „Minderheitenrechten“ wird also jetzt mit Hilfe der Kärntner Slowenen gespielt. Damit wären die slowenisch sprechenden „Windischen“ bzw. die Kärntner Slowenen vollends in den „Kärntner Volkskörper“ integriert und der Republik Slowenien gezeigt, was sie tun müsse, um endgültig in Europa anzukommen. Was stünde dann der Vollendung der allseits beschworenen gutnachbarschaftlichen Beziehungen noch im Wege? Nichts mehr.

Peter Gstettner

„Aber lieber Josef Feldner ...“

Eine neue Koalition balanciert am rechten Rand Kärntens

Eine Buchbesprechung nebst kritischen Anmerkungen zu einem fragwürdigen „Dialog“.

Josef Feldner/Marjan Sturm:

„Kärnten neu denken“. Zwei Kontrahenten im Dialog.

Vorworte von Bundespräsident Heinz Fischer und Friedensforscher Johan Galtung.

Hg.: Wilfried Graf / Gudrun Kramer

Verlage Drava und Heyn, Klagenfurt / Celovec 2007

Das Buch ist die Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Josef Feldner und Marjan Sturm, das von zwei Moderatoren, Wilfried Graf und Gudrun Kramer, gesteuert und von ihnen mit einem „Rahmen“ versehen wurde. Dieser Rahmen, der auf konflikttheoretischen Annahmen beruht, sollte sicherstellen, dass gewisse Themen angeschnitten und andere ausgeklammert werden und dass Intentionen wie „Verständigung“ bzw. „Versöhnung“ im Vordergrund stehen. Solche Intentionen sind für den „Kärntner Dialog“ typisch, da es in einer plakativen Form immer darum geht, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Davon war auch die „Konsensgruppe“ beseelt, die durch ihr Agieren politische Machtstrukturen eher zu- als aufdeckte. Ihr Motto hat Heinz Stritzl, Mentor der „Plattform Kärnten“, auf den Punkt gebracht: „Das Wühlen in der Vergangenheit versperrt den Weg in die gemeinsame Zukunft in Europa“. (Nachwort H. Stritzl, S. 252)

Die Moderatoren definieren eingangs die Rollen der Gesprächspartner, die sich in der Folge als eine wichtige Wir-Gruppe wahrnehmen werden. Feldner und Sturm unisono im Vorwort: *„Wir als zwei der Hauptakteure des Konflikts zwischen deutschsprachiger Mehrheit und slowenischsprachiger Minderheit in den letzten Jahrzehnten“*. Die Definition „Hauptakteure“

entspricht auch dem Titelbild am Buchumschlag. Sie wurde den beiden Rednern von den Moderatoren angetragen und Feldner/ Sturm wissen daraus eine Synthese von zugeschriebener Wichtigkeit und männlichem Imponiergehabe zu formen.

Im Zusammenhang mit den zu erwartenden öffentlichen Reaktionen und dem Marketing für das Buch – mit einem Seitenblick auf die Bedeutungsverleihung durch die beiden Vorworte von bedeutenden Männern – schreiben sich die Redner eine staatstragende und weit über Kärnten hinaus reichende Ausstrahlung zu. Als zu den „politischen Eliten“ gehörig hätten sie eine besondere „Verantwortung“. Sturm dazu: „Ich gehe davon aus, dass wir als Obmänner von zwei Organisationen mit unterschiedlicher Geschichte im 21. Jahrhundert haben die Aufgabe neue Akzente zu setzen“ (S. 20). Offenbar handelt es sich dabei um eine großspurige „Selbstbeauftragung“, denn das 21. Jahrhundert ist ja noch nicht so alt.

Für wen sprechen die beiden „Dialogpartner“? Diese Frage wird im Gesprächsverlauf geklärt. Obwohl Feldner und Sturm sich in der Einleitung noch bescheiden, sie würden nur in „sehr subjektiver Weise“ ihre ganz persönlichen Überlegungen austauschen, stellt sich rasch heraus, dass Feldner für sich beansprucht, nicht nur als Obmann des „Kärntner Heimatdienstes“ (KHD) zu sprechen, sondern eigentlich für die Mehrheit der sog. Deutschkärntner. Sturm, der diesen Anspruch von Feldner nicht problematisiert, muss naturgemäß bescheidener sein. Seine Meinung sei „natürlich“ von der Grundposition des von ihm vertretenen Vereins „Zentralverband Slowenischer Organisationen“ (ZSO) beeinflusst.

Letztlich, und das verdankt sich auch der Steuerung durch die Moderatoren, stilisieren sich die beiden Redner zu „Sprechern der einen bzw. der anderen Seite“, d. h., Sturm tritt als Sprecher der Kärntner Slowenen und Feldner als Sprecher der Deutschkärntner auf.

Die Rede von den „beiden Seiten“ wird zu einer stehenden Floskel, mithilfe derer der Eindruck entstehen soll, zwei gesetzte Herren von bedeutsamen Vereinen würden den Kärntner Volksgruppenkonflikt diskutieren. Da ist z. B. die Rede von den Miss-

verständnissen auf beiden Seiten, vom notwendigen Abbau von Feindbildern auf beiden Seiten, vom Schwarz-Weiß-Malen auf beiden Seiten, von den Wünschen, Ängsten und Forderungen auf beiden Seiten, von den Widersachern und Konfliktverursachern auf beiden Seiten, von den Verständigungsorientierten und den Unversöhnlichen auf beiden Seiten, von der Notwendigkeit der Toleranz und der Aufklärungsarbeit auf beiden Seiten usw.

Diese rhetorische Figur, die von vorneherein auf „ethnische Parität“ und „Ausgleich“ abzielt, wird von den Moderatoren auch zur Herausarbeitung von „kontroversen Positionen“ verwendet. Feldner und Sturm übernehmen diesen Topos unreflektiert. Tatsächlich werden dadurch die komplexen Volksgruppenprobleme vereinfacht und die althergebrachten ethnisierenden Konfliktzuschreibungen gefestigt.

Zur Austragung wirklicher Kontroversen kommt es auch aus einem anderen Grund nicht. Die Redner haben ihre Standpunkte schon längst abgeklärt und verhalten sich schon seit Jahren „koalitionär“. Tatsächlich trug Sturm mit Feldner schon seit Jahren keine „Kontroversen“ mehr aus. In den letzten 30 Jahren waren die größten Gegenspieler des KHD in der deutschsprachigen Gruppe zu finden. In diesen deutschsprachigen „Helfershelfern“ und in deren guten Zugängen zum Wissenschaftsdiskurs und den Medien sah Feldner bis zuletzt auch die größte Bedrohung für die „Deutschkärntner Sache“. Sie waren es, die deutschsprachigen „Helfershelfer“, die die schärfsten Analysen lieferten und sich vom KHD nicht vereinnahmen ließen.

Zwei künstlich aufgebaute „Kontrahenten“ erheben also nach der erfolgten Definition der eigenen Wichtigkeit den Anspruch, sie wollten „die ganze Geschichte unserer jahrzehntelangen Konfrontation ... kritisch aufarbeiten“. Das wäre ein spannendes Unternehmen, würde „kritisch aufarbeiten“ heißen, dass die historische Analyse Vorrang hat und „Kritik“ nicht nach Belieben für sich oder für die jeweils andere Seite geltend gemacht werden kann. So hat jeder für die „andere Seite“ rasch ein paar kritisch gemeinte Anregungen parat. Eindimensionales Denken, Feindbilder und Intoleranz gäbe es schließlich auf beiden Seiten. Feldner beispielsweise weiß zu berichten, dass er schon öfter Opfer einer „gnadenlosen Intoleranz“ gewesen sei, als er z. B. bei sei-

nen Vorträgen an den Universitäten von Graz, Wien und Linz von „linksgerichteten Kreisen“ am Sprechen gehindert worden wäre. In der Tat, ein gutes Beispiel für Intoleranz. Nur: Meint Feldner mit dem Beispiel die „gnadenlose Intoleranz“ der Kärntner Slowenen oder steht das Beispiel nicht eher für eine typische Variante der Täter-Opfer-Umkehr? „Feldner als Opfer der Intoleranz“ – das lenkt von dem Umstand ab, dass der KHD mit seinem Vereinsblatt „Ruf der Heimat“ jahrzehntelang Vorreiter im Einpeitschen von Intoleranz gegenüber der slowenischen Minderheit war.

Da auf dieses historische Faktum niemand hinweist, kann sich Feldner noch mehrmals als „Opfer“ von Missverständnissen, Verleumdungen und Hassattacken in Szene setzen. In der Untiefe der Opferrolle fühlt sich Feldner offenbar besonders wohl, da er von hier aus die „pharisäerhafte Selbstgefälligkeit“ von Leuten anprangern kann, „die glauben, nur ihr Geschichtsbild, nur ihre Ideologie sei die richtige“. Für die mangelnde Intoleranz der anderen Seite hat Feldner auch gleich eine passende psychologische Erklärung zur Hand: „Besonders zahlenmäßig relativ kleine Gruppen, wie jene der Slowenen in Kärnten, neigen dazu, Toleranz stets nur für sich selbst einzufordern, ohne diese gegenüber den anderen, im konkreten Fall auch gegenüber den Deutschkärntnern zu üben.“ (S.104)

„Kritisch“ vermerkt Feldner aber auch gewisse „Toleranzdefizite“ auf der eigenen Seite, da diese dazu neige, Toleranz mit „Selbstaufgabe“ zu verwechseln. Dies sei ein Ausdruck der Verängstigung und Verunsicherung bei den eigenen Leuten. Gegen diesen Mangel an „nationalem Selbstbewusstsein“ will Feldner künftig auch in der Öffentlichkeit vehement auftreten, indem er den Menschen klar macht, sie müssten keine Angst haben, denn: **„Wir sind die Mehrheit!“** – „Wir sind die Mehrheit, die keine Angst mehr zu haben braucht, die in Südkärnten 90 Prozent und in ganz Kärnten 96 oder 97 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.“ (S. 70) Feldner stellt also in Aussicht, künftig als Friedensengel durch Südkärnten zu ziehen mit der Botschaft: „Fürchtet euch nicht! Die Slowenen sind klein und ungefährlich!“ – Ein wirklich überzeugendes Argument von einem glaubwürdigen Sprecher vorgebracht! Feldner meint, auf diese Weise sollte es

doch der Mehrheit keine Probleme machen, die „großzügig zu-erkannten Rechte und Einrichtungen“ der kleinen slowenischen Volksgruppe zu akzeptieren. Und umgekehrt sollte „die Erfüllung von noch offenen Forderungen der Deutschkärntner“ für die Slowenen kein Problem darstellen. (S. 70)

Toleranz ist also, so wie alles in diesem Gespräch und wie in der Beziehung von KHD zu Kärntner Slowenen überhaupt, eine Art **Geschäftsbeziehung**. Zum Beispiel: Wenn sich der KHD für die Erfüllung der Rechte der Kärntner Slowenen stark macht, müssten diese sich dafür einsetzen, dass die Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien staatlich anerkannt werden. Oder: Der KHD akzeptiert, dass die Vereine der slowenischen Volksgruppe vom Bund finanzielle Förderungen erhalten. Deshalb wird von den Slowenen das Gleiche verlangt, nämlich Verständnis für die Forderung nach finanzieller Gleichstellung der Deutschkärntner Vereine. Dies zeige nicht nur die Bescheidenheit des KHD, sondern auch seine „Toleranz“, denn schließlich sind die Deutschkärntner die überwiegende Mehrheit; entsprechend dieser Mehrheit müssten eigentlich die KHD-Vereine ungleich mehr Geld bekommen als die slowenischen Vereine.

Feldner, der sich im „Dialog“ als ein Vorbild an Toleranz und nationalem Selbstbewusstsein präsentiert, konnte nach eigenen Aussagen gegenüber der slowenischen Volksgruppe immer schon „Toleranz“ walten lassen, da er in ihr nie eine „Bedrohung“ sah. Feldner sagt, er sei diesbezüglich immer „Realist“ gewesen, denn 10.000 oder 20.000 Slowenen könnten doch an sich für die Mehrheit keine Bedrohung darstellen: „Die sind als Gruppe kein Machtfaktor“. Diesen Realismus hat das KHD-Fußvolk offenbar nicht geteilt. Deshalb musste Feldner in den KHD-Aussendungen immer auf das noch vorhandene „Bedrohungsgefühl“ der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung Rücksicht nehmen. Die „angeblich scharfe Schreibweise“ im KHD-Blatt rechtfertigt Feldner deshalb so: Man wollte mit den diversen Massenaussendungen nur erreichen, „dass auch der einfachste Mensch unsere kritischen Aussagen versteht“ (S. 44). Mit diesen „kritischen Aussagen“ bezog man sich ausschließlich auf die maßlosen Forderungen von Slowenenorganisationen und auf Behauptungen des

damaligen kommunistischen Jugoslawiens, das sich ständig in die Kärntner Angelegenheiten eingemischt habe. Der KHD habe also nur die einfachen Leute, die verunsichert und irregeleitet waren – vermutlich von der slowenischen Übermacht – wieder auf den Weg des nationalen Selbstwertgefühls bringen wollen. Leider sei das von den Slowenen immer missverstanden worden, obwohl die Auslöser für die „angeblich scharfe Schreibweise“ des KHD-Blattes in der slowenischen Mediendominanz zu suchen seien. Feldner ist heute noch davon überzeugt: Durch die massive mediale Unterstützung, die die Kärntner Slowenen österreichweit und europaweit genossen haben und immer noch genießen (!) und durch das mediale „Totschweigen“ (S. 53) aller „Gegendarstellungen“ von Deutschkärntner Seite sei bei der Mehrheitsbevölkerung das Gefühl entstanden, die große Gruppe der 500.000 deutschsprachigen Kärntner wäre eigentlich die Minderheit. Zu dieser Mehrheits-Minderheits-Umkehr käme noch, dass die Kärntner Slowenen als eine Art „fünfte Kolonne“ Jugoslawiens, als „titokommunistischer Vorposten“, wahrgenommen wurden. Dass diese „Wahrnehmung“ auch eine „Leistung“ des KHD war, wird im „Dialog“ nicht zum Thema gemacht.

Die Geschichte der KHD-Propaganda, die sich ja nicht nur gegen die zweisprachige Schule richtete, sondern auch gegen slowenische Firmen und Betriebsansiedlungen, gegen slowenische Kindergärten, Musikschulen, Kulturvereine, Gottesdienste und immer auch gegen Exponenten, die sich für Rechte und Anliegen der Kärntner Slowenen einsetzten, diese Geschichte wird jedenfalls im Gespräch bzw. Buch nicht kritisch aufgearbeitet. Dabei hätte Marjan Sturm genügend gutes wissenschaftlich aufbereitetes Material gehabt, die KHD-Hetzpropaganda der letzten 50 Jahre von A bis Z vorzuführen. Sturm begnügt sich aber mit dem schon abgenutzten „Schlussstrich“-Zitat aus dem „Ruf der Heimat“ von 1970, das dann von Feldner auch prompt „entkräftet“ wird, weil es aus dem Zusammenhang herausgerissen sei.

Diese Art des spontanen, ausdrücklich nichtwissenschaftlichen Meinungsaustausches, bei dem alltagssprachlich gleichsam „aus dem hohlen Bauch“ argumentiert wird und bei dem alle Assoziationen zugelassen sind – egal, ob sie aus den Kenntnis-

sen der Verhältnisse in Südafrika, Ex-Jugoslawien, Irland, Friaul, Slowenien oder Südtirol stammen – trägt den Kern der unverbindlichen Plauderei schon in sich. Dies erklärt auch, dass sich das Gespräch in diesen drei Tagen mehrmals im Kreise dreht und kein anderes „Ergebnis“ als das erbringt, was ohnehin schon früher als Konsens oder Dissens fixiert worden war.

Die inhaltlichen Wiederholungen und die zum Ritual erstarrte Dialogstruktur, die nur durch längere Monologe oder Zitate unterbrochen wird, ermüden den Leser, der schon nach dem ersten Tag eigentlich weiß, was hier gespielt wird, der aber weiter liest, weil er sich doch noch Neuigkeiten oder zumindest „Überraschungen“ erwartet. Solche bleiben aber aus. Nachdem am ersten Tag zum aktuellen Thema „zweisprachige Ortstafeln“ schon hinreichend kenntlich gemacht wird, worin der „Konsens“ besteht, kommt am zweiten und dritten Tag zu dieser Thematik kaum etwas Neues hinzu. Ein „in die Tiefe führender Dialogprozess“ gelingt nicht, denn dazu sind die beiden Redner viel zu sehr aufeinander eingespielt und alte Routiniers in solchen öffentlichen Auftritten.

Nur an einer Stelle bekommt das Gespräch so etwas wie Tiefe, nämlich dort, wo die Redner über die traumatischen Erlebnisse in ihren Familien erzählen. Dass es solche auch bei Feldner gegeben hat, war bisher nicht bekannt, aber zu vermuten, denn aus solchen Deutschkärntner Familienbiografien speist sich in der Regel das Engagement für die „deutsche Sache“. Das war bei Feldners Vorgänger, dem Vereinsobmann der „Windischen“, Valentin Einspieler, gut nachzuvollziehen. Die Überidentifikation der „Windischen“ mit dem Kärntner Deutschtum neigte zu einem besonderen Habitus, den man in der Psychologie „Identifikation mit dem Aggressor“ nennt. In der Tat war Einspieler ein besonders verbissener Verfechter aller KHD-Anliegen, egal, ob es nun um die Säuberung von Südkärnten von zweisprachigen Ortstafeln oder von Partisanendenkmälern ging.

Nachdem der Ortstafelkonsens ja schon besiegelt war, wendet sich Feldners Hauptsorge beim gegenwärtigen **Ortstafelkonflikt** nun verstärkt dem „Imageschaden für Kärnten“ zu. Er fühle sich verantwortlich für das „Ansehen unseres Kärntner-

landes“. Das hört sich nach einem echten Lernprozess an, denn man neigt zu der Frage: Wo war diese Verantwortlichkeit früher, als der „Heimatsdienst“ noch für die Deutscherhaltung Kärntens kämpfte? Aber auch darauf weiß Feldner eine Antwort (siehe weiter unten).

Abgesehen vom „historischen Ortstafelkonsens“, bei dem man sich auf ein gewisses Minimum an neu aufzustellenden Ortstafeln geeinigt hat, bleiben noch die ergänzenden Vereinbarungen zu klären. Sturm ist für eine „Öffnungsklausel“. Feldner eigentlich auch, nur sagt er dazu lieber „direktdemokratisches Antragsrecht“. Das meint, ein allen Bürgern garantiertes „Petitionsrecht“. Aus einer Petition könne niemand einen Anspruch auf Realisierung ableiten, das sei logisch. Für Feldner ist das auch der springende Punkt: Mit einer Petition ist **kein** Rechtsanspruch verbunden, denn so etwas wäre für den KHD „nicht vertretbar gewesen“.

Die Vorstellung von Sturm ist offensichtlich die einer Umsetzung des VfGH-Erkenntnisses auf Raten und eine „Entscheidungspflicht“ des Bundes bei Antragstellungen; so habe er, Sturm, das mit Schüssel schon ausgehandelt gehabt. Gescheitert sei es dann immer an neuen Forderungen des Kärntner Landeshauptmannes. Das sieht Feldner im Prinzip genau so und rechnet vor (auf der Grundlage der Volkszählungen von 1991 und 2001), „*wie wir zu unserem Kompromiss gekommen sind*“ (S. 29 f). Der „Kompromiss“ sei schon bis auf 38 strittige Orte ausgehandelt gewesen, inklusive „Stufenplan“, als Haider und der Abwehrkämpferbund (KAB) aus dem Kompromiss ausgestiegen seien. Na ja, eigentlich wären es nur einige KAB-Spitzenfunktionäre gewesen, die nicht mehr mitzogen. Mit der Mehrheit der KAB-Mitglieder wolle Feldner unbeirrt für eine „Gemeinsamkeit“ (zwischen den beiden Vereinen KHD und KAB) eintreten und sich für den „Ortstafelkonsens“ stark machen.

Sturm plädiert dagegen mehr für einen „interkulturellen Dialog“ in den Dörfern, da die zweisprachigen Ortstafeln allen gehören würden. Vertrauensbildende Maßnahmen sollten den Menschen die Ängste (vor neuen Ortstafeln oder noch besser, vor den Slowenen überhaupt) nehmen. Genau dieser Ansicht ist Feldner auch. Sollte es „massive Widerstände“ bei Ortstafel-Anträgen ge-

ben, unter Umständen auch von Teilen der slowenischen Minderheit (!), sollte man die Sache eben zurückstellen, meint Feldner um „Ausgleich“ und „Versöhnung“ bemüht. Denn so viel Verständnis müsse man den verängstigten Menschen – auch in der slowenischen Minderheit soll es solche geben (!) – schon entgegenbringen, dass man dann auf ein „Antragsrecht“ eben verzichtet. Nach dem Verständnis von Feldner sei das eben auch ein Aspekt der von beiden Seiten geforderten „Toleranz“.

Feldner hat seine neue Rolle gefunden: Er tritt als engagierter Don Quichotte auf. Er kämpft gegen Windmühlen, die er früher aufgestellt und eifrig in Gang gehalten hat. Jetzt hat er offensichtlich ein Problem mit dem Wind, wenn er sagt, zuerst (!) müsse bei der Ortstafelfrage dieses „Marksteindenken“ in Südkärnten beseitigt werden. Zweisprachige Ortstafeln würden eben KEIN „slowenisches Territorium“ abstecken. Den Menschen müsse diese heute nicht mehr begründete Angst genommen werden (S. 33). Viel Geduld und Überzeugungskraft sei dazu notwendig.

Da sich Sturm zu dieser „Aufklärungsarbeit“ bekannt hat, hat Feldner auch gleich einen guten Tipp für ihn parat: Die „slowenische Seite“ wäre gut beraten, nicht immer mehr zweisprachige Ortstafeln zu verlangen!

Der Kämpfer gegen die selbst errichteten Windmühlen beklagt, dass Politik und Medien die seit Jahrzehnten bestehenden Dialogbemühungen des KHD „glatt ignoriert“ hätten. Die „Zugeständnisse“, die der KHD jetzt den Slowenen im Dialogprozess machen würde, wären leider auch für einige Mitglieder und KHD-Gruppen noch nicht nachvollziehbar. Auch „die Unterstützung von Parteien ist bisher ausgeblieben“. Und völlig unverständlich sei die fehlende Unterstützung durch den Landeshauptmann Haider, der sich doch zuvor um die Einigung am „Runden Tisch“ so verdient gemacht hätte. Schmerzlich auch, dass Feldner im Vorjahr von den offiziellen Kärntner Landesfeiern zum 10. Oktober eingeladen und „Opfer“ von verbalen Angriffen einzelner aus anderen „Heimatorganisationen“ wurde.

Die Annahme, dass es sich bei dieser „Ausladung“ um eine klammheimliche Racheaktion vom Landeshauptmann und mehrfach zuordenbaren „einfachen“ KHD-Mitglied Jörg Haider

handeln könnte, liegt eigentlich auf der Hand: Feldner hat mit dem rechtsnationalen Frontmann der FPÖ, Andreas Mölzer, und mit zwei Slowenenorganisationen in der Ortstafelfrage einen „Konsens“ erzielt. Der eigentliche Spielmacher, der BZÖ-Landeshauptmann – früher enger Gesinnungskamerad von Mölzer und jetzt politischer Konkurrent – war nicht überall dabei und konnte offenbar das Ergebnis des „Dialogs“ zu wenig beeinflussen. Es kam also zu einer gewissen Verstimmung auf der deutsch-nationalen Seite. Man kann aber davon ausgehen, dass sich dieser „Konflikt“ leicht bereinigen lässt. Spätestens dann, wenn der Kulturreferent und Landeshauptmann Jörg Haider damit droht, die KHD-Vereine von seiner Förderliste zu nehmen, ist dieser „Konflikt“ beigelegt und Josef Feldner wieder ganz auf Haiders Linie – mit oder ohne Marjan Sturm.

Durch diese politischen Unstimmigkeiten, die die Dialogbeteiligten selbst herbeigeführt haben, in dem sie nicht alle politischen Zuständigkeiten und Eitelkeiten berücksichtigt haben, scheint der anfängliche Elan der „Konsensgruppe“ etwas erlahmt zu sein. So schleppt sich auch das Gespräch müde dahin und Feldner stimmt auf Seite 38 das Klagelied an:

Noch gehen wir, die Konsensgruppe (Karner, Sturm, Sadovnik, Stritzl, Feldner) weitestgehend allein unseren Weg. – Diese depressive Stimmung überrascht, da doch alle Beteiligten gewusst haben, dass ihr Dialogisieren für das politische Handeln konsequenzenlos sein wird, da sich Haider schon frühzeitig auf eine „Nulllösung“ festgelegt hatte. Alle KHD-Organisationen konnten sich daran orientieren. Eine „Arbeitsteilung“ lag nahe: Die eine Fraktion der „Heimatsdienst“-Mitglieder, die eher zum harten Kurs des „Abwehrkämpferbundes“, des Kameradschaftsbundes und der „Ulrichsberggemeinschaft“ tendierte, entschied sich, mit dem kompromisslosen Haider-Kurs das traditionelle KHD-Klientel zu bedienen und zu sichern. Die andere Fraktion ging mit Feldner und Sturm auf „Versöhnungskurs“ und konnte jene KHD-Mitglieder binden, die von der Deuschtümelei der Vergangenheit die Nase voll hatten. Nach der Aussage von Feldner konnten mit seinem Kurs sogar eine Reihe neuer Sympathisanten und KHD-Mitglieder gewonnen werden.

Ob Marjan Sturm für seinen Verein auch so eine erfreuliche Bilanz ziehen konnte, darüber schweigt die Geschichte. Es war auch noch nichts darüber zu hören, dass durch den Konsenskurs von Sturm der Zentralverband Slowenischer Organisationen (ZSO) auf die Förderliste von Feldner oder Haider gekommen ist. Also ist der ZSO noch kein richtiger Verein von „Heimattreuen“.

Im Sinne der „Gleichbehandlung“ aller Heimatvereine wäre dem ZSO eine Landesförderung zu wünschen, zumal Sturm so viel auf die „Verantwortung der politischen Eliten“ setzt. Das sollte honoriert werden, ist es doch so etwas wie eine Absage an seine „Jugendsünden“ – das Beschmieren bzw. Ergänzen von Ortstafeln mit slowenischen Bezeichnungen in den 70er Jahren.

Das Verantwortungsthema nimmt Feldner besonders gerne auf, kann er sich doch damit auch in die Reihe der verantwortungsbewussten politischen Eliten stellen – sogar am Beispiel des Ortstafelsturms. Feldner war, gemäß Eigendefinition, an der „Deeskalation“ des Ortstafelkonflikts von 1972 wesentlich beteiligt. Die Gegensteuerung zur „Spontanaktion“ der flächendeckenden Ortstafeldemontage im Oktober 1972 sei ihm durch die Einberufung einer „friedlichen Großveranstaltung“, von der die Kärntner Medien nur Positives zu berichten wussten, gelungen. „Wien“ habe daraufhin auch sofort positiv reagiert. Das Ortstafelgesetz wurde zurückgenommen und nach eingehenden Verhandlungen die Verordnung von 1977 erlassen.

Dies ist eine die Wirklichkeit grotesk verzerrende, aber schon längst bekannte KHD-Selbstdarstellung. Die Moderatoren, die dies sicher nicht ironisch, sondern schlicht naiv meinen, fragen an dieser Stelle sogar noch nach, ob denn das Ortstafelgesetz von 1972 der Bundesregierung für den KHD nicht ausreichend im Sinne einer „partizipativen Demokratie“ gewesen sei (S. 49). – Eine gute Frage – beantwortet durch die Geschichte, denn diese Art von „partizipativer Demokratie“ haben dann die Ortstafelstürmer zur Nachtzeit auf der Straße selbst hergestellt. Es war die ultimative Ortstafelnulllösung von 1972. Feldner ersucht um Verständnis für diese „spontane Aktion“: Damals seien ja auch die Ängste auf Deutschkärntner Seite noch berechtigt gewesen! (S. 50)

Es würde zu weit führen, dieses Gesprächsmuster durch alle weiteren „Urangst“-Themen (Ausgesiedelte, Partisanen, Verschleppte, slowenische Gebietsansprüche, slowenische Karten und Atlanten, Euroregion, Symbole auf Münzen, 10. Oktober Feiern usw.) zu verfolgen. Die beiden Redner schneiden alle gängigen Themen an, die seit jeher den spezifischen Kärnten-Diskurs ausmachen.

Auf beiden Seiten wird mehr Sensibilität und Verständnis eingemahnt, Bedauern dort geäußert, wo es um „Verbrechen an unschuldigen Menschen“ geht, auf „strikte Gegenseitigkeit“ bei Minderheitenrechten Wert gelegt (Feldner, S. 74), eine Abkehr von der NS-Ideologie verlangt, die über eine „plakative Distanzierung“ (Sturm) hinausgeht. Und Feldner nochmals: Die Slowenen sollten keine überhöhten Forderungen stellen, denn der Artikel 7 sei ohnehin schon erfüllt und weitere „Zugeständnisse“ könnten nur dann gemacht werden, wenn mit viel Geduld, Ausdauer und Aufklärung dem „skeptischen und irreführten Teil der Deutschkärntner“ (S. 74) deutlich gemacht würde, dass „das nationale Denken der Slowenen nicht mit Gebietsforderungen“ gleichzusetzen sei.

Nach so viel demonstriertem Verständnis darf der Hinweis von Feldner auf die mangelnde Dankbarkeit der Slowenen gegenüber Österreich – „bei der Fülle an zuerkannten Rechten und Einrichtungen“ – nicht fehlen. Dieses „Argument“ ist auch nicht neu. Das hat sich Feldner von Haider abgeschaut, der schon Mitte 2002 gesagt hat: Bevor weitere Verhandlungen stattfinden würden, sollte sich die slowenische Minderheit bei ihm bedanken für die vielen Vergünstigungen, die sie schon erhalten habe.

Und abermals demonstriert der Sprecher des Mehrheitsvolkes seine Großzügigkeit. Feldner bekennt sich zur Förderung der „natürlichen Entwicklung der Slowenischkärntner“; dies dürfe aber „nicht zu Lasten der Mehrheitsbevölkerung“ gehen (S. 203). – Also alles beim Alten: Gnadenakte für die Minderheit, aber nur bei „Zumutbarkeit“ für die Mehrheit; statt Rechtsansprüche zu stellen, sollte die Minderheit Dankbarkeit für die Gnadenakte zeigen.

In der zweiten Hälfte des Gesprächs können die Moderatoren die Selbstdarstellungen und Monologe der Redner doch noch

unterbrechen, um eine „kritische Machtanalyse“ einzufordern (S. 117). Da zeigt sich das Gesellschaftsverständnis von Feldner, der die kleine Welt seiner Kärntner Heimat so erklärt: „Staatsmacht“ habe keine der beiden Gruppen. Die Slowenen würden aber über mehr „Medienmacht“ verfügen. – Wer jetzt daran denkt, dass auch den Juden immer vorgeworfen wurde, sie hätten die gesamte Weltpresse in ihrer Hand, der denkt „unversöhnlich“, denn Feldner meint ja nur: Politik und Medien sollten sich etwas ernsthafter mit den „recht bescheidenen und keineswegs unerfüllbaren Wünschen“ der Mehrheit auseinandersetzen. Die Moderatoren finden es an dieser Stelle für wichtig nachzufragen, um welche Wünsche und Forderungen es denn da gehe. Daraufhin Feldner: Förderung von Vereinen, Gleichgewichtung in der Kirchensprache, Beseitigung von falschen Proportionen im **Schulbereich**. *„Hier gibt es seitens der Mehrheitsbevölkerung Klagen über eine überproportionale Präsenz von slowenischsprachigen Lehrern auch an Schulen mit überwiegend deutschsprachigen Kindern und auch Benachteiligungen dieser Kinder durch slowenischsprachige Lehrer“* (S. 121).

Spätestens an dieser Stelle zeigt sich, dass der Feldner von 2006 der gleiche Feldner ist, der schon vor 20, 30 und mehr Jahren den gleichen Unsinn und die gleiche KHD-Agitation vertreten hat. Spätestens hier müssten eigentlich Sturm und die Moderatoren erkannt haben, **dass dieser „Dialog“ zur Zumutung für rational argumentierende Menschen, zum sinnlosen Unterfangen und zum absoluten Fehlschlag für die Demokratie geworden ist.**

Wie ist dieses Buch nun tatsächlich einzuschätzen, da es nun schon einmal produziert, verkauft, verteilt und vereinzelt auch gelesen wurde. Die öffentlichen Reaktionen auf das Erscheinen des Buches waren überwiegend positiv. Wer wird schon ein Buch kritisieren, zu dem der Bundespräsident und ein bekannter Friedensforscher wohlmeinende Vorworte beigesteuert haben? Die Frage ist berechtigt: Was soll denn an einem „Dialog“ von zwei angeblichen „Kontrahenten“ schlecht sein, wenn sie sichtlich bemüht sind, auf einander zuzugehen bzw. an einem Tisch Platz zu nehmen, um ihre Meinungen einträglich und friedlich auszutauschen? Schaden wird dadurch wohl keiner angerichtet, oder?

Bei oberflächlicher Betrachtung und in Unkenntnis der politischen Verhältnisse und Verflechtungen in Kärnten könnte der Feldner–Sturm-Dialog als ein gehobenes Biertischgespräch bezeichnet werden, wie dies auch das Titelbild des Buches nahe legt. So einfach sollte man es sich aber nicht machen, denn was der Buchtitel suggeriert, muss einer kritischen Analyse unterzogen werden. Selbst wenn von zwei „ehemaligen Kontrahenten“ die Rede gewesen wäre, würde dieser Untertitel falsche Erwartungen wecken. Feldner und Sturm sind sich schon vor 10 Jahren handelseins geworden. In einer Untergruppe des „runden Tisches“ handelten (unter der von Wolfgang Schüssel empfohlenen Moderation von Stefan Karner) Marjan Sturm, Nanti Olip und Josef Feldner einen Kompromiss zur Frage der zweisprachigen Kindergärten in Kärnten aus. Fachliche Kompetenz und politische Zuständigkeit der Verhandler wurden schon damals ungefragt vorausgesetzt. Pädagogen oder andere Fachleute wurden zu dieser Arbeitsgruppe nicht beigezogen. Offensichtlich ging es damals, ähnlich wie jetzt beim „Dialog“ zwischen Feldner und Sturm, um einen politischen Handel, den Karner im Auftrag von Schüssel und dem damaligen Landeshauptmann Zernatto einzufädeln hatte. Pech für Feldner und Sturm, dass weder Schüssel noch Zernatto heute mehr die Spielmacher sind, die mit Personen und Meinungen am politischen Parkett ihre Schachzüge vorbereiten und durchführen können.

Der „Dialog der Kontrahenten“ ist nicht mehr oder weniger als eine Spiegelfechterei für ein Publikum, das die beiden „Kontrahenten“ nur vom Hörensagen kennt. Dabei gelingt es den Moderatoren nicht wirklich, Feldner und Sturm als „Kontrahenten“ zu präsentieren bzw. aufzubauen. Wahrscheinlich war das auch nicht die Aufgabe der Moderatoren, die überdies – offensichtlich unkundig der historischen und politischen Verwerfungen und Verflechtungen in der Kärntner Volksgruppenpolitik – am Ende der Diskussion betonen, sie hätten bei dem Gespräch sehr viel gelernt. Was sie gelernt haben, das verraten sie freilich nicht.

Schwerer wiegt, dass schon im Untertitel der Begriff „Dialog“ vorkommt und eine Gesprächskultur suggeriert, die nicht der Kärntner Wirklichkeit entspricht. Gerade der Begriff „Dialog“ hat in der Geschichte des Kärntner Volksgruppenkonflikts eine

unsägliche Vorgeschichte. Es ist eine Geschichte des politischen Missbrauchs. Der „Neue Dialog“, der von Karel Smolle schon vor 20 Jahren ausgerufen wurde, hat in einem Desaster für die slowenische Volksgruppe geendet. Durch den Schultrennungspakt von Smolle mit SPÖ, ÖVP und FPÖ (unter Jörg Haider) hatte Karel Smolle die breite Solidaritätsbewegung der Deutschsprachigen für die Rechte der Kärntner Slowenen gesprengt und innerhalb eines Jahres zum Verschwinden gebracht. Kurzzeitig war Smolle der von den Medien bejubelte Held der „Kärntner Einheit“, ähnlich wie Feldner und Sturm vor einem Jahr. Von den Grünen wurde Smolle, der sich für den „Konsens“ mit der Haider-Partei instrumentalisieren ließ, wegen seiner unberechenbaren Päckerei aus dem Nationalrat zurückgezogen. Für die Medien und die Parteien, ausschließlich an tagespolitischen Sensationen orientiert, war schon einige Zeit vorher der „Neue Dialog“ kein Thema mehr. Ob Versprechungen und „Zugeständnisse“, die Smolle zum „Konsens“ mit dem SPÖ-ÖVP-FPÖ-Dreiparteienpakt bewogen haben, jemals eingelöst wurden, ist nicht bekannt.

Geblichen ist zweierlei: Der Begriff „Dialog“ wurde im politischen Umfeld Kärntens nachhaltig diskreditiert. Er gilt seither als Deckbegriff für die Kumpanei mit den politisch Mächtigen. Er kann so lange nicht mehr positiv besetzt werden, als dieses Desaster von Politik und Volksgruppe nicht aufgearbeitet wird. Fazit: **Kärnten lässt sich heute mittels eines „Dialogs“ nicht mehr „neu denken“.**

Die slowenische Volksgruppe in Kärnten, die in den 70er und 80er Jahren durch eine österreichweite Solidaritätsbewegung eine enorme Rückenstärkung erfuhr, hat seit der Ausrufung des „Neuen Dialogs“ ihr politisches Gesicht und ihr politisches Gewicht verloren. Dies ist u.a. daran erkennbar, dass sich jetzt sogar schon der KHD-Obmann Josef Feldner zum Retter der slowenischen Minderheit aufspielen kann. Sturm legt dies Feldner geradezu nahe. Sturm erwartet sich von Feldner, dass dieser den zahlenmäßigen Rückgang der Slowenen „bedauere“ und sich überlege, ob es gut gewesen sei, dass die Zahl der Slowenen so stark zurückgegangen ist (S. 197). Tatsächlich, Feldner „bedauert diese Tatsache“. Wie sollte er auch anders reagieren. Er kann ja nicht

gut öffentlich sagen, dass ihn dieser zahlenmäßige Rückgang freue, weil er als ein Erfolg der jahrzehntelangen KHD-Agitation zu verbuchen ist. Deshalb weist Feldner auch nur auf die „natürliche Entwicklung“, auf die „freiwillige Assimilation“ der Slowenen und auf „andere Faktoren“ hin – und verlangt im Gegenzug, die Slowenen sollten „das Verschwinden der Windischen bedauern“ (203).

Man hat den Eindruck, noch lieber als für den Erhalt der slowenischen Volksgruppe würde sich Feldner für die „Kärntner Windischen“ einsetzen – wenn es sie noch gäbe. Nach der KHD-Version sind nämlich die „Nationalslowenen“ am Verschwinden der „Windischen“ schuld.

Dazu passt die (ernst gemeinte) „Informationsfrage“ der Moderatoren zu einem anderen KHD-Dauerbrenner, dem der „heimatstreuen Verschleppten“ in den Wochen nach dem 8. Mai 1945. Die Moderatoren: „Sind damals auch sogenannte Windische verschleppt worden? Oder nur deutschsprachige Kärntner und Kärntnerinnen?“ (S. 143) Der darauf folgende „Dialog“ kann als bekannt vorausgesetzt werden, denn er wurde von beiden Rednern schon x-mal durchexerziert.

Der Titel des Buches „Kärnten neu denken“ ist vielversprechend. Das haben Titel so an sich, sollen sie doch in erster Linie zum Kauf des Buches anregen. Was ist nun aber tatsächlich „neu“ an den geäußerten Gedanken und Monologen der beiden Redner?

Für jemanden, der in den letzten 25 Jahren die öffentlichen Reden, Aussendungen und Statements von Marjan Sturm verfolgt hat, wird das Buch nichts Neues bringen. Seine Redebeiträge sind überwiegend im europäischen Mainstream, d. h., sie liegen auf der Linie der allgemeinen Entwicklung in Europa. Hätten seine Visionen von einem multikulturellen Kärnten und einem interkulturellen Zusammenleben, seine Konzepte von einer regionalen Mehrsprachigkeit und von einem grenzüberschreitenden Dialog in Kärnten Chancen auf eine Umsetzung, dann wäre dies in der Tat ein Schritt in eine neue Zukunft.

Mit Feldner darüber zu diskutieren, ist verlorene Liebesmühe. Feldner kann sich auch gar nicht darauf einlassen, denn die KHD-Konzepte sind ident mit denen von BZÖ und FPÖ: „Multi-

Kulti“, ethnische Vermischungen und „Völkerbrei“ werden strikt abgelehnt. Der Trend, so sagen es alle rechtslastigen Nationalisten, ginge europaweit in Richtung Verstärkung des nationalen Bewusstseins und zu ethnisch abgegrenzten Gesellschaften. Andreas Mölzer, KHD-Vorstandsmitglied und ideologischer Vordenker der rechtsextremen FPÖ (die früher von Haider angeführt wurde und die jetzt unter Strache an den rechten Rand Europas schlittert), hat dieses Konzept der fein sortierten und hierarchisch gegliederten nationalen Gesellschaften an vielen Stellen seiner Veröffentlichungen dargelegt.

Das Konzept heißt „**Ethnopluralismus**“ und eignet sich vorzüglich zur Verpackung von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Für Mölzer sind deshalb solche Wahlkämpfe, wie sie die FPÖ-Mandatare in Wien und Graz geführt haben, wahre Hochzeiten für seine Ideologie der Rechtfertigung des abendländischen „Abwehrkampfes“ gegen außereuropäische „Ausländer“ – früher gegen die „Slowenisierung“ und heute gegen die „Islamisierung“.

Marjan Sturm kennt dies sicher alles aus Büchern und aus direkten Kontakten mit Feldner und Mölzer. Dennoch ist Sturm offenbar bereit, Feldner und Mölzer im Doppelpack als neue Dialog- und Bündnispartner zu akzeptieren. In der ÖVP, vom Ex-Kanzler Schüssel über den Kärntner EU-Abgeordneten Pirker bis hin zu dem Schüssel-Berater Karner, wird diese Koalition, die durch Fotos im Buch zusätzlich illustriert ist, niemanden stören.

Selbst wenn der Rechtsextremismus in Kärnten schon weit in die Mitte der Gesellschaft eingesickert ist, ist die Paarung Sturm-Feldner/Mölzer eine echte Neuigkeit für die Politik in Kärnten. Der „freiheitliche“ EU-Abgeordnete Andreas Mölzer, der gegenwärtig gerade an einer ultrarechten nationalen Europapartei bastelt (mit dem Front National von Le Pen, dem Vlaams Belang und anderen rechtsextremen Bündnispartnern an seiner Seite), wird vielleicht sogar bei den „liberalen“ Nationalisten punkten können, wenn er in Brüssel damit hausieren geht, dass in Kärnten jetzt auch schon zwei Organisationen der slowenischen Minderheit „mit im Boot“ sind. Vor diesem Hintergrund war der Paarlauf von Smolle und Haider vor 20 Jahren noch vergleichsweise bieder und hausbacken.

Im Buch erfährt man gegen Ende hin, dass dem Friedensforscher Johan Galtung „eine Friedensregion Kärnten – Slowenien – Friaul“ vorschwebt. Dieses Projekt wird im „Dialog“ auch von Sturm und den Moderatoren, Graf und Kramer, favorisiert. So wünschenswert dieses Konzept auch ist, den KHD dafür als Partner gewinnen zu wollen, ist ein (schlechter) Witz der Geschichte. Der KHD ist wohl die unglaublichste Organisation für so eine Partnerschaft des Friedens. Glaubwürdig wäre der KHD nur dann, wenn er sich selbst auflösen würde. Kärnten ohne KHD wäre dem Friedensprojekt schon längst viel näher gekommen als es durch den „Dialog“ heute ist. Abgesehen davon, Feldner versteht gar nicht, was denn mit so einer „Friedensregion“ gemeint sein könnte, denn zwischen Kärnten und Friaul gäbe es ohnehin kein „Volksgruppenproblem“. Es gäbe auch „keine einzige Forderung von Kärntner Seite für Deutschsprachige im ehemaligen Kanaltal“ (S. 219)! So eine „Bescheidenheit“ der Deutschkärntner Seite könnten sich die Slowenen für ihre Anliegen zum Vorbild nehmen, denn im „ehemaligen Kanaltal“ gäbe es sehr wohl noch einige Deutschsprachige. Und „für ein gemeinsames Auftreten gegenüber Brüssel“ (!) wäre so ein überregionaler Zusammenschluss ohnehin nicht nötig (Feldner, S. 220).

Vielleicht sitzt für den KHD der neue Gegner jetzt in Brüssel? Jedenfalls gibt es einige KHD-„Forderungen“, wie die nach einem „europäischen Minderheitenrecht“, die Feldner an Brüssel zu richten wüsste. Das KHD-Vorstandsmitglied Andreas Mölzer will dagegen den Kampf gegen den „europäischen Verfassungsschwindel“ in Brüssel offensiv führen. Da geht es nicht mehr um irgendwelche ethnische Minderheiten, sondern darum, dass das kleine Österreich durch den Reformvertrag „benachteiligt“ und in seiner Grundrechtskompetenz übergangen würde. Minderheiten, wie etwa die Kärntner Slowenen, könnten dann vermehrt beim Europäischen Gerichtshof auch „soziale Grundrechte“, wie Diskriminierungsverbot, Recht auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen usw., einklagen. Dieser „Abwehrkampf“ passt nun tatsächlich hervorragend in die KHD-Tradition. Ob sich Feldner und Mölzer für ihren „Kampf gegen Brüssel“ auch die Unterstützung von Marjan Sturm erhoffen oder erwarten, bleibt unausgesprochen.

Wenn man sich abschließend die Frage stellt, welche persönlichen und gesellschaftlichen Funktionen dieser veröffentlichte „Dialog“ erfüllt, dann liegen folgende Annahmen auf der Hand:

1. Für beide hat der „Dialog“ die Funktion, sich wieder ins politische Gespräch zu bringen und die eigene Wichtigkeit als „politische Elite“ zu betonen.
2. Für den KHD ergeben sich daraus mehrere Vorteile. *Erstens:* Mit Sturms Hilfe ist der KHD jetzt endgültig jenseits der „Verbotszone“ des Artikel 7, Absatz 5, des Österreichischen Staatsvertrags. Denn wer könnte jetzt noch für ein Verbot des KHD plädieren, wenn dieser offen als Unterstützer von Anliegen der slowenischen Minderheit auftritt? *Zweitens:* Der KHD hat seine Klientel in den Bereich der slowenenfreundlichen Mehrheitsbevölkerung hinein ausdehnen können. *Drittens:* Feldner ist aus dem Kreis der „Verständigungsfeinde, Unverbesserblichen und Miesmacher“ (S. 207) als einer hervorgetreten, der entschlossen ist, „das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen“. Allein dadurch ist ihm der Applaus sicher. *Viertens:* Der KHD hat endlich auch ein Schlupfloch gefunden, durch das ihm die Aufmerksamkeit von überregionaler Politik und Wissenschaft (Politikwissenschaft, Konflikt- und Friedensforschung) winkt. *Fünftens:* Feldner kann mit Hinweis auf die „Ortstafellösung“ der sog. Konsensgruppe eine finanzielle Unterstützung des KHD durch Wissenschaft, Politik und öffentlicher Hand für seine „Friedens- und Versöhnungsarbeit“ erwarten. *Sechstens:* Als Dialogpartner der slowenischen Minderheit in Kärnten kann der KHD mit größerem Nachdruck seine Forderungen gegenüber Slowenien hinsichtlich der Einlösung von „Minderheitenrechten“ für die Deutschsprachigen vertreten.
3. Objektiv hat der „Dialog“ die Funktion, die Geschichte des KHD zu verschleiern und zu schönen. Das vorliegende Buch unterstützt durch die Bindung des ethnischen Konflikts an zwei „Repräsentanten“ eine personalisierte Deutung der Geschichte. Das heißt: **„Feldner und Sturm im Dialog“ befördern die Entpolitisierung der konfliktreichen Beziehungsgeschichte zwischen Mehrheit und Minderheit.** Die Funktion des Dialogs ist deshalb oberflächliche

Befriedung und nicht ehrliche Aufklärung. Aufklärungsarbeit und vermehrte Aktivitäten der Politischen Bildung wären in Kärnten aber dringend notwendig. Eine Aufklärung der Öffentlichkeit über die Strategien, Verflechtungen und Machenschaften des KHD – ähnlich wie dies Martin Fritzl in seinem Buch „Der Kärntner Heimatdienst“ (Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec 1990) geleistet hat – müsste dabei eine herausragende Stellung einnehmen. Im „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“, herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien 1993, unter Josef Feldner, Andreas Mölzer und „Kärntner Heimatdienst“ nachzuschlagen, lohnt sich allemal, wenn man sich für die Vernetzungen des rechtsextremen Lagers mit den deutschnationalen und neonazistischen Gruppen interessiert. Nicht unwesentlich ist dabei, dass einige Organisationen, zu denen Feldner und Mölzer Kontakt hatten, inzwischen behördlich aufgelöst wurden.

4. Der „Dialog“, der sich stellenweise staatstragend und „europäisch“ gibt, verschweigt die neue Marschrichtung des KHD. Diese ist – in Übereinstimmung mit dem BZÖ von J. Haider, der FPÖ von H.C. Strache und A. Mölzer – gebündelt der Aussage zu entnehmen, die ein Mitglied der KHD-Verbandsleitung, Christoph Schintl, im Mitgliedsblatt des KHD kürzlich gemacht hat: *„Ich trete dafür ein, dass der westliche Kulturkreis nicht vom Islam überschwemmt wird“*. Hier treffen sich also die „Heimattreuen“ wieder. Die Bedrohung heißt jetzt nicht mehr „Slowenisierung“, sondern „Islamisierung“. In dem gemeinsamen Kampf gegen „die schleichende Islamisierung“ ist auch der KHD eingebunden. Der leidige Ortstafelstreit ist angesichts dieser „europäischen“ Zielsetzungen zu einer vernachlässigenden Größe geworden. Die KHD-Karawane der „Heimattreuen“ ist schon längst weiter gegangen. Hat es Marjan Sturm nicht bemerkt? Außer an der „Heimatfront“ (Abwehr von „Asylantenfluten“) steht sie noch an mindestens zwei Fronten: vor Brüssel und vor Istanbul.
5. Landeshauptmann Haider hat durch die Verrückung von Ortstafeln und durch die Verkleinerung der slowenischen

Ortsnamen auf einigen Tafeln die slowenische Volksgruppe gedemütigt, den Rechtsstaat verhöhnt und sich über die Ortstafellösung der „Konsensgruppe“ hinweggesetzt. Für die Kärntner Slowenen ist dies eine Erniedrigung. Für die Republik Österreich sind dies beschämende Zustände. Das alles dürfte der KHD dem Landeshauptmann von Kärnten nicht weiter übel nehmen, da Haider auch in Zukunft der Garant dafür ist, dass in Kärnten die zweisprachigen Ortstafeln keine Vermehrung erfahren, dass keine Moscheen gebaut werden und dass Asylwerber willkürlich in andere Bundesländer abgeschoben werden können. – Die einzig politische relevante Frage für die Zukunft wird nun sein: **Wird die Kärntner Mehrheitsbevölkerung und werden die Kärntner Slowenen den lokalen Machthabern bei diesem Weg der Beugung und Missachtung von rechtsstaatlichen Normen und europäischen Menschenrechtskonventionen beipflichtend und hilfreich zur Seite stehen? Werden sie – durch neue Kärnten-Plattformen und durch die Koalition von Feldner und Sturm ermutigt – ihren Beitrag zur „Rettung des Abendlandes“ leisten und damit auch das national-rechtsextreme Netzwerk von Mölzer u. Co. unterstützen? Oder wird sich in Kärnten eine Opposition dagegen formieren?**

Christoph Butterwegge

Reformen gestern – Reformen heute

Sozialpolitik in der Weimarer und in der Bundesrepublik

Betrachtet man die Geschichte des Wohlfahrtsstaates, sind Parallelen zwischen seinem Um- bzw. Abbau in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und in der Gegenwart schwerlich zu übersehen.¹ Schon bevor die Weltwirtschaftskrise 1929/32 das Sozialsystem der Weimarer Republik bis ins Mark erschütterte, zogen Kritiker des Wohlfahrtsstaates seine Leistungsfähigkeit in Zweifel und forderten –ähnlich wie heute – statt öffentlicher Verantwortung für die Hilfesuchenden mehr Selbstvorsorge und Privatinitiative. Einer davon hieß Gustav Hartz, gehörte der DNVP an und veröffentlichte 1928 sein Buch „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“, das viele Fragen aufwarf, die neoliberalen Kritikern des Sozialstaates heute auf den Nägeln brennen, auch wenn es noch nicht dieselben Antworten (Einführung der Praxisgebühr) wie sie gab: „Geht man nicht bedenkenlos ein dutzendmal zum Arzt, wenn einmal genügte – nur weil es die Kasse bezahlt?“²

Hartz sah überall „Faulenzer und Drückeberger“ den Sozialstaat plündern, für die „kein denkender Arbeiter einen Pfennig Arbeitslosenbeiträge bezahlen“ wolle.³ Überhaupt stelle der damals gerade erst geschaffene Versicherungszweig für die Lohnarbeiter „kein gutes Geschäft“ dar.⁴ Um „den Mißbrauch der ungerechten und unnötigen Inanspruchnahme“ unterbinden zu können bzw. „asoziale Elemente“ (bei Hartz in Anführungszeichen) nicht mehr „auf allgemeine Unkosten reisen“ zu lassen, wollte Gustav Hartz die Hilfe auf Bedürftige konzentrieren, was

1 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006

2 Gustav Hartz, *Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit*, Berlin 1928, S. 18

3 Siehe ebd., S. 80

4 Ebd., S. 81

er sozialdarwinistisch begründete: „Eine soziale Politik darf nicht mit der Sorge um die Kranken, Invaliden, Witwen, Waisen und Arbeitslosen die Förderung der Lebenstüchtigen, Leistungsfähigen und Arbeitenden vergessen.“⁵ Wer würde da nicht an die Parole „Leistung muss sich wieder lohnen!“ denken, welche Helmut Kohl zu Beginn der 1980er-Jahre bekannt gemacht und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck erneut in die Debatte gebracht hat?

Wortreich klagte Gustav Hartz über „die Bleigewichte des Bürokratismus“, kritisierte angeblich viel zu hohe Verwaltungskosten der Sozialversicherung und forderte eine Abkehr von dem Glauben, „daß der Staat alles selber machen muß.“⁶ Hartz fühlte sich als mutiger Kritiker, der einer Front mächtiger Verteidiger des „jetzigen erstarrten Systems“ gegenüberstand.⁷ Das heutige Modewort „Reform“ gehörte zu den Lieblingsbegriffen, die Hartz ständig verwendete. Er fragte, welche Rendite die Zahlungen der Arbeitnehmer in die Sozialversicherung abwarfen und ob eine selbst angesparte, kapitalgedeckte Rente nicht mehr Gewinn verspreche. Außerdem machte sich Hartz für „eigenverantwortliche Selbsthilfe“ der Arbeitnehmer stark. In den Vordergrund rückte er die „Eigenverantwortung“, von der heute wieder häufig die Rede ist, um damit zu bemänteln, dass sich die öffentliche Verantwortungslosigkeit ausbreitet. Hartz wandte sich sowohl gegen die Gewerkschaftsforderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit wie auch gegen (überhöhte) Sozialtransfers für Erwerbslose. Von den Letzteren sprach Gustav Hartz – in gewisser Weise entsprechende Gedanken seines berühmten Namensvetters vorwegnehmend – übrigens als „Kunden“ (in Anführungszeichen), die sich nach ihrer Entlassung „sofort bei der Arbeitsvermittlung zu melden“ hätten, damit diese sie kennen lerne und „die beste Kontrolle“ habe.⁸

5 Gustav Hartz, *Neue Wege der Sozialpolitik*, Langensalza 1929, S. 21

6 Siehe ders., *Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit*, a.a.O., S. 141

7 Siehe Gustav Hartz, *Eigentum oder Rente? – Eine Auseinandersetzung mit meinen Kritikern über das Thema: Sozialversicherung oder Sozialsparkasse?*, Berlin 1930, S. 8

8 Siehe ders., *Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit*, a.a.O., S. 199

An die Stelle der „staatlichen Zwangsversicherung“ wollte Gustav Hartz „soziale Gemeinschaften“ (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Genossenschaften, Religionsgemeinschaften usw.) mit von ihnen betriebenen „Sozialsparkassen“ treten lassen. Die auch damals schon einen Zankapfel der Politik bildenden Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sollten dem Bruttolohn zugeschlagen, davon 15 Prozent als Sparbetrag abgeführt werden. Hartz hoffte, dies würde zur Folge haben, dass der ständige Streit über die „soziale Belastung der Wirtschaft“ (heute hieße es wohl: die Explosion der Lohnnebenkosten) unterbliebe.⁹ Unklar blieb, wie ein Wegfall der Arbeitgeberbeiträge angesichts des Machtvorsprungs der Unternehmer durch Lohn- und Gehaltssteigerungen kompensiert werden sollte.

Wenn man den gegenwärtigen Demografie-Diskurs und das mit ihm verbundene Katastrophenszenario betrachtet,¹⁰ wirkt Gustav Hartz ebenfalls hochaktuell. In seinem als Fortsetzung der „Irrwege“ konzipierten Buch „Die national-soziale Revolution“, das gegen Ende des Jahres 1932 erschien, führte Hartz die Kostensteigerungen und Krisenerscheinungen des von ihm „kollektivistisch“ genannten Sozialversicherungssystems auf demografische Veränderungen zurück. Immer mehr stark besetzte Jahrgänge rückten in die oberen Lebensaltersstufen ein, wie Bevölkerungswissenschaftler auch damals konstatierten: „Diese ‚Vergreisung‘ unseres Volkes hat eine dauernd steigende Zahl der Rentner und eine fortgesetzt steigende Rentenzahlungsdauer und absinkenden Beitragseingang im Gefolge.“¹¹ Man erlebe gerade das Vorspiel einer Tragödie, meinte Hartz weiter: „In einer Reihe von Jahren sind nicht mehr genug junge beitragszahlende Menschen da, die in der Lage sind, die Summen aufzubringen,

9 Vgl. Gustav Hartz, *Neue Wege in der Sozialpolitik*, a.a.O., S. 25

10 Vgl. hierzu: Christoph Butterwege, *Demographie als Ideologie? – Zur Diskussion über Bevölkerungs- und Sozialpolitik in Deutschland*, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hrsg.), *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 53 ff.

11 Gustav Hartz, *Die national-soziale Revolution. Die Lösung der Arbeiterfrage*, München 1932, S. 148

die zur Ernährung einer immer größer werdenden Zahl von Alten und Invaliden nötig werden.“¹² Entweder müssten die Beiträge um nahezu das Doppelte steigen oder die Renten um etwa die Hälfte sinken. Als ein möglicher Ausweg erschien Hartz der systematische Aufbau individuell-familiärer Vorsorge, gekoppelt an die Pflicht zur Selbsthilfe und die persönliche Eigenverantwortung.

Zudem hielt Hartz eine „Höherbesteuerung der Ledigen und Kinderlosen“ für sinnvoll, die zu fordern man nicht wage, weil „der Mut zu einer positiven Bevölkerungspolitik“ fehle.¹³ Heute haben solche Ideen wieder Hochkonjunktur, auch wenn sie nicht mehr in so pathetische Worte gekleidet werden, wie sie Gustav Hartz wählte, als er schrieb: „Mit aller Deutlichkeit muß jedem zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Zukunft unseres Volkes und Reiches eine ausreichende und gesunde Kinderschar und daß der Mensch immer noch das wertvollste ‚Produkt‘ ist. Wer an der Zukunft unseres Volkes durch eigene Kinder keinen Anteil hat – oder haben kann –, der soll wenigstens die Gegenwart für die Kinderreichen materiell erträglich gestalten helfen.“¹⁴

Es mutet wie ein Treppenwitz der Geschichte an, dass die „Sozialstaatsreformer“ damals und heute denselben Familiennamen haben. Über bis zu der eher kuriosen Namensgleichheit von Hauptakteuren reichenden Gemeinsamkeiten dürfen wichtige Unterschiede zwischen Gegenwart und Vergangenheit jedoch nicht übersehen werden. Es gab in der Weimarer Republik nur einen ansatzweise entwickelten Wohlfahrtsstaat, was für die über 6 Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise hieß, dass ihre Lage viel dramatischer war als die der Betroffenen heute. Zudem war die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch und auch die Weltmarktdynamik längst nicht so ausgeprägt wie in der Gegenwart.

12 Ebd.

13 Siehe Gustav Hartz, *Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit*, a.a.O., S. 137 f. (Hervorh. im Original)

14 Gustav Hartz, *Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit*, a.a.O., S. 138

Weltwirtschaftskrise, Reformen des Sozialstaates und das Ende der Demokratie

Während der Weltwirtschaftskrise 1929/33 zerbrach nicht nur der gesellschaftspolitische Basiskonsens zwischen den Klassen bzw. deren organisierter Interessenrepräsentanz, den Arbeitgeberverbänden und Freien Gewerkschaften, sondern im März 1930 auch die Große Koalition, deren beide Flügelparteien keine Einigung über den Weg zur finanziellen Konsolidierung der Arbeitslosenversicherung erzielten. Die unternehmernahe DVP bestand auf einer Kürzung von Leistungen, wohingegen die SPD-Fraktion im Unterschied zu ihrem Reichskanzler Hermann Müller nur eine Anhebung der Beiträge (damaliger Satz: 3,5 Prozent) unterstützte. In heutiger Diktion würde man sagen, dass die Beitragssatzstabilität bei den bürgerlichen Koalitionären absolute Priorität genoss, weil die Erhöhung der „Lohnnebenkosten“ verhindert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des „Wirtschaftsstandorts D“ nicht gefährdet werden sollte.¹⁵

Nachdem maßgebliche Kräfte die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung verdrängt hatten, war die Rechtsentwicklung des Weimarer Staates vorprogrammiert. In kürzer werdenden Abständen folgten der Regierung Müller immer weniger legitimierte (Präsidential-)Kabinette, die zwar kein Konzept zur Krisenbewältigung hatten, aber die sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer/innen und Erwerbslosen mit rasantem Tempo beschnitten sowie den Wohlfahrtsstaat und die Demokratie demontierten. Man hat rückblickend den Eindruck, dass die Weimarer Republik und ihr Sozialsystem bewusst zugrunde gerichtet wurden, wobei die „Reform der Arbeitslosenversicherung“ ganz oben auf der politischen Agenda stand. In weniger als 36 Monaten wurden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung so stark beschnitten, die Anspruchsvoraussetzungen derart verschärft und die Bezugszeiten so massiv verkürzt, dass ganze Personengruppen (Jugendliche und verheiratete Frauen) überhaupt

15 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: ders./Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007, S. 143 ff.

keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung mehr hatten und die übrigen höchstens noch 6 Wochen lang in deren Genuss kamen. „Das Versicherungsprinzip war somit am Ende der Weimarer Republik faktisch wieder abgeschafft.“¹⁶

Unter dem christlichen Gewerkschafter und Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, der vom 30. März 1930 bis zum 1. Juni 1932 Reichskanzler war, drang die Regierung auf mehr Zurückhaltung in der Lohnpolitik sowie bei den Staatsausgaben, wovon man sich eine Sanierung des Budgets und eine Reaktivierung der Wirtschaft versprach. Diese litt aber unter der fehlenden Nachfrage, die zu den nötigen Erweiterungsinvestitionen und damit neuen Arbeitsplätzen hätte führen können. Brüning hoffte auf die „Selbsteilungskräfte“ des Marktes, während das Geld für Konjunkturprogramme nach seiner Ansicht fehlte. Mit der Schwächung des Tarif- und Schlichtungswesens, dem Abbau der Arbeitslosenversicherung und der als „Sonderopfer des öffentlichen Dienstes“ deklarierten Senkung von Beamtengehältern und -pensionen begann unter Brüning ein Rückzug des Sozialstaates, der die Demokratie untergrub und den Weg zur NS-Diktatur ebnete. Eine für Exportbranchen vorteilhafte Deflationspolitik verschärfte die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise.

Vorschläge, mit denen Unternehmerverbände und etablierte Politiker heute das System der sozialen Sicherung „verschlanken“ wollen, gleichen den damals diskutierten bzw. ergriffenen Maßnahmen teilweise bis ins Detail. Dies gilt z.B. für die Reform des Föderalismus, den Bürokratieabbau, die Schwächung des Tarifvertragssystems, die Erleichterung von Kündigungen und die Liberalisierung des Ladenschlusses, mit denen man die Wirtschaft bzw. ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stärken wollte, genauso wie für Lohn- bzw. Gehaltssenkungen, unter denen die Binnenkaufkraft zu leiden hatte, und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit.

Die sozialpolitische Agonie der Weimarer Republik begann mit einer Kontroverse um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Sowohl zwischen den gesellschaftlichen Interessen-

16 Werner Balsen u.a., Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984, S. 26

gruppen bzw. den Verbänden von Unternehmern und Beschäftigten wie auch zwischen den Gebietskörperschaften war heftig umstritten, wem die enormen Kosten der Massenarbeitslosigkeit aufgebürdet werden sollten.

Während das Reich erwerbsfähige Arbeitslose unterstützte, die keine Versicherungsleistungen mehr erhielten, oblag den Gemeinden die Wohlfahrtsunterstützung, in deren Genuss nicht oder nur eingeschränkt Erwerbsfähige kamen. Man sprach von Hauptunterstützungsempfängern, Krisenfürsorgeempfängern und Wohlfahrtserwerbslosen. Innerhalb des dreigliedrigen Systems kam es zu Umschichtungen, die Finanzierungsschwierigkeiten entsprachen, aber auch unterschiedlichen Interessenlagen der Hauptakteure und Machtverschiebungen entsprangen, die nicht zuletzt der steigenden Arbeitslosigkeit geschuldet waren. Gab es anfangs sogar Bemühungen, die kommunale Erwerbslosen- in der staatlichen und teilweise aus Versicherungsmitteln finanzierten Krisenfürsorge aufgehen zu lassen, dominierten ungefähr seit dem Jahreswechsel 1930/31 Bestrebungen, die Krisenunterstützung mit der Wohlfahrtsfürsorge unter einheitlicher Verwaltung der Gemeinden zu verschmelzen. Am Ende des zuletzt genannten Jahres kursierten Pläne der Kommunen wie der Arbeitgeberverbände, alle Zweige des bestehenden Unterstützungssystems auf der Grundlage des (für die Erwerbslosen kargen und sie entrechtenden) Fürsorgeprinzips zusammenzulegen. Man führte zur Begründung die mangelnde Transparenz und die Schwerfälligkeit des gegliederten Systems sowie die Kostspieligkeit einer Versicherungslösung an.

Da die Arbeitslosen wegen der Wirtschaftskrise immer schneller (aus der staatlichen Krisenfürsorge) „ausgesteuert“ wurden, stiegen die finanzielle Belastung und die Verschuldung der Kommunen seit 1929/30 ganz enorm. „Der Grundsatz, alle arbeitsfähigen Arbeitslosen von der gemeindlichen Fürsorge fernzuhalten, zerbrach (...) an der Finanzlage des Reichs. Damit wurde die *Finanzkrise im Reichshaushalt zwangsläufig und unmittelbar in die Haushalte der Gemeinden hineingetragen.*“¹⁷ Sowohl die öffentliche

17 Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 421 (Hervorh. im Original)

Reformdebatte wie auch die Regierungspolitik verschoben sich immer stärker von einer Fusion der beiden Fürsorgesysteme auf dem (niedrigeren) Niveau der Wohlfahrtshilfe in Richtung einer Preisgabe des Versicherungsprinzips. Dezentralisierung und Kommunalisierung der Arbeitslosenunterstützung führten fast zwangsläufig zu einer sozialen Nivellierung nach unten, die damit meistens auch bezweckt war.

Kurzfristig wurde im Frühjahr 1931 eine meist nach ihrem Vorsitzenden, dem früheren langjährigen Arbeitsminister Heinrich Brauns benannte „Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage“ gebildet.¹⁸ Ihre zehn Mitglieder, die innerhalb weniger Monate drei Berichte (zur Arbeitszeitfrage und zum sog. Doppelverdienertum, zur Arbeitsbeschaffung sowie zur Arbeitslosenhilfe) unterbreiteten, ohne damit viel Wirkung zu erzielen, kamen aus Verwaltung und Wissenschaft. Dies kann als weiteres Indiz dafür gelten, dass immer stärker expertokratisch statt demokratisch agiert und am Parlament vorbei regiert wurde. Statt die Vorlage sämtlicher Gutachten abzuwarten und die Abgeordneten damit zu befassen, brachte die Reichsregierung eine weitere Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ auf den Weg, die am 5. Juni 1931, an eben jenem Tag, als die Sachverständigenkommission ihr letztes Einzelgutachten herausgab, erlassen wurde. Sie enthielt ein ganzes Paket drastischer Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe und der Krisenfürsorge, die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für Frauen und Jugendliche, eine Verlängerung der Wartezeiten sowie eine Begrenzung der Anrechnungszeiten für die Leistungsfestsetzung.

Nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt am 11. Mai 1931, die nicht nur Österreichs Erste Republik erschütterte und die Arbeiterbewegung in die Defensive drängte,¹⁹ geriet Deutschland

18 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Christian Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich 1928-1934, Berlin 1999, S. 240 f.

19 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky, Marburg 1991, S. 292 ff.

in den Strudel einer internationalen Banken- und Währungs-
 krise, die das Heer der Arbeitslosen weiter vergrößerte. Je weni-
 ger sie Herr der riesigen ökonomischen und sozialen Probleme
 waren, umso häufiger griffen die Präsidialregime zum Mittel der
 Notverordnung. Sukzessive setzten sie das (damals noch wenig
 entwickelte) System der sozialen Sicherung außer Kraft, kün-
 digten allerdings bei jeder Reformmaßnahme an, nach diesem
 für Großteile der Bevölkerung schmerzhaften Eingriff werde die
 Wirtschaft wieder Tritt fassen. Ludwig Preller erklärte die De-
 montage des Wohlfahrtsstaates in erster Linie mit dem dramati-
 schen Beschäftigungsrückgang und einer daraus resultierenden
 Schwäche der Gewerkschaften im Kampf gegen die Großindus-
 trie. „Wirtschaftsschläge wie der Bankenkrach von 1931, die
 Weltwirtschaftskrise und die ungeheuerliche Entwicklung der
 Arbeitslosigkeit mußten sich unter diesen Umständen katastrophal
 für die Weimarer Sozialpolitik auswirken, sie trafen schließlich
 nicht zuletzt über die Sozialpolitik den Nerv der Weimarer
 Demokratie.“²⁰

Alfred Hugenberg, Medienzar und Führer der Deutschnationalen,
 schaltete im Februar 1933 mehrere Zeitungsannoncen mit
 der Aussage „Sozial ist, *wer* Arbeit schafft“. In einer Rundfunkan-
 sprache zur Reichstagswahl sagte Hugenberg am 28. Juli 1932,
 Sozialismus sei mit Erwerbslosigkeit gleichbedeutend. Dagegen
 habe ein „gesunder Staat“ auch „eine gesunde Wirtschaft“, wor-
 aus Hugenberg schloss: „Derjenige ist wirklich und wahrhaft so-
 zial, der Arbeit schafft.“²¹ Fast wörtlich fand dieser Satz über 70
 Jahre später auf Betreiben der von Metallindustriellen mit 100
 Mio. EUR finanzierten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“
 großen Anklang bei etablierten Politikern und Parteien. Bei-
 spielsweise stellte der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende
 Jürgen Rüttgers seinen Landtagswahlkampf im Frühjahr 2005
 unter das Motto „Sozial ist, *was* Arbeit schafft“. Es handelt sich
 dabei im Grunde um eine Sklavenhalterideologie, die Arbeit aus
 ihren sozialen Bezügen herauslöst. Gar nicht mehr gestellt wird

20 Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 512

21 Alfred Hugenberg, Rundfunkansprache zur Reichstagswahl am 31.
 Juli 1932, gehalten am 28. Juli 1932, www.dhm.de/lemo/html/dokument/e/hugenberg, 14.9.2007

die Frage nach dem Sinngehalt von Lohnarbeit, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung, vom Anspruch der Stellenbewerber/innen auf Berufs- und Qualifikationsschutz ganz zu schweigen.

Am 14. Juni 1932 hohlte Brünings Nachfolger von Papen das Unterstützungssystem für Arbeitslose weiter aus, ohne es allerdings formal abzuschaffen. Durch die „Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“ wurden die Struktur (Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in die Arbeitslosenversicherung) und das Leistungsniveau der drei Systeme noch mehr angeglichen. Papen bediente sich desselben Mittels wie Brüning, um den noch von diesem gegründeten Freiwilligen Arbeitsdienst (besonders für Jugendliche) auszuweiten, den Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung de facto aufzuheben und die Selbstverwaltung der Reichsanstalt zu stützen. Die (dem heutigen Arbeitslosengeld entsprechende) Arbeitslosenhilfe erhielten am Ende nicht einmal mehr 10 Prozent der registrierten Erwerbslosen, während die mit dem heutigen Arbeitslosengeld II vergleichbare, ursprünglich als Brücke zwischen Arbeitslosenhilfe und Armenfürsorge gedachte Krisenunterstützung das Niveau der Fürsorgeleistung nicht mehr überschreiten durfte.²²

Man wollte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie durch eine „Sparpolitik“ bei den Löhnen und in den öffentlichen Haushalten wiederherstellen bzw. spürbar erhöhen. Als das nur noch halbdemokratische Regierungs- und Parteiensystem diese Aufgabe gegen Ende der Weimarer Republik trotz drastischer Beschneidung vieler Sozialleistungen nicht erfüllte, drängten einflussreiche Industrie- und Bankenkreise auf eine Kabinettsbeteiligung der NSDAP, was den zögernden Reichspräsidenten Paul von Hindenburg veranlasste, Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler zu ernennen. Die wichtigste Lehre aus der Geschichte ist, dass der Sozialstaat nicht mit einem Schlag beseitigt, sondern Schritt für Schritt demontiert und dass mit ihm letztlich auch die Demokratie zugrunde gerichtet wird.

22 Vgl. Diether Döring, Sozialstaat, Frankfurt am Main 2004, S. 27

Renée Winter

Fernseh-Gedenken

März 1938 im ORF der 1960er Jahre

„Der Kalender gibt so scheint es, die Erinnerung vor; Erinnerung ist fällig, wenn der Kalender es so bestimmt.“¹ konstatierte Klaus Bergmann vor über zehn Jahren im schulheft mit dem Schwerpunkt „Verordnete Feiern – gelungene Feste“. Dieses terminbedingte Erinnern, das sich auch in diesem Gedenkjahr 2008 beobachten lassen wird, spielte auch eine Rolle für die Programmierungen von Geschichtssendungen im Österreichischen Rundfunk (ORF) der 1960er Jahre. Während Dokumentationsreihen wie *Männer und Mächte* oder *Unser österreichisches Jahrhundert*, sowie historische Spielfilme meist datumsungebunden liefen, bildeten Gedenkdaten Anlässe zur Ausstrahlung und/oder Produktion bestimmter Sendungen. Zwei dieser Sendungen zum *März 1938* von 1962 bzw. 1968 möchte ich hier näher beleuchten und hinsichtlich ihrer historischen Narrative und darstellerischen Mittel befragen.

Erinnerungsort März 1938

Der Erinnerungsort *März 1938* stellt nicht nur einen Bezugspunkt der Programmgestaltung des ORF der 1960er Jahre dar, er ist auch namensgebend und inhaltsbestimmend für – zu Jubiläen – produzierten ORF-Sendungen. Die Darstellungen zum *März 1938* im Fernsehen zeichnen sich dadurch aus, dass historische Narrative zu mehreren Regimen – zumindest zum austrofaschistischen und nationalsozialistischen – her- und dargestellt werden.

Nach einer kurzen Vorstellung der zwei Sendungen werde ich geschichtspolitische Funktionalisierungen anhand zweier Aspekte („Austrofaschistische Politiker als Retter Österreichs“ und „Jubel, Verhaftungen und Propaganda“) von Darstellungen des

1 Klaus Bergmann: „Kalender-Geschichte“. Ein geschichtsdidaktischer Problemfall, in: schulheft 84/1996, S. 7-21; S. 7.

März 1938 thematisieren. Diese inhaltlichen Aspekte verknüpfe ich mit einer Diskussion ihrer darstellerischen Strategien und deren möglichen Funktionen.

Zeitgeschichte aus der Nähe Teil II: 1938-1945

Zeitgeschichte aus der Nähe II: 1938-1945 ist der zweite Teil einer im Rahmen des Schulfernseh-Versuchsbetriebes produzierten dreiteiligen Dokumentar-Reihe² und wurde am 14.3.1962 erstmals ausgestrahlt. Das Manuskript der 50-minütigen Sendung wurde von einem großkoalitionären Team verfasst. Hermann Schnell, 1914 geboren, war als Sozialdemokrat von 1951-69 Direktor des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien und 1969-1980 Präsident des Wiener Stadtschulrates³; Klemens Zens, 1913 geboren, war von 1966-77 Direktor der pädagogischen Akademie Strebersdorf der Erzdiözese Wien und in den 1950er und 1960er Jahren Verfasser bzw. Herausgeber einiger pädagogischer Schriften zur staatsbürgerlichen Erziehung für Kinder und Jugendliche wie *Mein Österreich, mein Vaterland. Ein Buch für Schule und Haus* (1955) oder *Schaut ringsumher. Zum österreichischen Nationalfeiertag* (1966). Gemeinsam mit anderen publizierten Klemens Zens und Hermann Schnell bis in die 1980er Jahre Geschichtslehrbücher mit dem Titel *Zeiten, Völker und Kulturen*⁴. Schnell und Zens waren auch gemeinsam Autoren anderer Schulfernseh-Sendungen, wie zum Beispiel *Der österreichische Staatsvertrag* (Erstausstrahlungsdatum: 13.5.1965), eine zum zehnjährigen Staatsvertragsjubiläum produzierte Dokumentation.⁵

Durch die Sendung *Zeitgeschichte aus der Nähe II* führte der Schauspieler Hans Thimig als Sprecher. Das Studio, als Wohnzimmer eingerichtet, Thimig spricht in die Kamera, liest öfter etwas aus

2 1. Teil: 1914-1938, Erstausstrahlung: 25.10.1961; 3. Teil: 1945-1962, Erstausstrahlung: 13.6.1962.

3 vgl. Bruckmüller Ernst (Hg.): *Personenlexikon Österreich*, Wien, 2002, S. 436.

4 Vgl. Kuzaj-Sefelin, Ulrike: *Die Darstellung des Nationalsozialismus im österreichischen Geschichtslehrbuch für die 4. Klasse der Hauptschulen und allgemein bildenden höheren Schulen von 1945 bis 1999/2000*, Wien 2002 (ungedr. phil Dipl.), S. 163.

5 vgl. Telespiegel Heft 9, 4. Jg., April 1965, S. 10.

Büchern vor, setzt dazu seine Brille auf. Unterbrochen werden diese Studioszenen von Archivmaterial (Film, Foto und abgefilmte Dokumente, Karten, Diagramme), die aus dem Off von Hans Thimig kommentiert werden. Gegen Ende der Sendung gibt es ein vierminütiges Studiointerview mit dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Carl Szokoll, der zu seiner Rolle und seinen Einschätzungen der „österreichischen Widerstandsbewegung“ insbesondere im April 1945 in Wien spricht. Das Thema Widerstand wird anhand dieses Interviews (und einer kurzen Erwähnung des Attentats auf Adolf Hitler vom 20.7.1944) abgehandelt, was weite Teile des Widerstands (etwa von sozialistischen, kommunistischen oder katholischen Widerstandsgruppen bzw. des militärischen Widerstands von PartisanInnen) ausblendet. Diese Auslassungen gehen einher mit einer Instrumentalisierung des Widerstands, die sich in Szokolls Hinweis, dass es ihm in seinem Statement darum gehe, zu beweisen, „dass Österreich seine besondere Behandlung in der Nachkriegszeit verdient hat“, andeutet.

Die Iden des März

Die Iden des März ist eine Dokumentation von Hellmut Andics zur Vorgeschichte des *März 1938*, die zum 30. Jahrestag am 12. März 1968 im Hauptabendprogramm um 20:15h gesendet wurde. Hellmut Andics, der für die Herstellung televisueller Geschichtsbilder Österreichs in den 1960er und frühen 1970er Jahren eine ähnliche Rolle spielte wie Hugo Portisch für die 1980er Jahre, war gleichzeitig Sozialdemokrat und Freund des konservativen Generalintendanten Gerd Bacher.⁶

In *Die Iden des März* ist der Kommentator nie zu sehen, die Sendung arbeitet – neben den klassischen von einem Sprecher kommentierten Archivbildern, -filmen, Dokumenten, Karten, Diagrammen und Augenzeugeninterviews⁷ – auch mit experi-

6 Dunkl, Ingrid: Ein pannonischer Mensch. Ein Beitrag zur Biographie des österreichischen Publizisten, Journalisten und Drehbuchautors Hellmut Andics (25.8.1922) unter besonderer Berücksichtigung seiner Jahre im Burgenland (1967-1993), ungedr. phil. Diplomarbeit, Wien, 1995, S. 31 bzw.46.

7 Auch in dieser Sendung sprechen die einzigen Interviewpartner –

mentelleren Darstellungsstrategien. Mehrere Kommentartexte wie auch Originaltonaufnahmen werden mit Kamerafahrten durch das (1968) aktuelle Wien bebildert, was ein Spannungsverhältnis von Bild und Ton herstellt, das Fragen nach der politischen Relevanz und Aktualität der dargestellten historischen Vorgänge aufwerfen kann.

Das auffallendste stilistische Element der Sendung ist jedoch die Inszenierung von Telefongesprächen des Abends des 11. März 1938 zwischen Hermann Göring, Arthur Seyß-Inquart, Wilhelm Miklas, Benito Mussolini, Adolf Hitler und anderen politischen Akteuren. Zu den mit unterschiedlichen Stimmen gesprochenen Dialogen der Protagonisten wird eine eigens konstruierte Installation abgefilmt, in der sich drei Drahtfiguren mit Telefonen an Schreibtischen, die mit Wien, Berlin bzw. Rom beschriftet sind, gegenüber sitzen. Im Hintergrund werden auch die jeweiligen Portraitfotos und Nachnamen eingeblendet.

Diese – durch ihre fiktionalen Elemente – für eine historische Dokumentation im ORF der 1960er Jahre sehr ungewöhnliche Darstellungsform produziert letztlich jedoch ein sehr gewöhnliches Geschichtsbild, in dem Geschichte vor allem als Ergebnis des Handelns einzelner – und hier ausschließlich männlicher – Politiker erscheint.

Austrofaschistische Politiker als Retter Österreichs

Sowohl *Zeitgeschichte aus der Nähe II*, als auch *Die Iden des März* beginnen mit einer Wiedergabe eines Ausschnittes der Original-

Friedrich Hillegeist, sozialistischer Gewerkschafter, und der ehemalige Infanteriekommandant Karl Bornemann – zu Widerstand(-smöglichkeiten). Auf diesen auffälligen Zusammenhang des Einsatzes von Augenzeugeninterviews gerade bei der Frage nach österreichischem Widerstand kann ich an dieser Stelle leider nicht weiter eingehen. Judith Keilbach hat sich mit der beglaubigenden Funktion von AugenzeugInnen in deutschen Dokumentationen zum Nationalsozialismus auseinandergesetzt: Vgl. Judith Keilbach: Zeugen der Vernichtung. Zur Inszenierung von Zeitzeugen in bundesdeutschen Fernsehdokumentationen, in: Eva Hohenberger, dies. (Hg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Dokumentarfilm, Fernsehen und Geschichte, Berlin 2003, 155-174.

aufnahme der Radiorede Kurt Schuschniggs am 11. März 1938, die mit dem Satz endet „Gott schütze Österreich“. Die unmittelbar darauf folgenden Worte, die den Kontext des Gesagten bilden, sind in *Zeitgeschichte aus der Nähe*:

„Diese Worte sprach Bundeskanzler Schuschnigg am 11. März 1938 um cirka acht Uhr abends über den Rundfunk. Sie bedeuteten das Ende der Ersten Republik Österreichs.“
(*Zeitgeschichte* 0:02:30)

Und in *Die Iden des März*:

„Gott schützte Österreich nicht. Am 13. März 1938, zwanzig Jahre nach ihrer Gründung fand die Erste Republik ihr Ende.“
(*Iden* 0:03:36)

Beide Sendungen beginnen so mit einem Ende. Die Erzählung vom „Ende“ im März 1938 impliziert eine Kontinuität der Ersten Republik, die durch die Jahre 1933 bzw. 1934 keinen bedeutenden Bruch erfahren hätte.

Von diesem Punkt an werden Rückblicke auf die Vorgeschichte/n des März 1938 unternommen. Während der Schwerpunkt der Sendung *Zeitgeschichte aus der Nähe II* eher auf den nachfolgenden Jahren liegt und die vorhergehende Zeit nur in Bezug auf den politischen Aufstieg Hitlers in Deutschland beleuchtet wird (wohl auch weil der erste Teil der Reihe die Jahre 1914-1938 in Österreich behandelte), zeichnete Hellmut Andics 1968 eine Geschichte von 1918 an nach: „Am Anfang der Tragödie steht das Jahr 1918.“

Protagonist der letzten Jahre dieser „Tragödie“ von Hellmut Andics ist dann auch Kurt Schuschnigg, der als einsamer Kämpfer erscheint:

„So fährt der von aller Welt verlassene Schuschnigg am 12. Februar 1938 zu Hitler auf den Berghof nach Berchtesgaden, in der Hoffnung, durch neue Zugeständnisse wenigstens eine Atempause zu erkaufen, bis sich die Weltlage geändert hat. Doch Hitler ist nicht gewillt, auf Österreich zu verzichten. Unter deutschem Druck muss Schuschnigg jetzt seine Regierung umbilden und so genannte betont Nationale aufnehmen.“ (Iden 0:24:15-0:24:38)

Die Dramatik der Situation wird unterstrichen durch rasch hintereinander eingeblendete Fotos des Berghofs, in die schnell

hineingezoomt wird und die musikalische Untermalung: die Anfangstakte der Fünften Symphonie von Beethoven – die „Schicksalssymphonie“. Schuschnigg scheint durch „deutschen Druck“ gezwungen, andere Handlungsmöglichkeiten sind nicht in Sicht.

Im Sinne einer personalisierenden Politikgeschichtsschreibung, die Geschichte als Folge des Handelns (meist männlicher) Politiker begreift, werden Kurt Schuschnigg bzw. in anderen Passagen auch Wilhelm Miklas als letztlich nicht erfolgreiche aber doch bemühte Retter Österreichs gezeichnet, eine Erzählung, der Ausblendungen des diktatorischen und faschistischen Charakters des vorhergehenden Regimes eingeschrieben sind. Einher gehen diese Darstellungen oft mit einem Verweis auf das Ausland, das nicht eingegriffen hätte – „von aller Welt verlassen“. In diesem Verweis ist zwar enthalten, dass einer dieser verloren gegangenen Bündnispartner das faschistische Italien ist, diese Tatsache wird aber nicht problematisiert. Dieser hier schon anklingende Vorwurf an das Ausland, das zugehört hätte, findet sich auch in Passagen, in denen der tatsächliche Einmarsch deutscher Truppen und die Frage nach Handlungsmöglichkeiten der österreichischen Bevölkerung thematisiert wird.

Jubel, Verhaftungen und Propaganda

Beide Sendungen thematisieren den Jubel von ÖsterreicherInnen beim Einmarsch der deutschen Truppen, beziehungsweise die davon zirkulierenden Bilder, und bieten verschiedene Erklärungsmuster dafür an. In unmittelbarer Nähe zu dieser Auseinandersetzung werden Verhaftungen angesprochen. So in *Zeitschichte aus der Nähe*:

„Da niemand Österreich schützte, konnte es zu dieser Okkupation kommen. Nach der militärischen Besetzung Österreichs rühmte die nationalsozialistische Propaganda in der Presse und im Rundfunk den großen Sieg Hitlers. Der Bevölkerung wurden Arbeit, Wohlstand und Frieden versprochen. Die österreichischen Nationalsozialisten gaben sich einem Taumel der Freude hin und ließen bis in die kleinsten Dörfer ihren Rachegefühlen freien Lauf. Schon während der

Anschlussstage aber wurden mehr als zehntausend aufrechte Österreicher verhaftet. Aber der Schmerz Hunderttausender über den Verlust ihres Vaterlandes ging unter im Jubel der verführten Massen, die Angst, Neugierde und die Hoffnung auf Arbeit, Brot und Sicherheit auf die Straße getrieben hatten. An Versprechungen ließen es die neuen Machthaber ja nicht fehlen. Dafür sorgte der Apparat des Propagandaministers Dr. Joseph Goebbels.[...] Goebbels organisierte es, dass Österreicher ihrem eigenen Totengräber mit Begeisterung zujubelten, als er sich auf seiner Fahrt durch Österreich huldigen ließ.“ (Zeitgeschichte 0:07:30-0:09:20)

Bebildert sind diese gesprochenen Sätze in *Zeitgeschichte aus der Nähe II* mit Archivfotos von NS-Militärs, abgefilmten Zeitungsschlagzeilen „Ein Volk – ein Reich – ein Führer“, Fotografien von Joseph Goebbels und Archivmaterial, auf dem viele Menschen und Hakenkreuzfahnen zu sehen sind. Diese letzteren Aufnahmen stammen, den Bildausschnitten und Kameraperspektiven nach zu schließen, aus einem Propagandazusammenhang.

Die erste Verantwortung wird an dieser Stelle nach außen übertragen: „da niemand Österreich schützte“. Nach einem ersten und später wiederholten Hinweis auf Propaganda und Versprechungen folgen die erstaunlicherweise als österreichisch attribuierten Nationalsozialisten, denen jedoch drei andere Gruppen von ÖsterreicherInnen gegenübergestellt werden: die „(aufr) echten Österreicher“, die „Hunderttausenden“, die „Schmerz“ verspürten aber nicht gehört wurden und die „verführten Massen“. Diese Konstruktionen bieten differenzierte Entlastungsstrategien für österreichische FernsehzuschauerInnen der 1960er Jahre an.

Auch der letzte hier zitierte Satz manifestiert Handlungsmöglichkeit und Verantwortung in einer einzigen männlichen Figur. Interessant ist, dass an dieser Stelle benannte Opfer ausschließlich verführte, nicht gehörte, oder verhaftete „Österreicher“ sind, von spezifisch antisemitischen Verfolgungen ist hier keine Rede.⁸

8 An anderen Stellen werden Juden und Jüdinnen als Opfer des NS-Regimes sehr wohl genannt und spezifisch repräsentiert. Diese Szenen erfordern eine genaue Analyse, die im Rahmen dieses Textes leider nicht möglich ist.

Der „Schmerz Hunderttausender“ ist keiner, der sich auf den Verlust von Freiheiten, auf die Verfolgung und Ermordung von Juden und Jüdinnen, beziehungsweise auf den rassistischen und diktatorischen Charakter des Regimes bezieht, sondern auf den „Verlust des Vaterlandes“.

Die oben beschriebene Bildabfolge wird unterbrochen durch eine Fotografie von vier Personen, die aus einem mit Stacheldraht vergitterten Zugwaggonfenster heraus schauen. Diese Fotografie wird während des Halbsatzes „mehr als zehntausend aufrechte Österreicher verhaftet“ eingeblendet, und legt somit nahe, dass die betreffenden Personen im Zugwaggon verhaftete ÖsterreicherInnen seien. Das Bild, das vielfach zur Visualisierung des Holocaust eingesetzt wurde und wird, zeigt jedoch laut Auskunft vom Deutschen Historischen Museum bzw. dem Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz JüdInnen, die um 1942 von Frankreich (wahrscheinlich Gurs) nach Auschwitz deportiert wurden.⁹ Diese Darstellung von aus politischen Gründen verhafteten ÖsterreicherInnen mit einer historischen Fotografie, die die Deportation von JüdInnen zeigt, ist ein prägnantes Beispiel einer visuellen Viktimisierungsstrategie von ÖsterreicherInnen, die eine sehr anschauliche Art der Schuldabwehr betreibt.

Aber zurück zum Jubel. Während die Jubelpropagandabilder in *Zeitgeschichte aus der Nähe II* unkommentiert als Bebilderung des Kommentartons fungieren, bezieht sich der Sprecher in *Die Iden des März* in einer inhaltlich ähnlichen Passage zweimal direkt auf die Bildebene:

„Am 12. März 1938 findet dieser berühmt berüchtigte Blumenfeldzug statt. Es ist sinnlos, die Richtigkeit dieser Bilder zu leugnen, dahinter steckt die Hilflosigkeit eines Volkes, das die Großmächte zwanzig Jahre lang als Spielball ihrer Weltpolitik missbraucht hatten. Diese Großmächte, die so wenig taten um diesem kleinen Volk ein erträgliches Leben zu ermöglichen, ließen es nun hilflos untergehen. Und

9 Laut Auskunft von Stefan Kontra (Deutsches Historisches Museum) vom 19.11.2007 bzw. Website des Bildarchivs Preussischer Kulturbesitz.

während die Massen jubelten und während nur die gefilmt wurden, die eben jubelten, wanderten schon in der ersten Nacht Hunderte in die Gefängnisse und in den nächsten Tagen schlossen sich die Tore der Konzentrationslager hinter tausenden Österreichern.“ (Iden 0:56:42-0:57:25)

Die Bilder, auf die sich der Kommentar bezieht, sind Archiv-aufnahmen aus einem Propagandazusammenhang, in denen deutsche Soldaten zu Fuß oder auf Autos von Menschenmengen freudigst begrüßt werden. Den Bildern wird Beweiskraft vom Ton extra zugesprochen, gleichzeitig versucht der Kommentar ihre Interpretation vorzugeben. Die begeistert winkenden Menschen seien „hilflos“ und „missbraucht“ (ein sexualisierter Begriff) und zwar von den „Großmächten“. Diesen „Großen“ wird das „kleine Volk“ gegenübergestellt. Auch diese Infantilisierung und Viktimisierung der österreichischen Bevölkerung kann als Entlastungsversuch gelten.

Andics versucht jedoch kritisch zu sein, indem er nach dem Außerhalb der gezeigten Bilder fragt. Er überblendet auf der Bildebene die Jubelaufnahmen mit Aufnahmen von einem Wachturm mit Stacheldrahtzaun – visuelle Chiffren der Konzentrationslager – und einer Aufnahme dreier Männer in Häftlingskleidung, kehrt aber immer wieder zu den Jubelbildern zurück und schließt auch mit diesen.

Der Medienwissenschaftler Vrääth Öhner geht auf das Authentizitätsversprechen und die Beweiskraft von Propaganda-Archivmaterial ein und konstatiert, dass es „nicht bloß zur Verlebendigung des Erzählten benötigt wird, sondern sehr wohl auch aufgrund seiner photographischen Autorität einen Bezugspunkt herstellt, der die Aussagen des Kommentars authentifiziert.“¹⁰ Obwohl oder gerade weil der Kommentar in der oben zitierten Szene implizit auf die Herkunft der Bilder verweist, und ihre Ei-

10 Öhner, Vrääth: Fernsehen – Geschichte – Gedächtnis. Zur Transformation dokumentarischer Inszenierungsweisen der Historie, in: Christian Gerbel, Manfred Lechner, Dagmar C.G. Lorenz, Oliver Marchart, Vrääth Öhner, Ines Steiner, Andrea Strutz, Heidemarie Uhl (Hg.): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik, Wien 2005 (= Reihe kultur.wissenschaften 9), 131-157; S. 142.

genschaft Realität abzubilden auch in Frage stellt – „während nur die gefilmt wurden, die eben jubelten“ – benötigt er sie trotzdem zur Authentifizierung: Auch das auf den Propagandabildern nicht-Sichtbare muss erst sichtbar gemacht werden, um in der Geschichtserzählung der Fernsehdokumentation zu existieren.

In *Die Iden des März* wird jedoch auch Propagandamaterial eingesetzt, ohne es zu benennen, so in einer Szene, die vom Sprecher eingeleitet wird mit den Worten: „Der Westen blickt hypnotisiert auf das Schauspiel, das Deutschland der Welt bietet.“ Darauf folgt eine ca. einminütige ungeschnittene und unkommentierte Szene mit Originalton aus *Triumph des Willens* (Leni Riefenstahl, 1935). Gegen Ende werden die Bilder wieder kommentiert mit: „Niemand will den allmächtig scheinenden deutschen Führer reizen. Das kleine Österreich ist den Westmächten keinen Krieg mit dem bis an die Zähne bewaffneten Nationalsozialismus wert.“ (Iden 0:23:48)

Der Hinweis auf die Herkunft der Bilder bei einer Szene, in der den Nazis zujubelnde ÖsterreicherInnen gezeigt werden, bzw. der fehlende diesbezügliche Hinweis, wenn es um die Darstellung des „allmächtig scheinenden deutschen Führers[s]“ geht, ist bezeichnend. Dieser Umgang legt nahe, dass die Beweiskraft des Archivmaterials nur dann in Frage gestellt wird, wenn es um die Zustimmung bzw. MittäterInnenschaft von ÖsterreicherInnen zum/am nationalsozialistischen Regime geht. Diese kritische Distanz fehlt jedoch, wenn die „Verführungs-kompetenz“ des Propagandamaterials bewiesen werden soll, wie auch Vrääth Öhner ausführt: „Bis heute findet kaum ein Kompilationsfilm etwas dabei, beispielsweise die faszinierende Wirkung Hitlers auf seine Zuhörer mit Bildmaterial zu illustrieren, das genau aus dem Grund hergestellt wurde, um die faszinierende Wirkung Hitlers auf seine Zuhörer zu zeigen.“¹¹

11 Ebd. Öhner 2005, S. 143.

Schlüsse

Die historischen Narrative zur Ersten Republik und zum Nationalsozialismus durch die Folie späterer Erzählungen zum *März 1938* zu betrachten, macht nicht zuletzt sichtbar, wie die Darstellungen der verschiedenen Regime im Kontext des großkoalitionären Konsenses der politischen Gegenwart der 1960er Jahre funktionalisiert wurden. Eine dominante Version dieser Funktionalisierung zeigen die Schluss-Sätze des Kommentators in der Schulfernseh-Dokumentation *Zeitgeschichte aus der Nähe*:

„Die Männer der österreichischen Parteien, die noch im Jahre 1934 in einem Bürgerkrieg einander gegenüberstanden, hatten in den Kerkern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches zueinander gefunden. Vor ihnen stand die große Aufgabe, Österreich wieder aufzubauen. Deshalb entschlossen sie sich, zusammenzuarbeiten und gemeinsam die Verantwortung für Österreich zu tragen. Aus Schutt, Asche und Trümmern entstand wieder unser Österreich.“
(*Zeitgeschichte* 0:52.21-0:53.09)

Der hier zitierte versöhnliche Schluss, benennt nicht die Gründe, aus denen sich „Männer“ (sic!) „in einem Bürgerkrieg gegenüberstanden“ und schreibt gleichzeitig dem Nationalsozialismus eine sinnstiftende Funktion zu. Schließlich ist die Konstruktion einer österreichischen Nation und die konsensuale Besinnung auf diese durch ein Zudecken politischer Konfliktlinien, hier, wie auch in anderen zeitgenössischen Texten, die letztendlich angebotene Konsequenz.

Die Frage nach Sinngenerierungen für die jeweilige politische Gegenwart ist eine der vielen Fragen, die an Geschichtsdarstellungen, wie sie zum Beispiel der ORF anbietet, gestellt werden können. Das kommende Gedenkjahr wird sicherlich viele Gelegenheiten bieten, diese und sich daran anschließende Fragen nach Funktionen der Geschichtserzählungen für die jeweiligen AkteurInnen oder ZuschauerInnen, nach Ausblendungen, nach der Verteilung von Handlungsmacht in den Narrationen oder nach dem Wie der visuellen Darstellungen an Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Fernsehsendungen, Geschichtsbücher und andere Formen historischer Repräsentationen zu richten.

Zeitungslandschaften: Zur Presse in der Ersten Republik

Es heißt, ein wesentlicher Teil der Aufgaben des Journalismus liege darin, die öffentliche Meinung oder aber auch etwas, was als *Stimmung* bezeichnet werden kann, aufzunehmen und zu berichten, um im selben Augenblick wiederum am Prozess der Bildung von Meinungen bei den Rezipienten der Zeitungen mitzuwirken. Daher wird die Presse gerade in Zeiten politischer Unstabilität zu einem wichtigen Instrument der Politik. Ein Reporter im Weltkriegs- und Zeitungs-drama von Karl Kraus, *Die letzten Tage der Menschheit*, bringt seine Aufgabe pointiert auf den Punkt: „[...] man muß dem Publikum Appetit machen auf den Krieg und auf das Blatt, das geht in einem.“¹

Daher sind Printmedien im Zusammenhang mit sozialwissenschaftlich orientierten historischen Fragestellungen von großer Bedeutung, die von der Forschung mittlerweile auch zur Kenntnis genommen wurde. Die Zeitung wird als ernstzunehmende historische Quelle akzeptiert und es gelingt ihr bisweilen, das Dasein als illustratives Beiwerk von ereignisgeschichtlichen Darstellungen hinter sich zu lassen.

Medien vermitteln eine Realität, die das Produkt von journalistischer Auswahl- und Verarbeitungsleistung ist. Die Bedeutung von Ereignissen wird von Journalisten gewichtet, so dass Nachrichten unterschiedliche Werte haben. Entsprechend dem jeweiligen Nachrichtenwert wird die jeweilige Form der Präsentation in der Zeitung gewählt: entweder Aufmacher, ausführliche Reportage oder etwa kleine Notiz im inneren Teil des Blattes.

Diese und andere Parameter von Nachrichten sind im Rahmen historischer Zeitungs- und Medienforschung zu berücksichtigen. Sozial- und kulturhistorische Arbeiten, die (Print-)Medien als

1 Karl Kraus: *Die letzten Tage der Menschheit*. Tragödie in fünf Akten.- Frankfurt 1986. (= Suhrkamp Taschenbuch 1320), I/1.

Quellen heranziehen, haben das jeweilige Umfeld eines Textes ins Auge zu fassen und nicht zuletzt auch nach ihren jeweiligen Produktionsbedingungen zu fragen, d.h. auch die entsprechenden ökonomischen Rahmenbedingungen zu betrachten.

Als Folge dieser Bedingungen können unterschiedliche Medien jeweils unterschiedliche Realitäten konstituieren. Klaffen diese Realitäten der jeweiligen Medien (zu) weit auseinander, kann dies zur Reduktion der gemeinsamen Gesprächsbasis der Rezipienten und in der Folge zur Gefährdung der gesellschaftlichen Konsensbildung führen. Da in Bezug auf demokratische Grundwerte Konsens innerhalb einer Gesellschaft unabdingbar ist, kann sein Mangel am Ende zu einer politisch fragmentierten Gesellschaft führen. Die politische Kultur der Ersten Republik war von einer zunehmenden gesellschaftlichen Fragmentierung geprägt, zu deren Entstehung die Massenmedien ihren Teil beigetragen haben.²

Massive Veränderungen am Zeitungsmarkt mit Gründung der Republik

Vor dem Aufstieg der audio-visuellen Medien stellten Zeitungen das wichtigste Massenmedium dar. Tageszeitungen bildeten das zentrale Forum des öffentlichen Diskurses und als solches formten und beeinflussten sie die Art und Weise der öffentlichen Auseinandersetzung, insbesondere unter den neuen demokratischen politischen Verhältnissen in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg.

Mit den Veränderungen der politischen Landschaft im Zuge der Gründung der Ersten Republik ging eine Zunahme der Bedeutung von öffentlicher Kommunikation einher, getragen durch die Zeitungen, die auf diese Weise ebenso eine Aufwertung erfuhren. Diese Bedeutungszunahme der Zeitung als Medium der öffentlichen Kommunikation wurde von massiven Veränderungen im Zeitungsmarkt begleitet. So wurden vor dem Ersten Weltkrieg in Wien rund 26 Tageszeitungen publiziert, eine Zahl, die während des Kriegs auf 29 anstieg. Der Gründung der Regie-

2 Vgl. Gabriele Melischek und Josef Seethaler: Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik.- online: http://www.oeaw.ac.at/cmhc/hypress/per_02.htm

ung folgte eine massive Zeitungsgründungswelle, die 1919 eine Spitze von 40 Tageszeitungen erreichte. Diese Tendenz änderte sich Anfang 1920 und nach dem Ende der Inflationsjahre pendelte sich die Anzahl der Tageszeitungen wieder auf das Ausmaß der Vorkriegsjahre ein.

Während dieser ersten revolutionären Jahre wurden nahezu so viele Zeitungen neu gegründet – nämlich 27 – wie zuvor³ schon bestanden hatten. Ein Drittel der bestehenden Zeitungen wurden durch neue ersetzt, bei 10 der ohne Unterbrechungen publizierten 20 Titel kam es zu Veränderungen der Besitzverhältnisse in den jeweiligen Verlagshäusern.⁴

Diese neu gegründeten Blätter standen zum einen in enger Verbindung zu neuen politischen Parteien wie etwa den Kommunisten, der Jüdisch Nationalen Partei (Zionisten) und den Nationaldemokraten oder wurden von bereits etablierten Parteien wie den Sozialdemokraten und den Christlich-Sozialen gegründet oder waren auch Gründungen von ethnischen Minderheiten wie den Ungarn und den Serbokroaten. Die größte ethnische Minderheit, die Tschechen, besaß schon seit der Jahrhundertwende ihr mediales Sprachrohr (*Videnské Delnické Listy* und *Videnský Obdeník*).⁵ Ein Vergleich der Auflagen der Parteizeitungen mit der Gesamtauflage der Wiener Tagespresse zeigt allerdings, dass die Parteipresse in der ersten Hälfte der Ersten Republik – trotz Bemühungen von christlichsozialer und sozialdemokratischer Seite, durch Gründung zusätzlicher Mittags- und Abendblätter am Zeitungsmarkt besser Fuß zu fassen – ihren anfänglichen Marktanteil von 20% nicht halten konnte. Erst in den späten 20er Jahren gelang es, ihn wieder auszubauen, da die beiden großen Parteien mit dem Kleinen Blatt⁶ beziehungsweise

3 Stichtag 1. Jänner 1918.

4 Die Zahlen beziehen sich auf die Daten von Wien.

5 Gabriele Melischek, Josef Seethaler: Medien und politisches System in der "österreichischen Revolution" (1918/1920).- In: Kurt Imhof, Peter Schulz (Hg.): Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft.- Zürich 1996. 74

6 1927 von den Sozialdemokraten gegründet. vgl.: Alexander Potyka: Das Kleine Blatt. (1927-1934): Ideologie und Tagesgeschehen für den kleinen Mann.- Phil. Diss. Wien 1983.

dem Kleinen Volksblatt⁷, Zeitungen herausbrachten, die sich am journalistischen Stil der auflagenstarken Boulevardblätter⁸ im Kleinformat orientierten. Freilich folgten auch marktorientierte Medien bestimmten „redaktionellen Linien“, doch stehen diese in stärkerer Wechselwirkung mit Lesern und Werbekunden. Trotz der enormen Probleme, die die Papierknappheit in den Nachkriegsjahren bereitete, erreichte die Gesamtauflage der Zeitungen 1919 nahezu 1,4 Millionen, was die höchste Auflagenzahl für die gesamte Zwischenkriegszeit darstellt.

Während die Mehrheit der Zeitungen für die ersten Nationalratswahlen 1919 noch die demokratischen Parteien unterstützten, so antizipierten sie von 1920 an immer mehr jene antimarxistische Koalition, die in Faschismus und Bürgerkrieg endete. Die Anstrengungen, die Mittelschicht für die Ziele einer bürgerlichen Revolution zu mobilisieren, schlugen fehl. Dieser Fehlschlag sowie die Krisenerfahrungen jener Jahre – nicht ausschließlich ökonomischer Natur – führte zu einer Radikalisierung der politischen Landschaft, die zusehends anfälliger wurde für jene simplen Lösungsvorschläge gegen die politische sowie wirtschaftliche Krise der 30er Jahre, die von den Faschisten angeboten wurden.⁹

Reflexionen zum Republikjubiläum

Eine Analyse der Leitartikel zum zehnjährigen Republikjubiläum zeigt sehr unterschiedliche Medienrealitäten hinsichtlich der Beurteilung und Wertung der Begriffe *Demokratie*, *Republik* und *Staat*.¹⁰

7 1929 von den Christlichsozialen gegründet.

8 Vgl. Polanz, Ingeborg: Die Bedeutung der Boulevardzeitung als meinungsbildendes Instrument, nachgewiesen am „Telegraf“ (Nacht Ausgabe): Ein Beitrag zur Erforschung des österreichischen Pressewesens während der Jahre 1932-1938.- Phil. Diss. Wien 1966.

9 Vgl. Gabriele Melischek, Josef Seethaler: Demokratie und Identität. Zehn Jahre Republik in der Wiener Presse 1928. Ein Arbeitsbuch.- Wien 1993, besonders 30-39.

10 Gabriele Melischek, Josef Seethaler: Presse 1. Republik.- Beitrag zur virtuellen Ausstellung der ÖAW schafft:wissen, online: <http://www.oew.ac.at/cmc/schafftwissen>

In sozialdemokratischen Leitartikeln wurde der Begriff *Republik* häufig und positiv verwendet. So titelt die AZ programmatisch mit „*Es lebe die Republik!*“ und unterstreicht mehrmals, dass die Sozialdemokratie sowie die österreichische Arbeiterschaft überwiegend den Aufbau der *Republik*, des neuen Staates, geleistet hätten. Hingegen habe sich die „*Bourgeoisie, die Besiegte von 1918, [...] gestützt auf den dumpfen Konservatismus des Landvolkes, längst der Regierungsgewalt in der Republik bemächtigt. Sie, die es uns überlassen hat, die Republik zu führen, als die bitterste Not im Lande war, spreizt sich jetzt hochmütig im Besitz der Macht in der Republik. Sie, die die Republik mit Grimm und mit Angst im Herzen entstehen gesehen hat, hat sich jetzt mit der Republik „abgefunden“, hat sich in ihr eingerichtet, feiert jetzt in Frack und Zylinder i h r e Republik ... Wir aber wissen es anders. Unser Aufmarsch vor unserem Denkmal soll sie daran erinnern: Wir, wir allein sind die Schöpfer, die Gründer dieser Republik!*“¹¹

Die bürgerliche Presse hingegen bevorzugte den neutralen Begriff *Staat*, „positiv besetzt in Bezug auf aktuelle Machtverhältnisse“¹² und sieht natürlich die Christlichsoziale Partei als die führende Kraft im Aufbau des neuen Staates: „*Die Schatten aus der näheren und fernerer Vergangenheit können aber den Ausblick auf das Werk, das in den letzten zehn Jahren vollbracht wurde, nicht verdunkeln. Wir mußten zwar nach dem 12. November 1918 noch eine leidvolle Strecke nach abwärts gehen, aber die positiven Kräfte im österreichischen Volke sammelten sich, erkannten ihre Aufgaben im neuen Staate, fanden in Bundeskanzler Dr. Seipel die große Führerpersönlichkeit und gingen – voll Glauben an das österreichische Volk – an die Arbeit, um auf den Trümmern des eingestürzten Vaterhauses ein neues Heim aufzubauen und wohnlich einzurichten.*“¹³

Der Begriff *Demokratie* findet sich in der linken Presse nur selten, war aber klar positiv konnotiert. Bei den christlichsozialen Blättern hingegen wurde dieser Begriff erst gar nicht verwendet.

Wirft man beispielsweise einen Blick auf die Kronen Zeitung

11 Arbeiterzeitung, 41. Jg., Nr. 314, 11.11.1928, S. 2. Es lebe die Republik!

12 Melischek/Seethaler: Presse 1. Republik.

13 Reichspost 35. Jg., Nr. 315, 11.11.1928, S. 1-2: Gedenken.

als Vertreterin der Massenblätter, so ist bemerkenswert, dass dort in Ermangelung eines entsprechenden Parteibewusstseins eine österreichische Identität im Kontrast zu einem bisweilen skeptisch beäugten „Ausland“ formuliert wurde: *„Dieses kleine, lebensunfähige, zermürbte und zerstückelte Land, das auf seinen Lebensweg in St. Germain einen so großen Pack von Hindernissen mitbekommen hat, hat sich in bewunderungswürdiger Weise eines großen Teiles dieses Packs entledigt [...]. Die Kraft und Zuversicht, mit der wir uns aus dem Schlimmsten herausgearbeitet haben, die haben wir in uns selbst gefunden. Die Hilfe des Auslandes allein hätte nie und nimmer das aus uns gemacht, was wir aus eigener Kraft geworden sind. Deshalb dürfen wir Oesterreicher [!] aufrechten Hauptes und mit dem Bewußtsein, eine große Tat vollbracht zu haben, heute mit ehrlicher Freude den Jubeltag der Republik begehen.“*¹⁴

Sieger- und Verliererwahrnehmung nach den Landtagswahlen in Wien 1932

Am 24. April 1932 fanden mit den Gemeinderateswahlen in Wien und Landtagswahlen in mehreren Bundesländern die letzten freien Wahlen der Ersten Republik statt. Diese Wahlen zeigen eine deutliche Verlagerung der „faschistischen Dynamik auf den Nationalsozialismus“ (Gerhard Botz). Die NSDAP konnte hohe Stimmengewinne verzeichnen, hingegen halbierte sich der Anteil der Christlichsozialen in Wien gegenüber der letzten Kommunalwahl 1927, was dazu führte, dass diese kaum stärker als die Nationalsozialisten aus den Wahlen hervor gingen.

Neue Freie Presse

o. Jg., Nr. 24287, 25.04.1932

Eine große Warnung an das Ausland.

15 Nationalsozialisten im Wiener Gemeinderat. – Verschwinden der Großdeutschen – 43.5 Prozent für die Rechte in Preußen.

Illustrierte Kronen-Zeitung

33. Jg., Nr. 11.588, 25.04.1932

Ueberraschende Erfolge der Nationalsozialisten.

¹⁴ Illustrierte Kronen-Zeitung 29. Jg., Nr. 10348, 11.11.1928 S. 2: Zehn Jahre Republik Oesterreich.

Die Sozialdemokraten behaupten ihren Besitzstand.
Schwere Verluste der Christlichsozialen in Wien.

Das Kleine Blatt

6. Jg., Nr. 115, 25.04.1932

Siegreich in Wien!

Die Hakenkreuzler halbieren die Christlichsozialen, vernichten die Großdeutschen.

Alle 21 Bezirksvorsteher rot!

Sozialdemokratischer Gewinn in Wien und Niederösterreich: je ein Mandat.

Deutschoesterreichische Tages-Zeitung

43. Jg., Nr. 115, 25.04.1932

Triumphaler Hitler-Sieg in Österreich und im Reiche!

15 Nationalsozialisten mit 201.455 Stimmen in den Wiener Gemeinderat, 116 in die Bezirksvertretungen gewählt!

Die Sozialdemokraten verloren gestern über 50.000 Stimmen in Oesterreich. – Die Christlichsozialen büßen über 50.000 Stimmen und 18 Landtagsmandate ein. – Die Großdeutschen völlig zerrieben und aus Landtagen, Gemeindestuben und Bezirksvertretungen verschwunden.–

Arbeiter-Zeitung

45. Jg., Nr. 115, 25.04.1932

Die rote Mehrheit stärker als je!

66 Sozialdemokraten, 19 Christlichsoziale, 15 Nazis

Ein Mandat in Wien, eines in Niederösterreich gewonnen!

Die Großdeutschen verschwunden – Die Kommunisten verhindern die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit

Die Verluste der Christlichsozialen bescherten diesen in der Presse ein deutliches Verliererimage, welches die politische Führungsrolle im Lande zur Disposition stellte, die „[...] 1932 in einem – in Relation zum Wahlergebnis (17,4%) unadäquat – hohen Ausmaß den Nationalsozialisten zugewiesen“ wird.¹⁵

¹⁵ Melischek/Seethaler: Presse 1. Republik.

Säuberung und Gleichschaltung

Nachdem im März 1933 der christlich-soziale Kanzler, Engelbert Dollfuß, das Parlament ausgeschaltet hatte¹⁶, formte er Österreich zu einer ständischen faschistischen Diktatur nach italienischem Vorbild um. Dollfuß hoffte mittels politischer und wirtschaftlicher Unterstützung aus Italien, Österreichs Unabhängigkeit von Nazi-Deutschland zu erhalten. Demokratische Bürgerrechte wie Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit wurden stark eingeschränkt, Zeitungen zensuriert. Das Hauptziel der ständestaatlichen Regierung war der Kampf gegen Marxismus und Sozialismus, was schließlich im Februar 1934 im Bürgerkrieg zwischen Regierung und Sozialdemokratie und Kommunisten mündete. In der Folge wurden von Dollfuß alle politischen Parteien verboten und alle konservativen Strömungen in der Einheitspartei Vaterländische Front vereinigt.

Die *Arbeiterzeitung*, das offizielle Organ der österreichischen Sozialdemokratie seit 1893, wurde verboten, ebenso die *Videaňské Dělňnické Listy*, das Organ der tschechischen Sozialdemokraten in Wien, die *Wiener Allgemeine Zeitung* und für kurze Zeit auch *Das Kleine Blatt*. Letzteres wurde jedoch aus Propagandagründen wegen seiner großen Popularität unter der Kontrolle der Regierung wieder aufgelegt.

Der Verwaltungsrat der *Vorwärts AG*, die die *Arbeiterzeitung*¹⁷ und andere sozialdemokratische Blätter druckte und verlegte, wurde von der Regierung ausgewechselt. Das offen pro-sozialistische eingestellte Verlagshaus *Wiener Allgemeine Zeitungs- und Verlags-AG* wurde aufgelöst.

In Folge des Putschversuches der Nationalsozialisten im Juli desselben Jahres wurde von Regierungsseite der gesamte Verwaltungsrat und die Direktion der *Wiener Neueste Nachrichten*

16 Vielfach bekannt unter dem etwas euphemistischen Terminus „Selbstausschaltung des Parlaments“.

17 Die *Arbeiterzeitung* wurde zwischen 25.02.1934 bis 15.03.1938 aus dem Exil als Wochenzeitung bzw. in vierzehntägigen Abständen weiter herausgegeben. Vgl. Gabriele Melischek, Josef Seethaler (Hrsg.): *Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation*. Bd. 3: 1918-1938.-Frankfurt u.a. 1992. 93.

Verlags-AG ausgewechselt, ein Unternehmen, das ein offenkundliches Naheverhältnis zu den Nationalsozialisten hatte.

Von den 25 Zeitungstiteln, die 1938¹⁸ in Wien veröffentlicht wurden, blieben ein Jahr später nur mehr 14 übrig. Neu dazu kam die Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters*. Um wenigstens bis zur Volksabstimmung über den „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland Normalität vorzutäuschen, erschien an der Oberfläche der österreichischen Tageszeitungen zunächst alles unverändert, wenngleich im Hintergrund die Redaktionsstuben schon von SS und SA gestürmt worden waren. Nur jene Zeitungen, die offen gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen hatten¹⁹, wurden aufgelöst.²⁰

Die Zeitungsbetriebe selbst wurden unter die Leitung so genannter kommissarischer Verwalter gestellt, wobei den rechtmäßigen Besitzern und verantwortlichen Verwaltungsräten alle ihrer Rechte und Befugnisse entzogen wurden. Innerhalb eines Jahres waren alle Zeitungsunternehmen²¹ unter nationalsozialistische Kontrolle gebracht worden, wobei jene, die unter staatlicher Kontrolle standen, die ersten waren, die von den Nationalsozialisten übernommen wurden.²²

Was in der Mitte des Jahrzehnts von dem einen Regime begonnen wurde, wurde am Ende desselben von einem anderen auf brutale Art und Weise zu Ende gebracht: die Gleichschaltung der Zeitungsproduktion.

18 Stichtag 1. Jänner 1938.

19 *Die Stunde, Der Wiener Tag* und *Der Morgen*.

20 Fritz Hausjell: Die gleichgeschaltete österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel (1938-1945).- In: Emerich Talos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945.- Wien 1988.

21 Mit der Ausnahme des kleinen Unternehmens *A. Kirsch (F. Hummel)*, das das *Neuigkeits-Welt-Blatt* herausgab.

22 Zu den Aktivitäten des nationalsozialistischen Verlags Franz Eher Nachfolger GmbH und anderen deutschen Zeitungsunternehmen in Österreich vgl. Thomas Tavernaro: Der Verlag Hitlers und der NSDAP: die Franz-Eher-Nachfolger-GmbH. – Wien : Ed. Praesens 2004.

Literatur

- Arntzen, Helmut: Karl Kraus und die Presse.- München: Fink 1975.
- Baumgartner-Themel, Ulrike: Presserechtliche Maßnahmen des Staates in der Ersten österreichischen Republik. Ein Beitrag zur Erforschung der Pressepolitik der österreichischen Regierung in den Jahren 1918-1933.- Phil. Diss. Wien 1987.
- Csoklich, Fritz: Presse und Rundfunk.- In: Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, hg. v. Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 2.- Graz, Wien, Köln: Styria 1983. 715-730.
- Fabris, Hans Heinz: Illegale Presse der Ersten Republik in Selbstzeugnissen und Dokumenten.- In: Medienjournal 8. H. 2, 1984. 25-29.
- Fischer, Heinz-Dietrich: Die Zeitung als Forschungsproblem.- In: ders. (Hg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts.- Pullach bei München 1972. (= Publizistik-historische Beiträge, Bd. 2) 11-24.
- Haas, Hannes und Fritz Hausjell: Das Exil österreichischer Journalisten durch Ständestaat und Drittes Reich. Anmerkungen zur Forschungssituation sowie eine Umfrage.- In: Medien und Zeit 3. H. 1, 1988. 21-24.
- Hausjell, Fritz (unter Mitarbeit von Josef Gebetsroither): Österreichische Journalisten und Publizisten im Exil (1933/34 bis 1945) : Eine Fallstudie.- In: Vertriebene Vernunft I: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930-1940. Hg. v. Friedrich Stadler. Wien, München: Jugend & Volk 1987. 304-324.
- Hausjell, Fritz: Die gleichgeschaltete österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel (1938-1945).- In: Emerich Talos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945.- Wien 1988.
- Hözl, Werner: Die Organisation der Wiener Presse (1917-1934): Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der österreichischen Journalisten.- Phil. Diss. Wien 1965.
- Hypress: Die österreichische Presse – Daten und Analysen. online: <http://www.oeaw.ac.at/cmc/hypress/>
- Jagschitz, Gerhard: Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945.- In: Heinz Pürer, Helmut W. Lang, Wolfgang Duchkowitsch (Hg.): Die österreichische Tagespresse. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Dokumentation von Vorträgen des Symposions „200 Jahre Tageszeitung in Österreich“. Wien 1983. (= Hefte des Kuratoriums für Journalistenausbildung, H. 5. Sonderheft) 42-82.
- Jochum, Manfred und Manfred Bobrowsky: Der Weg in den Untergang. Journalisten vermitteln den Anschluß.- Wien: Braumüller 1988.
- Kadmoska, Franz (Hg.): Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938.- Wien, München, Zürich: Europa-Verlag 1981.
- Lehnert, Detlev, Gabriele Melischek und Josef Seethaler. Dokumentationen der Berliner und Wiener Tageszeitungen zur Reichstagswahl

- 1930 und der Wiener Tageszeitungen zur Gemeinderats- und Landtagswahl 1932.- In: Detlef Lehnert: Die „Erfolgsspirale“ der Ungleichzeitigkeit: Bewertungsmuster der NSDAP-Wahlergebnisse in der Berliner und Wiener Tagespresse. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1999. 197-336.
- Lunzer, Marianne: Politische Parteien und Presse.- In: Heinz Pürer, Helmut W. Lang, Wolfgang Duchkowitz (Hg.): Die österreichische Tagespresse. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Dokumentation von Vorträgen des Symposions „200 Jahre Tageszeitung in Österreich“. Wien 1983. (= Hefte des Kuratoriums für Journalistenausbildung. H. 5. Sonderheft) 30-41.
- Matis, Herbert Matis, Gabriele Melischek und Josef Seethaler: Versäumte Konsolidierung: Medien und politische Parteien in der Ersten Republik.- In: Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat: Phänomene politischer Transformation. Festschrift für Wolfgang Mantl zum 65. Geburtstag, hg. von Hedwig Kopetz, Joseph Marko und Klaus Poier, Bd. 2. Wien, Köln, Graz: Böhlau 2004. 881-897.
- Melischek, Gabriele: Zur Entstehung der Massenblätter am Beispiel der Wiener Tagespresse 1895-1933. In: Zeitung, Zeitschrift, Intelligenzblatt und Kalender: Beiträge zur historischen Presseforschung, hg. von Astrid Blome. Bremen: edition lumière 2000. 211-222.
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler: Die Berliner und Wiener Tagespresse von der Jahrhundertwende bis 1933.- In: Die lange Geschichte der Kleinen Form: Beiträge zur Feuilletonforschung, hg. von Kai Kauffmann und Erhard Schütz. Berlin: Weidler 2000. 60-80.
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler: Medien und politisches System in der „österreichischen Revolution“ 1918/20.- In: Medien und Revolution, hg. von Kurt Imhof und Peter Schulz. Zürich: Seismo 1998. 109-129. (= Mediensymposium Luzern 3)
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler: Zwischen Gesinnung und Markterfolg: Zum politischen Spektrum der Wiener Tagespresse der Ersten Republik.- In: Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft, hg. von Kurt Imhof und Peter Schulz. Zürich: Seismo, 1996. (= Mediensymposium Luzern 2)
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler: Die Zeitung als Grundlage für Politische Kulturforschung.- In: Relation. Medien – Gesellschaft – Geschichte 1 (1994), No. 1: 87-102.
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler: Demokratie und Identität: Zehn Jahre Republik in der Wiener Presse 1928. Ein Arbeitsbuch.- Wien: WUV 1993 [vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst als Unterrichtsmittel für allgemein bildende höhere Schulen (6. – 8. Klasse) im Unterrichtsgegenstand Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung und Rechtskunde approbiert].

-
- Melischek, Gabriele und Josef Seethaler, Hg.: Die Wiener Tageszeitung: Eine Dokumentation. Bd. 3: 1918-1938.- Frankfurt am Main u.a.: Lang, 1992.
- Paupié, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959.- Wien: Braumüller 1960.
- Polanz, Ingeborg: Die Bedeutung der Boulevardzeitung als meinungsbildendes Instrument, nachgewiesen am „Telegraf“ (Nachtausgabe): Ein Beitrag zur Erforschung des österreichischen Pressewesens während der Jahre 1932-1938.- Phil. Diss. Wien 1966.
- Potyka, Alexander: Das Kleine Blatt. (1927-1934): Ideologie und Tagesgeschehen für den kleinen Mann.- Phil. Diss. Wien 1983.
- Potyka, Alexander: Das Kleine Blatt. Die Tageszeitung des Roten Wien.- Wien: Picus 1986.
- Raisp, Egon: Die Wiener Tagespresse 1848-1950. Versuch einer Typologie.- Phil. Diss. Wien 1952.
- Schmolke, Michael: Katholische Journalisten in Österreich 1933-1938.- In: Medien und Zeit 3. H. 4, 1988. 17-24.
- Skalnik, Kurt: Die österreichische Presse. Vorgestern – Gestern – Heute.- Wien: Bergland 1964. (= Österreich-Reihe Bd. 221)
- Tavernaro, Thomas: Der Verlag Hitlers und der NSDAP: die Franz-Eher-Nachfolger-GmbH. – Wien : Ed. Praesens 2004.
- Tragauer, Gerhard: Die Aufarbeitung der Februarereignisse 1934 in den führenden Wiener Tageszeitungen unter dem Gesichtspunkt des Schuldgefühls.- Phil. Diss. Wien 1986.
- Zoitl, Helge: Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur. Zur Berichterstattung in der Tagespresse.- Wien: Renner-Institut 1983.

Bild- und Tondokumente der Ersten Republik

Allgemeines zu Bild und Ton

Wir fotografieren bei Geburtstagen oder auf Reisen, wir hören Radio oder kaufen eine CD. Wir schauen fern, hören Stimmen, Geräusche und sehen Bilder. Wir sind von audiovisuellen Medien umgeben, die Textmedien wie Zeitungen und Bücher an Quantität immer weiter hinter sich lassen. Oft sind an Fotografien persönliche Stimmungen geknüpft, Fotoalben erzählen sentimentale Familiengeschichten und Erinnerungen werden durch Musik vergangener Jahrzehnte wieder wach. Fotografien und Tondokumente sind aber nicht nur von privater Bedeutung, sie dienen wie schriftliches Material – Zeitungen, Briefe oder Akten – als historische Quelle. Sie können zum Verständnis geschichtlicher Ereignisse beitragen oder ergänzend über das Hören und Sehen die vergangene Zeit näher bringen. Die Stimme eines Politikers und seine Sprache können nie so vermittelt werden wie durch ein Tondokument. Aussehen oder Gestik einer Person werden durch eine Fotografie erfahrbar.

Gerade im Schulunterricht stellen Bilder und Töne eine beliebte Ergänzung zum Geschichtsbuch dar, da trockene historische Zusammenhänge multimedial bildhafter und lebendiger vermittelt werden können.

Recherche von audiovisuellen Medien

In Österreich gibt es zwei große Institutionen, die audiovisuelle Medien sammeln und bereitstellen. Für den fotografischen Bereich ist dies das Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek¹ mit mehr als einer Million Fotos bzw. Negativen, für die Tonquellen die Österreichische Mediathek² mit über einer Mil-

1 www.bildarchiv.at (Zugang zum Recherchekatalog)

2 www.mediathek.ac.at (hier befindet sich auch der Recherchekatalog)

lion Einzelaufnahmen auf 360.000 Datenträgern. Beide Institutionen bieten umfassende Kataloge zur audiovisuellen Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert und stellen sukzessive ihren wissenschaftlich bearbeiteten Bestand digitalisiert ins Internet.³

Daneben sei noch auf andere – kommerzielle und nicht nur Österreich betreffendes Material enthaltende – einschlägige Archive hingewiesen. Die Austria Presse-Agentur (APA) betreibt unter www.picturedesk.com eine umfangreiche Seite, die Pressebildagentur Votava www.votava.at bietet Zeitgeschichte und Aktuelles sowie Sportbilder an. Von deutschen Websites, die auch Fotomaterial über Österreich in ihren Beständen haben, seien das Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz http://bpkgate.picturemax.com/webgate_cms und das Archiv für Kunst und Geschichte www.akg-images.de erwähnt. Als umfangreichste Datenbank zum Themenkomplex Drittes Reich und Holocaust gilt das United States Holocaust Memorial Museum unter www.ushmm.org/research/collections/photo/.

Reichhaltige Quellen für historisches Bildmaterial sind schließlich die Parteiarchive wie der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung mit dem Bildarchiv der Arbeiter-Zeitung für die Sozialdemokratie, das Vogelsang-Institut für die Geschichte der Christlichsozialen bzw. der ÖVP und die Alfred-Klahr-Gesellschaft für die Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.

Bei allen kommerziellen Bildarchiven ist die Veröffentlichung von Bildmaterial kostenpflichtig, gestaffelt nach Verwendungszweck und Auflagenhöhe. Dies sollte bei der Verwendung für schulische Zwecke nie außer Acht gelassen werden.

Tondokumente werden auch im Phonogrammarchiv der Akademie der Wissenschaften archiviert, der Fokus liegt hier aber eher im ethnographischen Bereich. Zeitzeugeninterviews sind manchmal in Archiven – als Ergebnis von Projekten – erhalten, werden jedoch meist nicht systematisch gesammelt.

3 Online-Bildkatalog unter www.bildarchivaustria.at, online-Katalog der Österreichische Mediathek unter www.mediathek.ac.at, die hier erwähnten Töne der Ersten Republik sind unter der Adresse www.akustische-chronik.at zugänglich.

Arten von AV-Medien

Es gibt mehrere Arten von Fotografien, die sich in Herkunft und Qualität deutlich voneinander unterscheiden. Atelierfotos, bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts meist auf Untersatzkarton, zeigen „Schönbilder“ des privaten oder beruflichen Lebens und vermitteln einen Eindruck von Repräsentation. Die Pressefotografie spiegelt das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Ereignissen wider, und die private Fotografie bietet einen Blick auf das „Leben“. Bei Tondokumenten unterscheidet man die Kategorien Unterhaltungsmusik, Stimmporträts und Rundfunkmitschnitte sowie Zeitzeugeninterviews.

Quellenlage, Überlieferungsgeschichte, Vermittlung, Aussagewert, Urheberrecht

Heute wissen wir, dass einem Foto nur eine scheinbare Objektivität innewohnt. Wenn Fotos die Wirklichkeit authentischer wiederzugeben scheinen als die in der Geschichtswissenschaft bevorzugten schriftlichen Quellen, so ist dieser Eindruck letztlich irreführend. Auch die Fotografie hat einen menschlichen Urheber, dessen Entscheidungen in das Bild einfließen.⁴

Fotos sind abhängig vom gewählten Standpunkt und vom Kontext, in dem das Bild steht. Der Ausschnitt lässt mitunter Dinge weg oder rückt Nebensächlichkeiten zentral ins Bild. Nachträgliches Beschneiden vorhandener Fotos kann den Inhalt verändern, in belegten Einzelfällen sogar ins Gegenteil verkehren. Unterschiedliche Begleittexte oder Fotoüberschriften beeinflussen die Rezeption des Bildes. Im digitalen Zeitalter ist Nachbearbeitung einfach, ihr Nachweis dagegen schwierig. Fotos entstehen – wie andere historische Quellen – als Produkt subjektiver Interpretation und sind auch vor bewusster Manipulation nicht gefeit. Selbst der jeweilige technische Entwicklungsstand fließt mit ein. So ist die Aufnahmesituation von Fotos im Lauf der Jahr-

4 Alma Melchers/ Sven Hagemeyer/ Maximilian Nielsen u.a., Zeigen Fotografien Geschichte?, in: Rundbrief Fotografie. Analoge und digitale Bildmedien in Archiven und Sammlungen 12 (2005/2), 42-44, hier 43.

zehnte bis heute durch die Möglichkeiten der Apparaturen beeinflusst. Lange Belichtungszeiten drängten die Leute einst an gut ausgeleuchtete Orte und in statische, unnatürliche Haltungen. Teure Fotoapparate machten den Besuch in einem Fotoatelier notwendig, bis günstiger Preis, einfache Handhabung und kürzere Belichtungsdauer private und „spontane“ Fotos zuließen. Schließlich wirkt der gesellschaftliche Kontext. Präsenze oder versteckte gesellschaftliche Normen beeinflussen die Art und Anzahl der Fotografien, weshalb selbst diesen scheinbaren Nebensächlichkeiten ein bestimmter Quellenwert innewohnt.

Tondokumente waren als historisches Material immer beliebt, wurden aber in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung nur zaghafte verwendet. Einerseits sind Tonaufzeichnungen im Vergleich zur Fotografie (ab 1839) das jüngere Medium (ca. seit 1877), andererseits war für ihre Herstellung ein ungleich größerer technischer Aufwand nötig, weshalb sie gerade aus der ersten Zeit nur vereinzelt vorhanden sind. Der Quellenwert von Tondokumenten geht über die inhaltlichen Informationen, die Musik und das gesprochene Wort hinaus, er beinhaltet auch ein atmosphärisches Element. Ein Zeitzeugeninterview wirkt anders in Form eines Transkripts als in der direkten akustischen Wahrnehmung der Person mit ihrer individuellen Sprachfärbung und authentischen Emotionalität. Über Begleitgeräusche wird Stimmung eingefangen. Man denke an belebte Plätze wie etwa den Wurstelprater, wo sich Musik, Wortfetzen und viele andere Geräusche zu etwas Einmaligem, Erinnerungswertem verbinden.

Historische Audioquellen sind rar. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden nur wenige Tondokumente aufgenommen. Selbst Staatsereignisse sind nur in geringem Ausmaß dokumentiert und die private Herstellung von Tonaufnahmen war praktisch unmöglich. Diese nahm erst durch die Tonbandmaschine ihren Anfang, die im Zweiten Weltkrieg ihren ersten Einsatz erfuhr. Auch für Tondokumente gilt die prinzipielle Möglichkeit der Manipulation durch beigefügte Kommentare, Ausschnitte oder später Eingefügte.

Bei beiden Medien spielt der Einsatz von „**Ikonen**“ eine Rolle: Bilder oder Töne mit hohem Wiedererkennungswert, die man

nicht zusätzlich noch erklären muss, Platzhalter für einen Zeitabschnitt oder für ein Thema. Der Appell Schuschniggs aus dem Jahr 1938, Österreichs Unabhängigkeit zu verteidigen „Bis in den Tod Rot-Weiss-Rot!“ ist eine solche Ikone im Bereich der Töne. Fotos, die zu Ikonen wurden, finden sich sehr häufig in Schulbüchern, man denke nur an das Bild des Buben, der das Wort „Jud“ an die Wand schreibt. Dieses Foto wird seit vielen Jahren beim Thema Anschluss und Judenverfolgung in Österreich verwendet.

Ein nicht zu vernachlässigender Punkt im Umgang mit audiovisuellen Quellen ist das Urheberrecht. Bei so genannten „Lichtbildern“ (vor allem Pressefotografie) endet die Schutzfrist 50 Jahre nach Aufnahme bzw. Veröffentlichung, bei „Lichtbildwerken“, also künstlerisch bedeutenden Fotografien, endet die Schutzfrist 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Bei Tondokumenten ist die Rechtslage komplexer, da z.B. bei Liedern nicht nur KomponistIn, sondern auch TexterIn bzw. InterpretIn zu berücksichtigen sind.

Töne der Ersten Republik

Gerade aus den frühesten Jahren der Ersten Republik sind keine Tondokumente vorhanden, daher werden oft Reden aus späterer Zeit herangezogen, in denen sich Politiker vergangener Leistungen und Situationen erinnern. Staatskanzler Karl Renner spricht vor der geplanten Bundespräsidentenwahl 1931 über die Frühzeit der Republik, über Wirtschaftsreformen, Sozialreformen und die Landwirtschaft. Erhalten sind auch Reden sozialdemokratischer Politiker zur Nationalratswahl 1930. Diese auf Schellacks aufgenommenen Reden von Julius Deutsch oder Otto Bauer wurden wahrscheinlich bei Wahlveranstaltungen eingesetzt und thematisieren die Wirtschaftskrise, die zunehmende Radikalisierung der Wehrverbände, Arbeitslosigkeit und Mieterschutz. Von den Christlichsozialen existieren einige Dokumente – so etwa von Leopold Kunschak – die anlässlich der Landtagswahlen in Wien 1932 aufgenommen wurden. Nennenswert aus dieser Zeit sind weiters Stimmporträts von Literaten wie Wildgans, Werfel oder dem Mediziner und Nobelpreisträger Wagner-Jauregg, sowie eine Radioreportage über ein Spiel des „Wunderteams“.

Von der Unterhaltungsmusik, die in vor allem im Kabarett Verwendung fand, kann auf damals politisch und sozial brennende Themen geschlossen werden. Hier sei stellvertretend Hermann Leopoldi genannt. Aber auch die Veränderungen von Hymnen oder die Verwendung von Kampfliedern stellen interessante Zeitdokumente dar. Die politische Entwicklung hin zum autoritären Ständestaat 1934 ist durch einige Reden bzw. Redeteile von Bundeskanzler Dollfuss und anderen Regierungsmitgliedern dokumentiert. Reden aus dem Niederösterreichischen Landtag anlässlich der Einführung der ständischen Verfassung am 1. Mai 1934 stellen das einzige Tondokument einer parlamentarischen Körperschaft der Ersten Republik dar. Daneben existieren kurze Ansprachen von Kardinal Innitzer, Radioaufrufe von Dollfuss im Februar 1934, Tondokumente einer nationalsozialistischen Kundgebung in Wien und eine Berichterstattung über das Juliabkommen 1936 mit dem Deutschen Reich. Eine Aufnahme des Dollfussliedes dokumentiert den Dollfuss-Kult ab 1934. Aus dem Jahr 1938 ist der Appell Schuschnigg, Österreichs Unabhängigkeit zu verteidigen, überliefert, der mit den berühmten Worten „Gott schütze Österreich“ endet. Die meisten Tondokumente der Ersten Republik wurden im Rahmen der Webausstellung „Akustische Chronik“ (www.akustische-chronik.at) digitalisiert und sind über das Internet zugänglich. Ergänzt durch Bilder und kurze Filme spannt sich ein breiter audiovisueller Bogen der Geschichte Österreichs seit 1900. Diese Website eignet sich daher sehr gut für schulische Zwecke.

Die spärlich vorhandenen Tondokumente aus der Ersten Republik werden durch den großen Quellenbestand der Zeitzeugeninterviews („Oral History“) ergänzt, die zu verschiedenen Themen und mit unterschiedlichsten Personengruppen durchgeführt wurden. Diese Interviews selbst sind historische Dokumente und öffnen Türen zu persönlichen Erinnerungen und Sichtweisen, die sich wenige Jahre später für immer schlossen.

Fotos in der Ersten Republik

Anders als bei Tondokumenten ist die Überlieferungsdichte bei den fotografischen Quellen sehr hoch. Es existieren sowohl of-

fizielle Fotos (Atelier- und Pressebilder) als auch private Fotos, deren Zahl im Lauf der Jahre stetig steigt.

Pressefotografen sind bei allen wichtigen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Ereignissen der Ersten Republik präsent. Bis in die späten 1920er Jahre wird noch mit schweren Plattenkameras fotografiert, danach beginnt der Siegeszug der Kleinbildkamera („Leica“). Diese Veränderung spiegelt sich in Qualität und Quantität der Fotografien wider. Waren zu Beginn der Ersten Republik noch eher statische Fotos (Gruppenbilder) die Regel, wird der Fotograf durch die Kleinbildkamera zunehmend mobiler. So existieren vom Februaraufstand und vom Juliputsch 1934 ungleich mehr Fotos als vom Justizpalastbrand 1927. Der Beruf des Pressefotografen als Chronist zeitgenössischer Ereignisse erfährt auch durch die zunehmende Verbreitung von illustrierten Zeitungen eine immer größere gesellschaftliche Bedeutung. Diese Illustrierten, für Österreich seien die „Wiener Bilder“ und das „Interessante Blatt“ genannt, bieten einen guten Fundus für die audiovisuelle Geschichte der Ersten Republik. Zahlreiche österreichische Zeitungen und Illustrierte bis zum Jahr 1937 wurden im Rahmen des ÖNB-Projekts „ANNO“ (AustriaN Newspapers Online) digitalisiert und kostenfrei ins Internet gestellt. Hier kann sowohl nach Zeitungstiteln als auch nach Datum recherchiert werden, und es ist möglich, die entsprechenden Zeitungssseiten als pdf-Datei zu kopieren oder auszudrucken. Dieses Service stellt auch für Schulen eine wertvolle Bereicherung dar, da auf schnellem Wege zeitgeschichtliche Quellen recherchiert und benützt werden können.

Ergänzt wird das Stimmungsbild der Ersten Republik durch seltene Fotoserien, wie Aufnahmen des Kinderelends nach dem Ersten Weltkrieg oder die drückende Arbeitslosigkeit zu Beginn der 30er Jahre durch die eindrucksvolle Reportage über das Arbeiterelend in Steyr, fotografiert von Lothar Rübelt für den „Kuckuck“. Daneben existiert Bildmaterial zur immer weiter fortschreitenden Motorisierung und zu zahlreichen Sportveranstaltungen, allen voran Bilder von Fußballspielen.

Privatfotografie ist in der Ersten Republik noch ein teures Hobby, das einer begüterten Schicht vorbehalten ist. Inhalt der Fotogra-

fien ist in der Regel das private Umfeld des Fotografen. Erst langsam wird auch für einen Teil der ärmeren Bevölkerung der Gang zum Fotografen ein wichtiges Instrument zur Konstruktion eines Familiengedächtnisses, das mit bedeutsamen Familienfesten wie Firmung oder Hochzeit eng verbunden bleibt. Private Aufnahmen öffentlicher Ereignisse sind Ausnahmen, doch bieten diese oft einen anderen Blickwinkel als die Bilder der Pressefotografen und sind daher von besonderem Erkenntnisinteresse.

Private Fotografie als sozialwissenschaftliche Quelle findet in den letzten Jahren immer mehr Beachtung. Daher beginnen große Bildarchive wie das Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek vermehrt, Fotos von so genannten „Knipsern“ zu sammeln.

Resümee

Durch das Internet ist der Zugang zu Bildern und Tönen wesentlich erleichtert, und deren Einbindung in den Schulunterricht stellt eine wertvolle Bereicherung dar.

Wichtig ist, nur vertrauenswürdige Quellen zu nutzen, da bei vielen Websites die Gefahr fehlerhafter Bildbeschreibungen gegeben ist bzw. in vielen Fällen Hinweise auf Rechteinhaber fehlen.

Gleichzeitig ist es wünschenswert, den Blick auf unsere Bilderwelt zu schärfen und ein Instrumentarium zum kritischen Umgang mit der Flut an audiovisuellem Material zu entwickeln.

„Die Sanierung der Hirne“¹

Volksbildung in Wien in der Ersten Republik

1. Ausgangslage – Vorläufereinrichtungen in der Monarchie²

Die historischen Wurzeln der Wiener Volksbildung reichen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück. Angefacht durch die politischen Ideen der Französischen Revolution, dem Gleichheitspostulat der Aufklärung, die ersten Anfänge der Industrialisierung und ihre Folgewirkungen sowie durch den Aufstieg der Naturwissenschaften wurden – neben den politischen Machtverhältnissen – traditionelle Bildungsbarrieren erstmals auf breiter Basis in Frage gestellt und es wurde auf Veränderungen gedrängt. Die bekannten Schlagwörter „Wissen ist Macht“ und „Bildung macht frei“ erinnern eindrücklich daran.

Aber trotz der nach der bürgerlichen Revolution 1848 entstandenen Lese-Casinos, den katholischen Gesellenvereinen oder konfessionellen Wohlfahrtsvereinen, deren Bildungsaktivitäten allerdings weiterhin auf soziale Herkunft beschränkt blieben, hatte die breite Masse keinen Zutritt zu höherer Bildung.

Daran änderte sich erst etwas mit der Liberalisierung der Vereinsgesetzgebung 1867. Mit den sich rasch ausbreitenden freisinnig-liberalen und sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereinen, deren Bildungsaktivitäten bis knapp zur Jahrhundertwende oftmals kooperativ und inhaltlich nicht klar geschieden verliefen, entstand ein weitläufiges Netz an lose institutionalisierten Bildungsaktivitäten,³ die zwei miteinander verknüpfte Ziele ver-

1 Otto Koenig. In: Arbeiter-Zeitung, 24. August 1929. [Zeitungsausschnittesammlung des Österreichischen Volkshochschularchivs, B-VHO, 1901-1938].

2 Der vorliegende Text basiert zu weiten Teilen auf den Grundlagenstudien des Autors, die 2006 in komprimierter Form publiziert wurden. Siehe dazu: Christian H. Stifter, Geistige Stadterweiterung. Eine kurze Geschichte der Wiener Volkshochschulen 1887 – 2005, Weitra 2006.

3 Vgl. dazu Gert Baron, Der Beginn. Die Anfänge der Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich, Linz 1971, 202.

folgten: Zum einen sollte Volks- beziehungsweise Arbeiterbildung zur friedvollen Lösung der sozialen Frage beitragen helfen, zum anderen waren sowohl sozialdemokratische Arbeiterbildner als auch liberale Bildungsreformer vor dem Hintergrund des Verbots politischer Agitation bemüht, Massenaufklärung als politisches Gestaltungselement einzusetzen.

Obwohl in Wien Ende der 1870er-Jahre bereits mannigfaltige Volksbildungsaktivitäten zu verzeichnen waren, stellt die Gründung der Zweigstelle „Wien Umgebung“ des Niederösterreichischen Volksbildungsvereins im Dezember 1887 den eigentlichen Beginn der institutionalisierten und wissenschaftsorientierten urbanen Volksbildung in Wien sowie in der gesamten cisleithanischen Reichshälfte dar.

Obwohl sich antisemitische, konservativ-katholische Blätter wie beispielsweise das von Karl von Vogelsang herausgegebene *Vaterland* sehr ins Zeug legten, um die frei zugänglichen Sonntagsvorträge als „Mache der Religionsfeinde, Freimaurer und Juden“⁴ zu verunglimpfen, überfüllten Bildungshungrige die Veranstaltungen des jungen Vereins. Der enorme Erfolg des Wiener Volksbildungsvereins (heute: Polycollege Stöbergasse) lag nicht zuletzt darin, dass für die unentgeltlichen Sonntagsvorträge zahlreiche Universitätslehrer gewonnen werden konnten und somit „ein erster Brückenschlag zwischen Volksbildung und Universität“⁵ zustande kam, der für viele Teilnehmende – neben dem Bildungsangebot als solchem – zudem den Reiz des Besonderen hatte. Entscheidend für den inhaltlich-organisatorischen Erfolg war das Engagement junger Universitätsdozenten wie beispielsweise Ludo Moritz Hartmann⁶ oder Emil Reich,⁷ die im

4 Eduard Leisching, *Erinnerungen*. In: Robert A. Kann/Peter Leisching (Hg.), *Ein Leben für Kunst und Volksbildung. Eduard Leisching 1858-1938. Erinnerungen* (= *Fontes rerum austriacarum. Scriptores*), Wien 1978, 65.

5 Hans Altenhuber, *Universitäre Volksbildung in Österreich 1895-1937* (= *Nexus. Zur Geschichte der EB*), Wien 1995, 21.

6 Zur Person Hartmanns siehe: Wilhelm Filla/Michaela Judy/Ursula Knittler-Lux (Hrsg.), *Aufklärer und Organisator. Der Wissenschaftler, Volksbildner und Politiker Ludo Moritz Hartmann*, Wien 1992, insbes. 67 ff.

7 Zur Person Emil Reichs siehe: Wilhelm Filla, *Herz und Hirn der*

Sinne einer systematischen Vertiefung die Einzelvorträge zu sechsmonatigen Vortragsserien mit Themenschwerpunkten zusammenfassten und dafür die Subventionierung seitens des Niederösterreichischen Landtags erreichten.

Den Höhepunkt der institutionellen Entwicklung in der Frühphase der wissenschaftszentrierten Volksbildung in Wien bildete zweifellos die Gründung der ersten „Volksuniversität“, des „Volksheims Ottakring“. Auf Initiative von Hörerinnen und Hörern der Wiener Volkstümlichen Universitätskurse⁸, die sich zwecks Vertiefung des Unterrichts eigene „Lese-, Bibliotheks- und Vortragsräume[n]“⁹ an einem gesonderten Veranstaltungsort wünschten, kam es 1901 zur Gründung der ersten „Volksuniversität“ nach dem Vorbild der Londoner „Peoples Palace“, der französischen „Universités populaires“ beziehungsweise der skandinavischen Volkshochschulen auf österreichischem Boden.

Ursprünglich sollte der neue Verein unter dem Namen „Volkshochschule Ottakring“ ins Kataster eingetragen werden, was von der Vereinsbehörde allerdings untersagt wurde – eine Hochschule für das Volk schien der k.k. Obrigkeit eine hochgradig verdächtige Angelegenheit zu sein. Die Befürworter dieser Einrichtung – darunter finden sich Namen wie Ernst Mach, Ludwig Boltzmann, Marie von Ebner-Eschenbach, Rosa Mayreder, Ferdinand von Saar, Emil Zuckerkandel, Karl Seitz oder Wilhelm Jerusalem und viele andere mehr – waren schließlich gezwungen, für

Volkshochschule. Vor 125 Jahren kam Emil Reich zur Welt. Wiener Philosoph, Soziologe, Volksbildner, Mäzen und deutschnationaler Sozialdemokrat. In: Wiener Zeitung, 3. November 1989, 3; weiters: Christian Stifter, Soziale Kunst und Wissenschaftliche Volksbildung Emil Reich 1864-1940. In: Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung, 3. Jg., 1992, H. 3, 16-19. Siehe weiters: www.adulteducation.at/de/historiografie/personen/98.

- 8 Vgl. dazu Christian Stifter, Making Popular Education known to the Public: Dissemination of Volkshochschulen in Austria 1870-1930. In: Stuart Marriot/Barry J. Hake (Hg.), Cultural and Intercultural Experiences in European Adult Education. Essays on Popular and Higher Education since 1890, Leeds 1994, 265 ff.
- 9 Aufruf zur Gründung eines Volksheims (Volkshochschule), 1901, 1. Österreichisches Volkshochschularchiv (ÖVA), B-Volkshaus Ottakring.

diesen neuen Typ einer Bildungseinrichtung den weniger anstößigen Namen „Volksheim“ zu verwenden.

Neben den beiden erwähnten Einrichtungen wurde 1897 noch die Wiener Urania ins Leben gerufen. Dieses Volksbildungshaus, das anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Franz Joseph vom „Reformclub“ des Niederösterreichischen Gewerbevereins gegründet wurde, verfolgte ebenso den Zweck der „Verbreitung naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse sowie die Verbreitung allgemeiner Bildung.“¹⁰ Orientiert am Vorbild der Berliner Urania trachtete dieses Volksbildungsinstitut, das in seinen Statuten ebenfalls „politische und nationale Zwecke und deren Erörterung“¹¹ strikt ausschloss, von Anfang an Wissenschaftspopularisierung durch den dramaturgisch gezielten Einsatz von Wort und Bild besonders „anschaulich“¹² zu gestalten. Dementsprechend bildeten die „Vorführung von Experimenten“, „wissenschaftliche und technische Exkursionen“¹³, Lichtbildvorträge und bereits knapp nach der Jahrhundertwende sogenannte „Kinematogramme“, also frühe Kinovorstellungen, einen wesentlichen Bestandteil des Veranstaltungsangebots.¹⁴

Mit dieser dritten, der sogenannten Wiener „Stammvolkshochschule“¹⁵ kam die Gründungsphase der großen neutralen Wiener Volksbildungseinrichtungen zu ihrem Abschluss.

10 Statuten der Wiener Urania, Wien 1909, § 1, 3.

11 Statuten der Wiener Urania, Wien 1909, § 2, 3.

12 Vgl. Christian H. Stifter, „Anschaulichkeit“ als Paradigma. Visuelle Erziehung in der frühen Volksbildung, 1900-1938. In: *Spurensuche*, 14. Jg., 2003, H. 1-4.

13 Statuten der Wiener Urania, a.a.O., § 3, 3.

14 Vgl. dazu Christian Stifter, Die Erziehung des Kinos und die „Mission des ‚Kulturfilms‘“. Zur sozialen Organisation des guten Geschmacks in der frühen Volksbildung und Kinoreform in Wien, 1898-1930. In: *Spurensuche*, 8. Jg., 1997, H. 3-4, 64 ff.

15 Obwohl sich der Begriff „Stammhäuser“ vereinzelt in den Quellen findet, handelt es sich hier vor allem um einen von Wilhelm Filla geprägten und in die Diskussion gebrachten Begriff, der sich mittlerweile als Terminus etabliert hat; vgl. Wilhelm Filla, Die Wiener Volksbildung von 1918-1934 – Modell oder Legende? In: ders. (Hg.), Universität, Schulreform und Volksbildung. 2. Hietzinger Symposium 23. – 24. März 1982, Wien 1982, 42 – 90.

2. Hochblüte – Erste Republik

Ihre Hochblüte erreichte die Volkshochschulbewegung in der Ersten Republik. Anders als in der Monarchie, wo Bürgermeister Karl Lueger den wissenschaftsorientierten Volksbildungsvereinen Wiens die ohnedies geringen Förderungen gestrichen hatte, erlebten die Volkshochschulen nun einen ungeheuren Aufschwung.

Die finanzielle Unterstützung des „Roten Wiens“ und der Erlass des Staatsamtes für Unterricht 1920, der die Heranziehung von Schullokalen in den Abendstunden verfügte, förderte erste Dezentralisierungsschritte der Wiener „Volkshochschulen“, die im Verlauf der zwanziger Jahre schließlich in der Gründung halbautonomer Filialen mündeten.

Mit der Schaffung eines eigenen Volksbildungsamtes im Unterrichtsministerium unter Leitung von Unterstaatssekretär Otto Glöckel wurde – neben der Schulreform – der Grundstein für eine staatliche Förderung und Organisation des Volksbildungswesens gelegt, indem nun Landesreferenten für Volksbildung geschaffen wurden, denen Bezirks- und Ortbildungsräte als beratende Körperschaften zu Seite standen.¹⁶

Auf der Ebene der Länder entwickelte sich jedoch ein deutliches Spannungsverhältnis zur wissenschaftsorientierten „Wiener Richtung“ der Volksbildung. Die Arbeit des neugeschaffenen Volksbildungsamtes gestaltete sich bald äußerst schwierig, da die Arbeit der bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten unter dem Verdacht einer zentralen Lenkung von Wien aus stand.

Kulturkampf oder: Volkbildung durch Volkbildung?

Anders als die moderne, wissenschaftszentrierte¹⁷ Bildungsarbeit der Wiener Volkshochschulen ging es im Bereich ländlich-bäuer-

16 Siehe Otto Glöckel, 12. November. Schulreform und Volksbildung in der Republik, Wien 1919, 13.

17 Vgl. Christian Stifter, Aspekte der Demokratiezentriertheit „moderner“ Erwachsenenbildung am Beispiel der Popularisierung von Wissenschaft. In: Gerhard Bisovsky/Christian Stifter (Hg.), „Wissen für Alle“. Beiträge zum Stellenwert von Bildung in der Demokratie, Wien 1996, 110 ff.

licher Volksbildung, die sich an den konservativen Wertmaßstäben von Kirche und traditionellem Familienverband orientierte, um die Abschottung gegen alles Urbane, um der drohenden Proletarisierung der bäuerlichen Bevölkerung – im Verein mit der Heimatschutzbewegung – entgegen zu wirken.

Quasi als Nachwirkung auf die Folgen des Ersten Weltkriegs, der auch den bisherigen Fortschrittsoptimismus etwas lähmte, machte sich verstärkt eine Orientierung an der deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft breit. Die Anlehnung an Entwicklungen im Deutschen Reich führte auch zur Rezeption der dort bestehenden, so genannten „Neuen Richtung“¹⁸ in der Volksbildung, die unter dem Motto „Volkbildung durch Volksbildung“ weg von urbaner Wissensvermittlung hin zur gefühlsbezogenen Gemeinschaftsbildung führen sollte. Das Ziel war neben der kognitiven Schulung die emotionale Förderung, bei der auch die manuellen Fertigkeiten nicht zu kurz kommen sollten. Zugleich sollte der Mensch zur „Gemeinschaft“ erzogen werden, um die ideologischen, weltanschaulichen und konfessionellen Spaltungen des Volkes in einer „geistigen Volksgemeinschaft“ zu überwinden.

Die politischen Gegensätze zwischen dem christlichsozialen und dem sozialdemokratischen Lager wurden ebenso im Schul-, wie auch im Volksbildungsbereich ausgetragen. Die ideologischen Spannungen zwischen „Konkordatsschule“ und „Arbeitschule“, zwischen „wissenschaftlicher Weltauffassung“ und analoger Volksbildung sowie „christlich-katholischer Gemütsschulung“ bildeten sich auch im geografisch-kulturellen Gegensatz zwischen dem „schwarz“ regierten Land und der sozialdemokratisch regierten Metropole ab.

Nach dem Ende der Großen Koalition und mit Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung entwickelte sich die ministerielle Abteilung immer stärker zu einem reaktionären Gegenpol gegen das im antisemitischen, konservativ-katholischen Boulevard als „Rote Pestbeule“ bezeichnete Wiener Volkshoch-

18 Jürgen Henningsen, Die Neue Richtung in der Weimarer Zeit. Dokumente und Texte (= Zur Geschichte der EB), Stuttgart 1960, 45 ff.; siehe weiters: Bettina Irina Reimers, Die neue Richtung der Erwachsenenbildung in Thüringen 1919-1933, Diss., Univ. Tübingen 2000, 80 ff.

schulwesen, wobei insbesondere „Volkstum“, „bäuerliche Bildung“ und „Heimatschutz“¹⁹ betont wurden.

In einem Bericht über das staatliche Volksbildungswesen hielt die *Arbeiter-Zeitung* 1930 lapidar fest, „daß sämtliche Schöpfungen der staatlichen Volksbildungsarbeit für das Proletariat wertlos, ja schädlich sind.“²⁰

Der „Kulturkampf“ der Ersten Republik machte sich auch im Bereich des Volksbildungswesens bemerkbar. Hauptangriffspunkte der konservativen Kritik an den Wiener Volkshochschulen bildeten, wie kaum anders zu erwarten, die beiden Prinzipien der „Neutralität“ und der „Wissenschaftlichkeit“. So wetterte der christlich-soziale Abgeordnete Anton Orel im Wiener Gemeinderat heftig gegen die soeben beschlossene Subventionierung des Volksbildungsvereins und des Volksheims, da hier „nur die Negation, das Destruktive, was Kultur, Religion und Sittlichkeit untergräbt,“ angeboten würden; zudem wäre „namentlich“ das Volksheim „doch ganz ausgesprochen sozialdemokratisch.“²¹

19 Einen ideologisch diametralen Gegensatz zu den Bemühungen im „Roten Wien“ bildeten die Bemühungen des Volksbildungsamtes u.a. im Land Vorarlberg. Vgl. dazu Christian H. Stifter, Die „Arbeitsgemeinschaft für Volksbildung am Bodensee“ (1924-1934) und ihre Vorläufer. In: Erhard Schlutz/Heinrich Schneider (Hg.), Die Internationalität der Volkshochschulen – vom grenzüberschreitenden Kulturaustausch zur interkulturellen Bildung. Referate der 21. Konferenz des Internationalen Arbeitskreises zur Aufarbeitung historischer Quellen der Erwachsenenbildung, Deutschland – Österreich – Schweiz (= Internationale Perspektiven der Erwachsenenbildung 39). Hrsg. v. Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbands e.V. (IIZ/DVV), Bonn 2003, 26-42.

20 *Arbeiter-Zeitung*, 13. April 1930.

21 Rückschrittlichkeit des Unglaubens. Rede Anton Orels im Wiener Gemeinderat am 30. Mai 1924. In: Der Volkssturm. Wochenzeitung des deutschen Christenvolkes für christlich-nationale Kultur, gegen Judentum, Materialismus, 5. Jg., Nr. 20, Wien 29. Juni 1924, 1 f. Interessant ist, dass die Volkshochschulen – die im übrigen, trotz so mancher politischer Eingemeindungsversuche und trotz zahlreicher sozialdemokratischer Funktionäre und Vortragender, keine Vorfelddorganisationen der Sozialdemokratie waren – just in der Zeit des „Roten Wiens“ ob ihrer „Pseudoneutralität“ von sozialdemokratischen Theoretikern (aber in der kommunistischen Roten Fahne) zum Teil heftig kritisiert wurden.

Über die gesamten Jahre der Ersten Republik blieben Bildungsfragen besonders heftig debattierte politische Streitpunkte zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.

Der prononcierten Ablehnung der wissenschaftsorientierten „neutralen“ Volksbildung durch den politischen Katholizismus und deutschnational-antisemitische Kreise korrespondierte die Wertschätzung der akademisch angelegten Wissensdiffusion wie der Kulturvermittlung ganz allgemein auf Seiten der Sozialdemokratie. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Dominanz reaktionär-katholischer Werte und der Ausnahmesituation des „Roten Wiens“, ließ sich der politische Kampf mit demokratischen Mitteln in einen Kampf um die kulturelle Hegemonie ummünzen. Die Demokratisierung des Zugangs zu (moderner) Wissenschaft und (säkularer) Bildung stellte aus sozialdemokratischer Perspektive eine durchaus sinnvolle Ergänzung der eigenen (kultur)politischen Intentionen dar, indem die massenhafte Verbreitung von Aufklärung und (natur)wissenschaftlichem Wissen eine solide Vorbedingung für den von Max Adler projektierten „Neuen Menschen“ schaffen sollte.

Der Begründer und Einiger der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler, der zudem ein maßgeblicher Unterstützer der frühen Volkshochschulen war, brachte die Bedeutung der demokratiepolitisch wirksamen Bildungsaktivitäten anlässlich einer Festrede zum 10jährigen Bestehen der Volkshochschule Volksheim Ottakring 1911 folgendermaßen zum Ausdruck:

„Wir haben hinter uns Dezennien fortwährender Hemmung und Behinderung der Bildung und des Wissens des Volkes und eine Geschichte der Bekämpfung der Arbeiterschaft, die Wissen will. Warum? Weil man weiß, daß sich aus dem Wissen auch ein Wille entringt [...].“

Was Ihnen das Vertrauen der organisierten Arbeiter gebracht hat, ist das, daß Sie unser Vertrauen erworben haben, Politik zu treiben, den Willen der Hörer zu beeinflussen. Daß Sie unser Vertrauen erworben haben, das unterscheidet Sie von anderen Bildungsbestrebungen, die Narkotisierungsmittel sein wollen.“²²

22 Rede Victor Adlers anlässlich des 10jährigen Bestandes des Volksheims am 26. Februar 1911. In: Arbeiter-Zeitung, 20. Februar 1926.

Politische Neutralität und wissenschaftliche Objektivität – zwei Hauptcharakteristika der Volkshochschularbeit

Maßgeblich geprägt von reformorientierten Universitätslehrern entwickelten sich die Volkshochschulen der Ersten Republik zu spezifischen Lernorten alternativer Wissen(-schaft)svermittlung. Wie kaum anderswo wurden hier Konzepte eines modernen, egalitären Lehr- und Lernbetriebs in die Praxis umgesetzt und neue pädagogische Methoden entwickelt und zuweilen sogar interessante wissenschaftliche Forschungsergebnisse publiziert. Darüber hinaus entwickelte sich die Volksuniversität „Volksheim“ mit ihren Hörsälen, Laboratorien und naturwissenschaftlichen Kabinetten bald zu einer regelrechten „Schattenuniversität“²³, deren Ausstattung diejenige vergleichbarer universitärer Institute bald überbot.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Proponenten jener Zeit wurde die frühen Volkshochschulen von Anbeginn als Institution mit spezifischer Schrittmacherfunktion auch für die akademisch-universitäre Lehre angesehen. Der Doyen der österreichischen Volkshochschulbewegung, Ludo Moritz Hartmann, sprach davon, dass als Volkshochschulvortragender „im allgemeinen nur der beste Forscher, der beste Lehrer und der beste Redner gerade gut genug für die ungeheuer schwierige Aufgabe“²⁴ wäre. Grundvoraussetzung dafür war nach Hartmanns Überzeugung nicht nur, dass der jeweilige Vortragende imstande sein sollte, möglichst ohne Fachausdrücke und Fremdwörter frei, anschaulich und klar vorzutragen, sondern dass er den jeweiligen Wissensstoff auch vollkommen durchdrungen haben musste – eine Herausforderung nicht nur für Universitätslehrer der damaligen Zeit.

Der eingeschlagene Weg der „Verwissenschaftlichung“ der Volksbildung trat in der Volkshochschule Ottakring am deut-

23 Christian Stifter, Popularisierung von Wissenschaft um die Jahrhundertwende. Eine Skizze. In: Wilhelm Filla et al. (Hg.), Jahrbuch Volkshochschule 1994: Wissenschaft und Erwachsenenbildung, Wien 1996, 50 ff.

24 Ludo Moritz Hartmann, Das Volkshochschulwesen. In: Hans Altenhuber u. Aladar Pfnieß, Bildung-Freiheit-Fortschritt, Wien 1965, 117.

lichsten zu Tage: Ein systematisch aufbauendes Kursprogramm, das sich von elementaren Fächern bis hin zu einzelwissenschaftlichen Seminaren erstreckte, eine große und gut bestückte Bibliothek samt attraktivem Lesesaal, wissenschaftliche Fachbibliotheken mit Handapparaten, im direkten Vergleich zur Universität hochmodern eingerichtete Labors und Hörsäle, und – sozusagen als Spitze des Leistungsangebotes – wissenschaftliche Fachseminare („Fachgruppen“) sorgten für einen bis dahin völlig unbekanntem Maßstab wissenschaftsorientierter Erwachsenenbildung im deutschen Sprachraum.

Der Kern von Hartmanns programmatischer Aussage, dass „der einzige Zweck der Volksbildungstätigkeit [...] das Denkenlernen“²⁵ sei, erklärt sich im Zusammenhang mit der von ihm als gesellschaftsverändernd angesehenen wissenschaftlichen Rationalität. „Wer richtig denkt“, so Hartmann, „wird das seinen Erfahrungen Gemäße wählen und wird nicht nur ein nützliches Mitglied des Staates und der Gesellschaft, sondern auch [...] der gegebene Hüter der Demokratie und der sichere Verächter der Demagogie sein.“²⁶

Das Instrument, das zu diesem richtigen Denken anleiten sollte, sahen Hartmann und seine Mitstreiter in der „Wissenschaft, die nicht von Dogmen ausgeht“.²⁷ Und hier waren es insbesondere die unbestechlich prüfenden Methoden der modernen Naturwissenschaften und ihre Erkenntnisse, die sozusagen als verobjektivierte „Werkzeuge“ angewandt, sowohl der Gesellschaft als auch den Individuen zum Wohl gereichen würden. Diesem Prinzip einer weltanschaulich-neutralen, rationalen Denkschulung, das alle Wissensgebiete beziehungsweise akademischen Disziplinen als „prinzipiell gleich wertvoll“ erachtete, lag jedoch kein naiver, szientifischer Begriff von Wissenschaft oder Wissenschaftlichkeit zugrunde, sondern vielmehr der angestrebte Idealtypus einer werturteilsfreien, akademischen Argumentation.

25 Ludo Moritz Hartmann. In: Der Morgen, 25. Dezember 1910.

26 Ludo Moritz Hartmann, Volksbildung und Demokratie. In: Hans Altenhuber u. Aladar Pfnieß, Bildung-Freiheit-Fortschritt, Wien 1965, 132 f.

27 Ebd.

Der Adressat der Bildungsarbeit – oder das Prinzip Demokratie – Wissen für alle

Der leitmotivische Grundsatz der Volkshochschularbeit bestand darin, „Wissen für alle“²⁸ anzubieten, wie ja auch bereits aus dem Kompositum „Volkshochschule“ deutlich wird. Aus sozialreformerischer Perspektive bedeutete dieses Egalitätsprinzip freilich vor allem Hilfestellung für die sozial deklassierten Schichten.

Auf Basis dieses von der Aufklärung inspirierten Gleichheitsbegriffs stellte sich die neutrale Volksbildung nicht nur auf die Seite einer demokratisch-republikanischen Ordnung, sondern schuf mit der Verknüpfung von Bildung, Wissenschaft und Volk in Form konkreter Bildungspraxis eine erste Schule der Demokratie, noch lange bevor die Demokratie als politische Realität existierte.

Auf die drei zentralen Grundprinzipien einer freien und demokratischen Volksbildungsarbeit, nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, ging Ludo Moritz Hartmann in seiner Schrift „Volksbildung und Demokratie“ näher ein. Neben dem offenen Zugang, dem gleichrangigen Austauschverhältnis zwischen Schülern und Lehrern sah Hartmann vor allem in der Befreiung von jeglicher geistigen Bevormundung eine wesentliche Voraussetzung und auch Garantie für demokratische Verhältnisse.¹⁵

Die egalitäre Zusammenarbeit von Experten und Laien – beide Gruppen verband ein gemeinsames Ziel –, die prinzipielle Gleichrangigkeit der Geschlechter, die gemeinsame sachliche Konzentration einer sozial überaus inhomogenen Hörschaft, das friedliche Nebeneinander unterschiedlicher Ethnien und Religionsgemeinschaften sowie eine nicht-hierarchisch strukturierte Lehr- und Lernsituation machten die Volkshochschulen der Monarchie zu Orten einer zumindest partiell realisierten gesellschaftlichen Utopie.

Das spezifische Milieu an den Volkshochschulen, das, abgesehen von den egalitären Verkehrsformen, insbesondere durch ei-

28 So auch der gleichnamige Titel des Zentralorgans der volkstümlichen Volkshochschulkurse in Österreich. Siehe dazu: Klaus Taschwer, *Das Wissen für Alle. Annäherungen an das populärwissenschaftliche Zeitschriftenwesen um 1900*. In: *Relation. Medien – Gesellschaft – Geschichte*, 4. Jg., 1997, H. 2.

nen ausgeprägten Fortschritts- und Bildungsenthusiasmus gekennzeichnet war, ermöglichte mitunter über lange Jahre dauernde Allianzen zwischen einander sozial diametral gegenüberliegenden gesellschaftlichen Personengruppen wie beispielsweise zwischen bürgerlichen Universitätsprofessoren und sozialdemokratisch organisierten Industriearbeitern.

Die demokratische Orientierung der Volkshochschulen kam auch in der Organisationsstruktur zum Ausdruck, indem satzungsgemäß so genannten „Hörervertrauensleuten“, also gewählten Vertretern aus dem Kreis der Teilnehmer, die Mitbestimmungsmöglichkeit im Vereinsvorstand eingeräumt wurde. Auf organisatorisch-administrativer Ebene war man bemüht, das demokratische Moment der Bildungsarbeit durch Dezentralisierung zu erreichen, was mit der Gründung von mehreren Filialen in den zwanziger Jahren, wenn auch nicht wie beabsichtigt flächendeckend, gelang.

Im egalitären Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern sollte der Lehrer weder seine „wissenschaftliche Überlegenheit“ überschätzen, noch vergessen, „daß ihm ein Gleichberechtigter gegenübertritt“.²⁹ Lernen sollten bei diesem Lernexperiment im Grunde alle daran beteiligten Parteien.

Das vorhandene statistische Material bestätigt diese Ziel zumindest grosso modo. Obwohl die Volkshochschulen aus bildungspolitisch nahe liegenden Gründen insbesondere die Arbeiterschaft als Zielgruppe anvisierten, blieben sie dennoch durchwegs eine Mittelschichteinrichtung. Dies, obwohl die Arbeiterrepräsentanz mit durchschnittlich zwischen 40 bis 45 Prozent überaus hoch war. Im Vergleich dazu hatte selbst die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Ende der Zwanzigerjahre unter ihren Mitgliedern kaum über 50 Prozent Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Anteil der Frauen unter den TeilnehmerInnen lag weit über 50 Prozent. Und auch wenn Frauen als Vortragende und als Funktionärinnen stark in der Minderheit waren, so waren sie andererseits, umgelegt auf ihre damalige gesellschaftliche Rolle, vergleichsweise stark präsent. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass führende Köpfe der österreichischen Frauenbewegung wie

29 Hartmann, Demokratie und Volkshochschule, a.a.O., 133.

Auguste Fickert, Marianne Hainisch und Rosa Mayreder in den Volkshochschulen aktiv waren.³⁰

Volksbildungsboom in Wien

Für viele junge KünstlerInnen, LiteratInnen und WissenschaftlerInnen boten die Volkshochschulen in der Zeit der Ersten Republik sowohl räumlich als auch hinsichtlich des Publikums ein spannendes öffentliches Forum mit einer intellektuell anregenden Atmosphäre. Aufgrund ihrer Durchlässigkeit für alle sozialen Gruppen, unabhängig von politischen oder konfessionellen Überzeugungen und unabhängig von Geschlecht, Ethnie oder Besitzstand, bildeten jene ersten „Volksuniversitäten“ exemplarische Lernorte ohne „soziale Scheidewände“³¹.

Eine breite Angebotspalette, die neben elementaren Bildungsangeboten über Kulturfilme, Kabarettabende, Theateraufführungen, musikalische Premieren, Kammerkonzerte, Autorenlesungen, Zeitungslektüre bis hin zu „Fachgruppen“ (wissenschaftlich ausgerichtete Experten-Laien-Arbeitsgruppen), Experimentierwerkstätten reichte und demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten bot, führte zu ungeahntem Zustrom der Wiener Bevölkerung und machte die Wiener Volkshochschulen jener Zeit zur führenden Weiterbildungseinrichtung des Landes, deren Vortragende sich wie das *Who is who* der damaligen schöpferisch-geistigen Elite liest.³²

Das „Rote Wien“, das als groß angelegtes sozial- und kulturpolitisches Projekt europaweite Vorbildwirkung erzielte, bot dem wissenschaftlich-edukativen Fortschrittsoptimismus durch zahlreiche Verbesserungen im Sozialen Wohnbau, im Schulwe-

30 Stifter, Geistige Stadterweiterung, a.a.O., 80.

31 Wilhelm Filla, Wissenschaft für alle – ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volkshochschulmodell, Innsbruck-Wien-München 2001.

32 Hier eine kleine Auswahl von den über 6000 KursleiterInnen und Vortragenden: Max Adler, Hermann Bahr, Stefan Zweig, Arthur Schnitzler, Carl Zuckmayer, Egon Friedell, Charlotte Bühler, Paul Lazarsfeld, Ernst Mach, Robert Musil, Otto Neurath, Felix Salten, Otto Wagner, Adolf Loos, Elise Richter, Friedrich Hayek, Eugen Böhm-Bawerk, Hans Kelsen, Rosalia Chladek, Alfred Adler und viele andere mehr.

sen, im Krankenhaus- und Fürsorgewesen et cetera nicht nur einen adäquaten politischen Rahmen, sondern, und vor allem, erstmalig eine Stabilisierung der materialen Ressourcen.

Dessen ungeachtet sorgte die Wirtschaftskrise samt steigenden Arbeitslosenzahlen, die allmähliche Eskalierung der politischen Konflikte sowie die schleichende Faschisierung beziehungsweise Militarisierung der Politik für ein frühes Ende jener Hochblüte der freien Volksbildung. Den anfänglich bloß rhetorischen Attacken gegen die wissenschaftliche Volksbildung folgten mit Beginn des Austrofaschismus realpolitische Umstrukturierungsmaßnahmen, die zur Zeit der NS-Herrschaft schließlich in der totalen Gleichschaltung auf rassenpolitischer Grundlage ihr Ende herbeiführten.

Das vorläufige Ende: Austrofaschismus, Nationalsozialismus

Nach dem blutigen Ende der Februartage und dem anschließenden Verbot der Sozialdemokratie bemühte sich die austrofaschistische Diktatur unter Dollfuß um den politischen Aufbau eines nach vormodernen, völkisch-antidemokratischen Prinzipien organisierten „Ständestaates“. Alle Arbeiterbüchereien und Arbeiterbildungsvereine wurden aufgelöst, die Gewerkschaft gleichgeschaltet und in Form von Personalsäuberungen alle deklariert antiautoritären Kräfte entlassen, womit das Ende demokratischer Zustände besiegelt war.

Ähnlich wie im Schulbereich, wo es unmittelbar nach dem 12. Februar 1934 zu dramatischen personellen Änderungen und Umbesetzungen kam,³³ wurde auch unverzüglich damit begonnen, die Volkshochschulen in regimekonforme Einrichtungen umzuwandeln. Als neu bestellter Volksbildungsreferent für Wien wurde der frühere ehemalige bundesstaatliche Volksbildungsreferent

33 So wurden unter Richard Schmitz, dem für Wien zuständigen Bundeskommissär, Stadtschulrat Otto Glöckel und der größte Teil seiner Mitarbeiter verhaftet und zudem von insgesamt 500 Schulleitern 102 aufgrund sozialdemokratischer Gesinnung des Dienstes enthoben. Vgl. Herbert Dachs, „Austrofaschismus“ und Schule – ein Instrumentalisierungsversuch. In: Emmerich Talos u. Wolfgang Neugebauer, Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien 1984, 184.

für Niederösterreich, Karl Lugmayer, mit der Neuorganisation des gesamten Volksbildungswesens, inklusive der Volks- und Arbeiterbüchereien, aus denen „jene Bücher, die für die Seele des Volkes Gift bedeuten und die Vaterlandsliebe nicht berücksichtigen“³⁴ ausgeschieden wurden, beauftragt. Nach der „Säuberung“ des Volks- und Arbeiterbüchereiwesens war die Vereinheitlichung des Wiener Volkshochschulwesens im „Dienste der neuen Aufgaben“ geplant.

Nachdem bereits zahlreiche Volkshochschulfunktionäre, Dozenten und zum Teil wahrscheinlich auch HörerInnen emigrierten beziehungsweise emigrieren mussten, bedeutete schließlich die Neuregelung des Volksbildungswesens 1936 analog zum Juli-Abkommen zwischen Schuschnigg und Hitler auch das absehbare Ende des Handlungsspielraums für getarnte Aktivitäten innerhalb der Volkshochschulen, wie er zuvor noch in Ansätzen existiert hatte.³⁵ Die nationalsozialistische Unterwanderung hatte anders als die „mehr oder minder sozialistisch und kommunistisch getönten oppositionellen Handlungen“³⁶ nachhaltige Wirkung, wie sich auch anhand der Kursleiterlisten ablesen lässt. So bekannte sich im Volksheim noch vor dem „Anschluss“ über ein Drittel aller Kursleiter zum Nationalsozialismus oder gab an, mit diesem zu sympathisieren.³⁷

Nach der gründlichen Vorarbeit des austrofaschistischen Regimes wurde dem einstmals neutralen Wiener Volkshochschulwesen mit Einmarsch der Hitler-Truppen im März 1938 sowohl personell als auch organisatorisch ein vernichtendes Ende gesetzt. Alle bisherigen Kultur- und Bildungseinrichtungen wurden aufgelöst und der kommissarischen Leitung des nun eingesetzten Gauvolksbildungswartes Dr. Friedrich Plutzar, der seit Ende der 1920er-Jahre als Sekretär im Wiener Volksbildungsverein arbeitete und illegaler Nazi war, unterstellt. Alle Agenden der Volksbil-

34 *Neue Freie Presse*, 11. März 1934.

35 Vgl. Wilhelm Filla, *Die österreichischen Volkshochschulen in der Zeit des Austrofaschismus 1934-1938*. In: *Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung*, 5. Jg., 1994, H. 1-2, 23.

36 Ebd.

37 ÖVA, B-Ottakring, Kursleiterlisten 1934 ff.

dung wurden auf Anordnung der NSDAP-Gauleitung dem „Reichsamt Deutsches Volksbildungswerk“ innerhalb der „NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF) eingegliedert, das künftig den „Arbeitsplan der Volksbildungsstätten Wiens“ vorlegte. Unmittelbar nach der Verhaftungs- und Arisierungswelle, der unter anderem Karl Lugmayer und Viktor Matejka zum Opfer fielen, wurden die Inhalte der Volksbildung neu definiert. Die Zielaufgaben der insgesamt wenig erfolgreichen NS-Volksbildung in der ‚Ostmark‘ – die Leute konnten hier immerhin mit ‚den Füßen abstimmen‘ – bestanden neben der allgemeinen „Stabilisierung der NS-Herrschaft“ vor allem in der „Säuberung und Durchdringung der ‚Ostmark‘ durch den Geist des Nationalsozialismus“.³⁸ Ab 1941 wurde die Volksbildung dezidiert zum reinen Propagandainstrument umfunktioniert und dann „ab 1944 im Rahmen der politischen Erziehung im Sinne der Durchhalteparole ausgerichtet.“³⁹

Viele der VolkshochschulfunktionärInnen, DozentInnen und HörerInnen mussten in die Emigration fliehen oder kamen in den NS-Konzentrations- oder Vernichtungslagern ums Leben. Die „Vertreibung der Vernunft“ hatte für die Volkshochschulen außerordentlich schwerwiegende Folgen – die bis heute spürbar sind –, da die zur Flucht gezwungenen oder ermordeten (jüdischen) Intellektuellen, Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller oder Musiker durch ihre volksbildnerische Mitarbeit entscheidend zum Flair und zur spezifischen Qualität der damaligen Volksbildungshäuser beigetragen hatten. Die Vertreibung der künstlerischen, literarischen und wissenschaftlichen Intelligenz des Landes bedeutete eine folgenschwere und nachhaltige Niederlage für jenes andere, demokratische Österreich, an das anzuknüpfen im Sinne einer inhaltlich-gelebten Demokratie beständige Aufgabe und Herausforderung für die Gegenwart und Zukunft bleibt.

38 Zit. nach: Walter Göhring, *Volksbildung im Faschismus. Die Wiener Volksbildung in Ständestaat und unter nationalsozialistischer Herrschaft: 1934-1945*. In: Ursula Knittler-Lux (Hg.), *Bildung bewegt. 100 Jahre Wiener Volksbildung. Festschrift zur Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses vom 4. bis 25. Oktober 1987*, Wien 1987, 55.

39 Ebd., 57.

Die Sonderschulen in der Ersten Republik mit besonderer Berücksichtigung des „Hilfsschulwesens“ in Wien

Historisch war die Bandbreite der gesellschaftlichen Reaktionen auf Behinderung, Beeinträchtigung oder Schädigung oftmals von der Art und dem Kulturkreis abhängig und reichte von einer – seltenen – Sonderstellung („blinde Seher“) oder Integration über eine Ablehnung/Aussonderung bis hin zur Verfolgung/Tötung. Die Errichtung der unterschiedlichen Einrichtungen für Behinderte, psychisch Kranke und Beeinträchtigte erfolgte in Europa nicht nur aus christlich-karitativen oder humanitären Gründen; Separierungs- und Verwahrungsgedanken spielten häufig eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden im deutschsprachigen Raum erste Sonderschulklassen, hauptsächlich als Entlastungsfunktion für die „Normalschule“ und als Sammelbecken für diejenigen gedacht, denen ein gewisses Maß an Bildungsfähigkeit (und in weiterer Folge an Erwerbsfähigkeit) zugesprochen wurde. Bereits 1869 empfahl das österreichische Reichsvolksschulgesetz (§ 59/Absatz 2) Schulen für „nicht-vollsinnige“ Kinder einzurichten. Ab 1872 existierten entsprechende Klassen in Wien, St. Pölten und Wiener Neustadt. Die erste „Hilfsschule“ gab es 1885 in Wien – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Üblicherweise wurden großzügig Schulbesuchsbefreiungen für behinderte Kinder – die oftmals in den zahlreichen Anstalten lebten – erteilt oder das intellektuell behinderte Kind saß die gesamte Pflichtschulzeit in der ersten Klasse einer Volksschule ab.

Die Jahre 1918 – 1933

1920 – in diesem Jahr erschien auch die berühmte Veröffentlichung von Karl Binding und Alfred Hoche („Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“) – erfolgte die Neuordnung des Sonderschulwesens in Wien durch einen Beschluss des Ge-

meinderates. Somit existierten Sparten für „*Blinde, Taubstumme, Schwachsinnige (Hilfsschulen für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder) und sonstige nicht-vollsinnige Kinder*“¹ mit einem selbständigen Lehrkörper (spezielle Lehramtsprüfungen und einer Ausbildung am Pädagogischen Institut) und einem eigenen „Oberleiter“.

In Wien sollten diverse richtungsweisende Investitionen und Einrichtungen der sozialen Wohlfahrt, der Fürsorge sowie eine flächendeckende medizinische Versorgung, Mütterberatungsstellen, Wäschepakete, diverse Unterstützungen, leistbare Gemeindewohnungen u.s.w. bewirken, tunlichst viele gesunde Kinder hervorzubringen und einen „kranken“ Nachwuchs weitgehend zu verhindern (positive Eugenik).

Beeinträchtigte Kinder sollten durch die Institution Sonderschule vor allem „arbeitsfähig“ und „brauchbar“ werden, um dem Staat möglichst nicht oder nur wenig zur Last zu fallen. Daher wurde später immer wieder der hohe Anteil der Erwerbsfähigkeit von AbsolventInnen betont. Allerdings spielten auch reformpädagogische Ideen und humanitäre Aspekte eine bedeutende Rolle.

Otto Glöckel verteidigte mehrmals den Bestand und den geplanten weiteren Ausbau der „Hilfsschule“:

„...Wie lange ist es her, daß man aus falsch verstandenem Mitleid oder aus Grausamkeit diese armen Wesen einfach ihrem Schicksal überließ, das heißt sie hilflos der Gnade, vielfach auch dem Spott der Menschen, jedenfalls dem Zufall preisgab. Diese Kinder wurden entweder vom Unterricht befreit, wodurch sich ihr geistiges und sittliches Niveau immer mehr dem Tiere näherte ... oder solche Kinder wurden in die Schule geschickt, dann wurden sie zu ‚ewigen‘ Repetenten...“²

Kritik an den angeblich hohen Kosten dieser Schulen entgegnete er mit den immer wieder verwendeten Argumenten:

„...Fünfundsiebzig Prozent der Hilfsschüler werden erwerbs- und gesellschaftsfähig, das ist ein Erfolg, der uns mit Stolz erfüllt, den sorgenbeschwerten Eltern solch unglücklicher Wesen heißersehnte Hoffnung bietet...“³

-
1. Leiter, J.: Die Wiener Hilfsschule 1920 – 1970. Wien 1975, S. 47
 2. Glöckel, O.: zit. in: Eos 1925, S. 93f.
 3. Ebenda

Die Aufnahme in eine „Hilfsschule“ setzte den erfolglosen Besuch einer ersten oder einer zweiten Volksschulklasse voraus, mit seltenen Ausnahmen bei Kindern, deren schwere intellektuellen Defizite bereits während der Schuleinschreibung auffielen. Anschließend erfolgte eine längere Phase der Beobachtung, eine Testung und eine Vorstellung beim Sonderschularzt. Nur etwa die Hälfte aller an die „Hilfsschule“ überwiesenen Kinder wurde auch aufgenommen. Bei einer Befürwortung waren die Eltern verpflichtet, ihr Kind diesem Schultyp zuzuführen, außer die finanzielle Lage ließ Alternativen (Hausunterricht oder Aufnahme in eine der zahlreichen Privatinstitute) zu. Der Unterricht sollte nach den Kriterien Lebensnähe, Bodenständigkeit und Anschaulichkeit, vor allem Lebenspraxis, relevante Kulturtechniken und Gemeinschaftsgeist vermitteln. Dabei kamen neue Unterrichtsformen (u.a. Gruppenarbeiten, Lehrausgänge) und Medien (Filme, Dias) zum Einsatz. Es gab bestimmte Minimalanforderungen in den Hauptgegenständen, die durchschnittliche KlassenschülerInnenzahl von 12 bis 15 Kindern (in Normalschulen bis zu 70!) sollte eine Individualisierung des Unterrichtes ermöglichen. Die meisten „Hilfsschulen“ wurden anfangs sechstufig geführt, später existierten auch Schulen mit einer 7. und einer 8. Stufe. Das Aufsteigen in die Oberstufe (ab der 5. Schulstufe) konnte nur erfolgen, wenn bestimmte Leistungen in Deutsch und Mathematik erbracht werden konnten. Der Berufsvorbereitung dienten – wenn vorhanden – einjährige Kurse, die zu einer Anlehre befähigen sollten. Damit die AbsolventInnen keine Stigmatisierung beim Vorstellen an ihrer zukünftigen Berufsstätte erfahren mussten, trugen die Abschlusszeugnisse (ab der 6. Schulstufe) neutrale Stempel und entsprachen somit Volksschulzeugnissen.

1925 gab es an 24 Orten in Österreich 36 Hilfsschuleinrichtungen mit 197 Klassen, an denen etwa 2800 Kinder unterrichtet wurden. Führend dabei waren Wien mit 111 Klassen und die Steiermark mit 42 Klassen (Niederösterreich, Kärnten und Tirol jeweils eine, Vorarlberg und Burgenland keine).

Die Sondereinrichtungen für normalbegabte sinnes- und körperbehinderte Kinder orientierten sich am Lehrplan der Normalschulen. Nur in Wien existierten eigene Schulen für sehschwache

und schwerhörige Kinder, während sie in den Bundesländern in den Blinden- und Gehörlosenanstalten untergebracht waren, die meist als Internat geführt wurden. Die jüdische Gemeinde verfügte über ein eigenes Blindeninstitut (gegr. 1870, XIX. Wiener Gemeindebezirk, Hohe Warte). In der Bundeshauptstadt gab es noch eigene Sonderklassen für sprachgestörte Kinder; in einigen Schulen bestanden so genannte ambulante Sprachheilkurse. Da die Erfolge der Wiener Sprachheilschule hervorragend waren und auch beachtliche Heilungserfolge belegt werden konnten, diente sie vielfach als Aushängeschild für das Wiener Spezialschulwesen.

Anstalten für schwererziehbare und „verwahrloste“ Kinder und Jugendliche befanden sich in allen Bundesländern (mit Ausnahme des Burgenlandes). Häufig wurden sie privat oder konfessionell geführt.

Falls intellektuell schwer- oder mehrfachbehinderte SchülerInnen nicht in Anstalten lebten (und dort meist nur selten und/oder sporadisch Unterricht erhielten), konnten sie eine der an „Hilfsschulen“ angegliederten Vorschulklassen ein Jahr bis drei Jahre besuchen, falls eine solche eingerichtet war. Anschließend erfolgte der Eintritt in die erste Klasse, wobei oft jede Stufe zweimal wiederholt wurde. Allerdings grenzten sich immer mehr SonderschullehrerInnen und auch namhafte HeilpädagogInnen von schwer intellektuell und mehrfach behinderten Kindern ab. Dieses Klientel lehnte der „Altmeister“ der österreichischen Heilpädagogik Theodor Heller ab, denn „in schweren Fällen von Idiotie ist jede pädagogische Wirksamkeit vergeblich“⁴. Es entstand eine eigene „Behindertenhierarchie“, in der neben den schwer intellektuell und mehrfach behinderten Menschen, auch Epileptiker (für den zweiten „Altmeister“ Erwin Lazar würden sich „psychopatische Epileptiker“⁵ für jede Auflehnung gegen die bestehende Ordnung begeistern) und „Hirnluetiker“ (für Th. Heller völlig „unbrauchbare“ Menschen⁶) am untersten Ende

4. Heller, Th.: Grundriß der Heilpädagogik. Leipzig 19253, S. 479

5. Lazar, E.: Probleme der forensischen Jugendpsychiatrie. Wien 1927, S. 36

6. Heller, Th.: Fürsorgeerziehung und Heilpädagogik in Deutschland und Österreich. Dresden 1931, S. 5

der Rangleiter standen. Durch eine Erschwerung des Besuches einer „Hilfsschule“ für diese Kinder konnte die oftmals in der Gesellschaft kursierende Kritik an „unproduktiven Kräften“ widerlegt werden, indem wiederholt positive Kosten-Nutzen-Analysen an die Öffentlichkeit gelangten.

Ein Querschnitt durch das österreichische Periodikum „Eos“, dem wichtigsten Organ der Heil- und SonderschulpädagogInnen, zeigt den hohen Stellenwert der Arbeitserziehung im Sinne von einer Hinführung zur wirtschaftlichen Brauchbarkeit. Diese stand in enger Beziehung zur sozialen Brauchbarkeit. Behinderte und Beeinträchtigte galten vor allem dann als große Belastung und als „asozial“, wenn sie sich nicht bestimmten (oft willkürlich aufgestellten) Normen und Regeln unterwarfen. Entsprachen sie den Erwartungen der Gesellschaft (durch Anpassung oder Überanpassung) und galten sie als produktiv, wurde ihnen – auch durch die Sonder- und Heilpädagogik – ein (bescheidener) Platz im „Volkskörper“ zugestanden.

Für den „Oberleiter“ Karl Gnam wäre bei HilfsschülerInnen eine „primitive soziale Brauchbarkeit“⁷ gegeben, dadurch würden Bettelerei, Prostitution und Verbrechen verhindert.

„Freilich kann man nicht aus jedem Pferd ein Rennpferd machen, aber immerhin doch einen Gaul, der nützliche Ackerarbeit zu leisten und sich seinen Hafer zu verdienen vermag“⁸

Häufig wurden in dramatischen Szenarien fürchterliche Folgen möglicher Einsparungen in der Sonderschul- oder Heilpädagogik geschildert:

„Eine Armee von Verbrechern, von Asozialen und Antisozialen, von gewohnheitsmäßigen Nichtstuern, Bettlern, Vagabunden bedroht das öffentliche Leben ... und das wirtschaftliche Gedeihen der Staatsbürger. Diese Armee ergänzt sich fortgesetzt aus Elementen, die nicht willens oder unvermögend sind, den Kampf ums Dasein aufzunehmen“⁹

Die Kosten-Nutzen-Diskussion hatte nach der Weltwirtschaftskrise 1929 einen noch bedeutenderen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion. Zusätzliche Argumente verwiesen auf

7. Gnam, K.: Zweck und Organisation der Hilfsschule. Eos 1929, S. 5ff.

8. Gnam, K.: Stand des Hilfsschulwesens in Österreich. Eos 1930, S. 160

9. Heller, Th.: Grundriß..., S. 1

die Bedürfnislosigkeit ehemaliger „HilfsschülerInnen“, die kaum kostspielige – subventionierte – Einrichtungen des Staates (Theater, Bibliotheken, Opern) in Anspruch nehmen und häufig „einfache, eintönige, schmutzige und ekelerregende Arbeiten“ zufriedenstellend ausführen würden¹⁰.

Ungefähr ab 1930 gab es innerhalb der Sonder- und Heilpädagogik teilweise unterschiedliche Auffassungen zur angeblichen Dominanz der Erbmasse und zu eugenischen Maßnahmen, wie Sterilisierung, Eheverbote u.s.w. Insgesamt zeigt sich in den facheinschlägigen Zeitschriften (wie Eos) und richtungsweisenden pädagogischen Veröffentlichungen in Österreich eine doch recht kritische Distanz zur These der Unbeeinflussbarkeit vererbter Anlagen, die jedes erzieherische Tun und sämtliche pädagogischen Maßnahmen überflüssig machen würde.

Als 1933 bereits erste Stimmen von einer „leidfreien“ Gesellschaft träumten und eine „Erlösung“ der behinderten und beeinträchtigten Menschen von ihren angeblichen Qualen forderten, formierte sich Widerstand unter den österreichischen HilfsschullehrerInnen (auch wenn sich der Oberleiter Karl Gnam eine „bedingte“ Sterilisierung vorstellen konnte¹¹) und HeilpädagogInnen:

„In letzter Zeit sind wieder stärker Schlagworte im Umlaufe, die in falscher Anwendung des Wortes Eugenik versuchen, die heilpädagogische Bildungsarbeit der Hilfsschule zu diskreditieren und die Ausgaben für sie als verschwenderisch hinzustellen. ... Sie [die Lehrerschaft, A.d.V.] wird aber aus ihrem Berufsethos heraus immer dafür ihre Stimme erheben, daß den nun einmal lebenden bildungsfähigen geistesschwachen Kindern ihr Recht auf Bildung werde [?] und daß sie dadurch bewahrt bleiben vor einem kulturlosen Dasein, vor dem Bettel und dem Verbrechen. Sie bekennt sich nach wie vor zu dem Leitsatz: Für Arbeit und Menschlichkeit, auch dem Schwachen sein Lebensrecht!“¹²

Trotz heutiger Kritik zu einzelnen Aspekten, Ideologien und Ansichten innerhalb des Sonderschulwesens und der Heilpädagogik 1918 – 1934 in Österreich kann allgemein von einem ge-

10. Ortner, R.: Der Hilfsschüler und der öffentliche Haushalt. Eos 1932, S. 75

11. Gnam, K.: Stand..., S. 162

12. In: Eos 1933, S. 112

waltigen Fortschritt im Bemühen um das Schwächere gesprochen werden, vor allem deshalb, da zunehmend soziale Faktoren (Armut, Hunger, Wohnungsnot, verwehrtter Zugang zur Bildung...) als Mitursache Berücksichtigung fanden. In der Monarchie brachten Vertreter des Adels, des hohen Militärs und des Großbürgertums Behinderung, Krankheit und Beeinträchtigung gerne mit den verachteten „Unterschichten“ und Randgruppen in Beziehung. So entspräche das „blutarme, rhachitische, skrophulöse und tuberkulöse“ intellektuell „nicht-vollwerte“ Kind dem proletarischen Milieu¹³ (1907, S. 61), die verwahrloste Jugend würde sich „aus den Kindern eines arbeitsscheuen moralisch defekten, alkoholisierten, im Promiskuität lebenden Lumpenproletariats“ rekrutieren¹⁴.

Die Jahre 1934 – 1938

Nach dem Februar 1934 kam es zur Entlassung oder zur Rückstufung von über 100 sozialdemokratischen Schulleitern und Schulinspektoren. Auch der „Oberleiter“ Karl Gnam wurde durch Emil Etzersdorfer ersetzt. Personalabbau, Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahl und die Ausrichtung der Lehrziele auf die Ideologie des Ständestaates sollte eine „vaterländische“ Erziehung garantieren. Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg kritisierte wiederholt die sozialistische Auffassung von einer Förderung aller, es drohe ein „Bildungsproletariat“ auf Kosten Begabter. Mit Einsparungen kämpfte auch das Sonderschul- bzw. „Hilfsschulwesen“. 1934 kam es z. B. in der Steiermark zum Abbau von 20 Klassen, der v.a. „schwachsinnige und verwahrloste Kinder“ betraf. Die SchülerInnenzahl pro Klasse stieg von durchschnittlich 14 (1920) auf 18 (1937).

-
13. Komitee des 1. österreichischen Kinderschutzkongresses in Wien (Hrsg): Die Ursachen, Erscheinungsformen und die Ausbreitung der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Bd.1. Wien 1907, S. 61
 14. von Potpeschnigg, K.: Über Ursachen und Wesen kindlicher Minderwertigkeiten. In: Verein „Fürsorge für Schwachsinnige“ (Hrsg.): Das schwachsinnige Kind im Lichte der neueren Forschung. Wien 1909², S. 129

Ab 1936 erschienen in der Zeitschrift „Eos“ – nun umbenannt in „Zeitschrift für Heilpädagogik“ (ZfHP) – vermehrt Artikel zur „vaterländischen und heimatstreuen“ Erziehung. Trotz eines gewissen Einflusses der neu eingesetzten Schriftleitung auf die Auswahl und auf die Inhalte der Veröffentlichungen existierte nicht immer ein einheitlicher, der Ideologie des katholischen Ständestaates entsprechender Standpunkt zu relevanten Aspekten (z. B. Eugenik, Sterilisation, Vererbungslehre...). Allerdings überwogen die „ständestaatkonformen“ Argumente:

„Sicher ist die Vermehrung ehemaliger Hilfsschüler im Hinblick auf das Volkswohl nicht erwünscht. Das kann aber auch durch freiwilligen Verzicht auf Fortpflanzung, durch religiöse Erziehung zu Enthaltbarkeit erreicht werden. Sterilisierte sind besonders geschätzte Objekte sexueller Lüsterheit und häufig Verbreiter von Geschlechtskrankheiten. Religiös begründete Keuschheit kann jede Maßnahme übertreffen“¹⁵

Die Erziehung zur religiös-sittlichen Weltanschauung spielte eine zentrale Rolle, beim Misslingen sollten die Betroffenen einer Einrichtung für „Schwererziehbare“ zugeführt werden. Aber auch der Turnunterricht erfuhr eine Aufwertung; „körperliche Stählung, Abhärtung und Willensstärkung“¹⁶ wurde speziell für „verwöhnte“ Heranwachsende gefordert. Der Entwurf eines neuen Wiener „Hilfsschullehrplanes“ 1937 mit vermehrter „vaterländischer und staatsbürgerlicher“ Erziehung beinhaltete bereits Elemente einer vormilitärischen Erziehung.

Daneben drangen wahrscheinlich sozialdarwinistische Thesen und nationalsozialistische Ideologien aus dem „Altreich“ in das Weltbild mancher PädagogInnen in Österreich, die von der Idee einer „völkischen Erneuerung“ fasziniert und geblendet wurden ...

15. Pichler, L.: Hilfsschule im neuen Staat. ZfHP 1937/3, S. 31

16. Schürer-Waldheim, O.: Das berufliche Verhalten verwöhnter Jugendlicher. ZfHP 1937/6, S. 4

Buchempfehlung

*Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak
unter Mitarbeit von Tim Engartner:*

Kritik des Neoliberalismus

1. Auflage Wiesbaden 2007

VS – Verlag, www.vs-verlag.de <<http://www.vs-verlag.de>>

ISBN 978-3-531-15185-4

Die AutorInnen sind in den Bereichen Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Köln tätig. Ihre Publikation ist eine Hilfe für alle Kritiker des Neoliberalismus, denn setzt man sich mit ihm nicht wirklich kritisch auseinander, ist man ihm ziemlich hilflos ausgeliefert. Keine andere Weltanschauung ist so erfolgreich im Vormarsch, sie durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche und zeigt sich in schillernder Vielfalt, um einen totalen und universellen Machtanspruch geltend zu machen. Das vorliegende Buch geht der Entwicklung des Neoliberalismus in seiner mehr als 70jährigen Geschichte nach, zeigt, unter welchen Bedingungen diese Entwicklung stagnierte oder besondere Schübe erfuhr. Die Grundlagen des Neoliberalismus werden durchleuchtet, inwiefern er z.B. eine modernisierte und erweiterte Variante des Wirtschaftsliberalismus in der Tradition der Klassik ist. Zu Beginn der 1930er schlug vor dem Hintergrund der großen Depression der 1920er die Geburtsstunde des Neoliberalismus. Die Wirtschaftstheorien und ihre wesentlichen Vertreter werden vorgestellt, nach den großen Krisen und den beiden Weltkriegen galten sie zwar als Verlierer, aber sie vertraten ihren Marktradikalismus kontinuierlich und beharrlich. Gerade die Vielfalt und die unterschiedlichen Schulen des neoliberalen Projekts erweisen sich als dessen Stärke. Der gemeinsame Feind, der überall dort geortet wird, wo die Dominanz des Marktes in Zweifel gezogen wird, eint sie. Besonders eingegangen wird auf die Darstellung des Ordoliberalismus, der für Deutschland maßgeblich wurde. Der neue Liberalismus vertraut nicht mehr auf die Selbstregulierung des Marktes, sondern setzt auf die Brauchbarkeit des Staates für die Interessen des Kapitals bis hin zur Idee einer Wirtschaftsverfassung (z. B. EU als neo-

liberales Projekt). Populär wird aber gepredigt, dass eine freie demokratische Gesellschaft nur mit einer freien Marktwirtschaft und privaten Eigentumsverhältnissen vereinbar sei. Die Frage nach dem Verhältnis des Neoliberalismus zum Staat und zur parlamentarischen Demokratie wird von allen vier Autor(inn)en aufschlussreich behandelt, dabei wird einem die neoliberale Bedrohung für den demokratischen Staat bewusst. Im Dienste neoliberaler Interessen kann sowohl eine formale Demokratie als auch eine Diktatur (z.B. Chile in den 1970ern) brauchbar sein.

Die Politik der Wettbewerbsordnung verpflichtete alle Beteiligten, sich dem Wettbewerb zu unterziehen. Dieses Gesellschafts- und Menschenbild wird vorgestellt und dessen Grundlagen unter anderem an den Arbeiten von Friedrich August von Hayek (einem der vielen Nobelpreisträger unter den Neoliberalen) belegt.

Die Interpretation von Individualismus und Freiheit durch Neoliberale ist im Zusammenhang mit der Unterwerfung unter die Marktverhältnisse zu verstehen, da der Markt als gewachsene Ordnung gilt. Individualismus heißt demnach, sich als Einzelne(r) dem Eigennutz gehorchend dem permanenten Sachzwang kapitalistischer Wirtschaft zu unterwerfen. Dazu dient letztlich auch die „Freiheit“, es ist die Freiheit der Besitzenden, sich zu bereichern. Ein zynisches Angebot für die, denen dazu die Voraussetzungen fehlen. Diese neoliberalen Vorstellungen sind analog zu biologistischen Erklärungen (der Stärkere setzt sich durch), Sozialdarwinismus und Kulturchauvinismus. Das neoliberale Leitbild von Gesellschaft besteht hauptsächlich aus negativen Kategorien: gegen den Interventions- und Wohlfahrtsstaat, gegen eine „unbeschränkte“ Demokratie und gegen den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit. Dabei praktiziert der Neoliberalismus eine Politik, deren Folgen den Zusammenhalt und die Lebensgrundlagen der Gesellschaft bedrohen und die demokratisch organisierte Gesellschaft auflösen. Der Neoliberalismus stellt sich selbst als ein Projekt der Moderne und Befreiung dar und versucht propagandistisch den Kampf um die Köpfe zu gewinnen und seine Kritiker zu diskreditieren. Systematisch beeinflussen Lobbies, think tanks und verschiedene Medien die Politik. Die Denkfabriken des Neoliberalismus zielen auf die Vermittlung durch Leh-

rer/innen, JournalistiInnen, Geistliche, Fernseh – und RadiomoderatorInnen ab, um ihre Botschaften ins Volk zu bringen. Die AutorInnen geben Einblick in das Elitennetzwerk aus Stiftungen, Forschungsinstituten, PR-Kampagnen usw. PolitikerInnen übernehmen vermehrt die Rolle der Vollzieher der neoliberalen Ziele und Strategien und treiben Privatisierungen und Sozialabbau voran. Ein längerer Exkurs ist der Geschichte und Bedeutung des Eigentums gewidmet, speziell dem Bedeutungszuwachs des Eigentums an Patenten und des geistigen Eigentums. Es wird betont, dass den umfassendsten Gegenentwurf in der Geschichte Marx und Engels geliefert haben, sie erhoben die Eigentumsfrage zum Kernthema der Arbeiterbewegung.

Heute müsste der Dynamik des Neoliberalismus (Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung) wieder klar entgegengetreten werden. Ein schwieriges Vorhaben, denn die neoliberale Ideologie ist in vielen Aspekten kompatibel mit Denkmustern von rechtsextrem, neokonservativ bis „fortschrittlich“. Ihre politischen Träger können Neokonservative, Liberale aber auch Sozialdemokraten und Grüne sein. Die AutorInnen geben Einblick in die verschiedenen Grade der Privatisierung, in deren politische Voraussetzungen, Strategien und Instrumente. Anhand vieler wichtiger Beispiele auf Bundes- und kommunaler Ebene, wird veranschaulicht, mit welchen Methoden und Folgen der Staat aus seiner öffentlichen, sozialen Verantwortung gedrängt wurde. Besonders wichtig ist der Überblick über das Wirken supranationaler Organisationen, die nationalstaatliche Demokratien und deren wohlfahrts- und sozialstaatliche Regelungen zurückdrängen: der Strukturbruch der politischen Ökonomie durch den Binnenmarkt der EU, der Maastrichter Vertrag und die daraus resultierenden Sparprogramme, die Lissabon- Agenda mit dem Ziel, die Union im laufenden Jahrzehnt zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, die EU-Osterweiterung mit der Steuerpolitik zu Gunsten großer Unternehmen. Untersucht wird auch die Wirkung der internationalen Organisationen wie WTO mit GATS (Dienstleistungen betreffend) und TRIPS (Geistiges Eigentum betreffend), die ohne jegliche demokratische Legitimation agieren.

Viele Beispiele belegen die Abkehr von demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien der einzelnen Staaten. Soziale Sicherheit wird in neoliberaler Diktion zum Standortrisiko erklärt, „Globalisierung“ oder „demographische Entwicklung“ als Ausreden verwendet. Kinder und Jugendliche werden zum „Humankapital“ ihrer Eltern, Familienfundamentalismus und Maßnahmen privater Versicherungen sollen aufgrund von „Eigenverantwortlichkeit“ das Umlageverfahren der Sozialversicherung ersetzen. Die soziale Ungleichheit wird mit „Leistungsgechtigkeit“ bemäntelt. Der Bildungsstaat wird propagiert, weil damit noch ein Bildungsmarkt erschlossen werden kann und man verlangen kann, dass sich die Menschen aus eigener Kraft und Kompetenz auf die sich ständig verändernden Anforderungen der Arbeitswelt einstellen. Die Konkurrenz um rare Arbeitsplätze kann so auf höherem Niveau, aber nicht mit besseren Chancen ausgetragen werden. Der innere gesellschaftliche Frieden wird bei zunehmender sozialer Polarisierung nur mit Gewalt aufrecht erhalten werden, Sicherheitspolitik löst somit die Sozialpolitik ab, der disziplinierende Staat wird gleichzeitig zum Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat. In diesem Prozess der Entdemokratisierung und Verarmung eines immer größeren Teils der Bevölkerung haben Neoliberale auch die Notwendigkeit erkannt, die sogenannte Zivilgesellschaft kommunikativ zu bearbeiten. Der gängige Mythos der Zivilgesellschaft als macht- und herrschaftsfreier Raum verdeckt die Ambitionen der neoliberalen Akteure, auch diesen Raum zu erobern. Neoliberalen Phrasen und Erklärungsmustern gelingt es sogar, die Köpfe ihrer Opfer zu besetzen. Statt einer „zivilen“ kann eher von einer Marktgesellschaft gesprochen werden, in der das Individuum als „Unternehmer seiner selbst“ zur Grundfigur sozialer Beziehungen wird. Nur angesichts dieser Misere kommt die Vorstellung gut an, dass ein allgemeines, ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahltes Grundeinkommen als „Bürger- bzw. Existenzgeld“ als Maßnahme zur Armutsbekämpfung eine Lösung der Probleme wäre. Verborgен bleibt, dass dabei das Kapital entlastet und die Lohnabhängigen entsolidarisiert werden.

Es formiert sich aber da und dort Widerstand und ich glaube, dass die „Kritik des Neoliberalismus“ mit den mehrdimensiona-

len Analysen und Beispielen einen Beitrag leisten kann, sich gegen den Strom neoliberaler Gewalt zu stellen. Gerade in Gewerkschaftsarbeit, Friedens- und Sozialbewegungen ist es dringend geboten sich von neoliberalen Trugbildern zu verabschieden und sich den Herausforderungen solidarisch zu stellen.

AutorInnen

Christoph Butterwegge, Univ.Prof., Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft und Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaft an der Universität Köln

Peter Gstettner, o. Univ.-Prof. für Erziehungswissenschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Celovec

Ferdinand Holub, Sonderschullehrer, Wien

Peter Malina, Zeithistoriker, Universität Wien

Christian Oggolder, Historiker an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

Michaela Pfundner, Historikerin, Österreichische Nationalbibliothek, Wien

Robert Pfundner, Historiker, Österreichische Mediathek, Wien

Elke Renner, AHS Lehrerin, Wien

Christian H. Stifter, Historiker, Direktor des Österreichischen Volkshochschularchivs, Wien

Renée Winter, Historikerin, Wien

LIEFERBARE TITEL

Nr.	Titel	Preis			
40	Arbeit & Bildung	€ 4,40	95	Lebensfach Musik	€ 10,90
42	Ästhetik	€ 4,40	96	Schulentwicklung	€ 10,90
45	Gewerkschaft	€ 5,50	97	Leibeseziehung	€ 12,40
47	Schuleinstieg	€ 4,40	98	Alternative	
48	Konsumenten	€ 4,40		Leistungsbeurteilung	€ 11,60
49	Erinnerungsarbeit		99	Neue Medien I	€ 11,60
	1938/88	€ 5,00	100	Neue Medien II	€ 10,90
51	Mozart 1789	€ 5,00	101	Friedenskultur	€ 10,90
52	Bildungspolitik	€ 7,20	102	Gesamtschule –	
53	Sexualität	€ 7,20		25 Jahre schulheft	€ 10,90
56	Zweiter Weltkrieg	€ 6,40	103	Esoterik im Bildungsbereich	€ 10,90
57	Österreich-EG-Europa	€ 5,00	104	Geschlechtergrenzen	
58	Museumspädagogik	€ 10,20		überschreiten	€ 10,90
59	Analphabetismus	€ 5,00	105	Die Mühlen der Erinnerung	
60	Erziehungsziel			Band 1	€ 10,90
	Parteidisziplin	€ 5,00	106	Die Mühlen der Erinnerung	
61	Erziehung und Bildung III	€ 7,20		Band 2	€ 10,90
62	Community Education	€ 7,20	107	Mahlzeit? Ernährung	€ 10,90
63	Feministische Pädagogik	€ 7,20	108	LehrerInnenbildung	€ 11,60
64	Schulautonomie	€ 10,90	109	Begabung	€ 11,60
65	Traumschule	€ 5,00	110	leben – lesen – erzählen	€ 11,60
66	Österreichische Identität	€ 7,20	111	Auf dem Weg – Kunst- und Kulturvermittlung	€ 11,60
67	Lernwidersprüche	€ 7,20	112	Schwarz-blaues	
68	Fremd-Sprachen-Politik	€ 7,20		Reformsparen	€ 8,70
69	Was Lehrer lesen	€ 7,20	113	Wa(h)re Bildung	€ 9,50
70	Behindertenintegration	€ 10,90	114	Integration?	€ 9,50
71	Sexuelle Gewalt	€ 7,20	115	Roma und Sinti	€ 9,50
72	Friedenserziehung	€ 8,70	116	Pädagogisierung	€ 9,50
74	Projektunterricht	€ 7,20	117	Aufrüstung u. Sozialabbau	€ 9,50
76	Noten und Alternativen II	€ 7,20	118	Kontrollgesellschaft und Schule	€ 9,50
77	Unabhängige Gruppen in der GÖD	€ 7,20	119	Religiöser	
78	Neues Lernen – neue Gesellschaft	€ 7,20		Fundamentalismus	€ 9,50
79	Sozialarbeit & Schule	€ 6,50	120	2005 Revisited	€ 9,50
80	Reformpädagogik	€ 8,70	121	Erinnerungskultur – Mauthausen	€ 9,90
81	Lust auf Kunst?	€ 8,70	122	Gendermainstreaming	€ 9,90
82	Umweltwahrnehmung	€ 8,70	123	Soziale Ungleichheit	€ 9,90
84	Verordnete Feiern – gelungene Feste	€ 8,70	124	Biologismus – Rassismus	€ 9,90
85	Misere Lehre	€ 8,70	125	Verfrühpädagogisierung	€ 10,20
86	Erinnerungskultur	€ 8,70	126	Leben am Rand	€ 10,20
87	Umwelterziehung	€ 8,70	127	Führe mich sanft	
88	Lehren und Lernen fremder Sprachen	€ 8,70		Beratung, Coaching & Co.	€ 10,20
89	Hauptfach Werkerziehung	€ 8,70	128	Technik-weiblich!	€ 10,20
90	Macht in der Schule	€ 8,70	128	Eine andere Erste Republik	€ 10,20
92	Globalisierung, Regionalisierung, Ethnisierung	€ 10,90			
93	Ethikunterricht	€ 8,70		in Vorbereitung:	
94	Behinderung. Integration in der Schule	€ 10,90	130	Zur Kritik der neuen Lernformen	
			131	Analphabetismus in Österreich	